

FERNHEIM, fernes Heim

von

Johann Sjouke Postma

Dieses Manuskript wurde durch das Historische Komitee der Allgemeinen Konferenz und den Missionsbrüdern der Allgemeinen Konferenz erworben.

FERNHEIM, FERNES HEIM?

“So wie früher in Russland,” versichert jeder Russlandmennonit, der die Zarenzeit noch bewusst mitgemacht hat, “so werden wir nie mehr leben.”

“Eigentlich müsste man nach Paraguay fahren, denn da können ja die Mennoniten ihr Eigendasein führen, genau so wie früher in Russland,” rief ein vor der Auswanderung nach Kanada stehender Mann begeistert aus.

Beide Äusserungen reden von der Sehnsucht nach dem, was einmal war, und was als Traumbild die Geister noch immer beschäftigt.

Wird diese Sehnsucht nicht gestärkt durch das verzweifelte Verlangen nach einem einzigen Stückchen Boden in dieser wahnsinnig gewordenen Welt, wo man endlich Ruhe finden könnte, wo man sich um die umheimlich drohenden und quälenden Fragen der Gegenwart nicht mehr zu kümmern bräuchte, wo man ohne die tiefen seelischen Erschütterungen, welche die letzten Jahrzehnte gebracht haben, im ureigensten Kreise nach alter Sitte ein einfaches, aber gesichertes Leben führen könnte?

Und nun bietet Paraguay dieselben Vorrechte, welche unseren russländischen Geschwistern in jüngster Vergangenheit selbstverständliches Eigentum waren. Braucht man sich da zu wundern, dass Heimweh nach dem Eigenen manch einen nach Süd-Amerika getrieben hat, dass begeisterte Auswanderungsautoritäten, durch Idealismus geführt, den von Europa kommenden Strom nach Paraguay zu leiten versuchten? Sie wissen, dass die in diesem Lande zu überwindenden Schwierigkeiten sehr gross sind, aber wieviele Besucher haben nicht schon festgestellt, dass man sie nicht als unüberwindlich zu betrachten braucht? Und wenn dann der Lohn für die Anstrengung so gross ist, dann muss man trotz allem dankbar sein, dass diese Möglichkeit uns noch immer geboten wird.

Wir wollen in diesem Zusammenhang absehen von einem Versuch, die Frage zu beantworten, inwiefern der Ausnahmezustand in Russland wirklich erwünscht war oder nicht. Es hat keinen Zweck, nachträglich über diese vollendete Tatsache zu diskutieren. Dazu kommt, dass das Mennonitentum fast immer und überall in einem Ausnahmezustand gelebt hat, wodurch sehr viele Mennoniten noch stets nicht mit dem Gedanken vertraut sind, dass es normal ist, dieselben Rechte und Pflichten zu haben wie alle anderen Menschen. Meistens mochte man sie nicht, schätzte ihren Fleiss und ihre Fähigkeiten, doch duldeten sie höchstens. Wohnten sie abseits, wodurch sie lange Zeit nicht auffielen und störten, dann wurden sie vom üblichen Staatsorganismus auch noch vielfach als etwas mehr oder weniger “Aussenstehendes” betrachtet. So darf es nicht wunder nehmen, wenn es für viele Gruppen ganz gewöhnlich war, etwas Aussergewöhnliches zu sein. Daher der Hang zur mennonitischen Extrawurscht.

Aber was nützt, dass ist eine Untersuchung der Frage, inwiefern ein Vergleich zwischen den Verhältnissen und Bedingungen, in denen die Mennoniten im ehemaligen Russland lebten, und denen, welche ihre Lage in Paraguay bestimmen, möglich ist. Nachdem die Siedlungen schon mehr als 20 Jahre alt sind, und seit dem Historiker eine Menge Material zur Verfügung steht, ist

diese Arbeit möglich geworden. Ja, mehre als das: die kritische Lage fordert sie sogar. <p. 2> Und umso dringender ist die Forderung, an dieses Problem heranzugehen, weil das Mennonitentum ein Zeitalter weltweiter Wanderungen erlebt wie niemals zuvor, weil grosse Scharen schon jetzt gezwungen sind, eine neue Heimat zu suchen, und vielleicht in den kommenden Jahrzehnten noch viele werden wandern müssen, welche jetzt noch überhaupt nicht daran denken.

Dass Klima, Bodenbeschaffenheit und wirtschaftliche Verhältnisse vollkommen anders sind als im ehemaligen Russland, ist bekannt. Natürlich hat das Klima Einfluss auf die geistige Verfassung. Besonders im Chaco ist dieses ein Faktor von grösster Bedeutung und sind die Spuren schon ganz deutlich wahrnehmbar. Dass der Boden im Chaco der schlechteste von ganz Paraguay ist, ist ebenfalls allgemein bekannt. Dessenungeachtet liefert er Ausfuhrprodukte in einem höheren Wert als z. B. der in Friesland, weil Vieh und Baumwolle Handelswert haben, und die in Friesland viel besser gedeihenden anderen Produkte einfach nicht abzusetzen sind. Demgegenüber steht, dass die Ernährung und das Klima in Friesland bedeutend günstiger sind. Genau so ist es in Volendam, und bei Villa Rica dürfte eins und das andere sich in ählicher Weise entwickeln.

Überdies wäre es in Paraguay durchaus möglich, ein klimatisch und bodenmässig bedeutend besseres Siedlungsgebiet zu finden, z. B. am Alto Paraná, wo auch die wirtschaftlichen Verhältnisse (Dauerpflanzungen mit Absatz nach dem argentinischen Ufer und verarbeitender Industrie am Ort und Stelle) einstweilen viel günstiger sind. Einstweilen, denn Sicherheit hat man in Paraguay nie. Die Landwirtschaft wird hier nun mal in hundertprozentig kapitalistischer Weise ausgebeutet, und die immer wackelige politische Lage schliesst Aufbau in dem z. B. in Europa üblichen Sinne des Worte aus.

Aber dies alles ist nicht die Hauptsache. Es ist klar, dass alles ins Wanken gerät, wenn eine gesunde wirtschaftliche Grundlage fehlt. Aber heute ist es wohl schon so weit, dass die Mehrheit der Fernheimer Bauern sich mit der Lage, wie sie nun mal sit, schon abgefunden hat. In Friesland reift eine ähnliche Stimmung heran. Der verhältnismässige Aufstieg der letzten Jahre beruht auf ungesunden Tatsachen, z. B. "Schumakken." Trotadem müssen wir einen anderen Faktor als den wirtschaftlichen als noch bedeutender hervorheben. Das ist der Umstand, dass dieses überaus wertvolle Siedlervolk dabei ist, völkisch, geistig und kulturell abzusinken, was auf die Dauer unbedingt einen Rückgang des geistlichen Lebens nach sich ziehen muss. Man ist kaum noch fähig, für geistigen Nachschub zu sorgen, ist in der Hinsicht schon mehr oder weniger auf Ersatzgarnitur eingestellt, in zunehmenden Masse auf allen Gebieten, auch was den Predigerstand anbelangt.

Und wenn nun in diesen Ausführungen versucht werden wird, dies deutlich zu machen, so ist damit kein abfälliges Urteilen gemeint. Der Mann, der an diesem ganzenheldenhaften Siedlungsunternehmen nicht beteiligt gewesen ist und dennoch den üblen Mut aufbringt, darüber leichthfertig zu urteilen, verdient eine Tracht Prügel. Unvergesslich ist mir jene Mondnacht, worin ich nach der 250 km langen Fahrt durch den Chaco plötzlich, durch das Krähen der Hähner aufmerksam geworden, die sauberen, gutgepflegten und freundlichen Häuschen von Philadelphia zum ersten Male vor mir sah. Und was ich seitdem sah, überzeugte mich davon, dass die

kolonialisatorischen Leistungen dieses tapferen Völkchens in jener unbarmherzigen Wüste unter den doch immer beachtlichen Taten des Mennonitentums <p. 3> in seinem historischen Werdegange mit in der ersten Reihe stehen. Als ich später die soviel wohlhabenderen deutschen Kolonien am Alto Paraná besuchte, da drängte sich immer wieder die Frang auf: "Was hätten unsere Leute hier nicht zustande bringen können?"

Wo in aller Welt haben bettelarme Neusiedler es fertig gebracht, schon im ersten Jahre das Gründen einer Mittelschule auf sich zu nehmen und gemeinnützige Einrichtungen ins Leben zu rufen, welche z. B. unter den reichen Deutsch-Brasilianern am Alto Paraná auch in hundert Jahren nicht entstehen werden? Achtung und Ehrfurcht verdienen die Fernheimer Mennoniten, wenn man sieht, was sie taten, und welche Opfer sie freiwillig brachten.

Aber genau so ist es andererseits Gebot der Stunde, auszusprechen, was vielleicht 2/3 der Siedler sagen möchten, ohne es zu können oder es sich erlauben zu können. Das ist in ihrem Interesse notwendig, und es ist unumgänglich, weil es sich hier um die bittere Frage "Sein oder Nichtsein" handelt, welche schon jetzt drohend vor Tausenden unserer Menschen steht und in nächster Zukunft für viele, viele anderen, und nicht nur Mennoniten, akut werden wird.

Ohne eine völkisch-geistig-kulturelle Bindung, die ununterbrochen neue Lebenskräfte zuführt und die Geister rege hält, ist auf die Dauer dieser kleine Volkssplitter im weltentlegenen Chaco rettungslos verloren. Man hat die Wahl zwischen drei Möglichkeiten: 1. weisse Indianer werden, wie es die weltfremde Mehrheit in der Mennokolonie früher oder später sein wird; 2. Paraguayer werden (welche Entwicklung sich in Friesland schon ankündigt), oder 3. irgendwie zu sehen, dass man wieder einen Weg nach der geistigen Quelle findet, woraus man schöpfen muss, um nicht jämmerlich zu verdursten.

Die Feststellung, dass viele Mennokolonisten schon weit auf dem Wege zum weissen Indianern fortgeschritten sind, ist kein ethisches Urteil. Allgemein ist man der Ansicht, dass die gutmütiger und zuverlässiger sind, als die meisten von uns, und sie haben das auch unter Beweis gestellt. Trotz der Bedrohung ihres Eigenwesens, welche das Kommen der vielen Flüchtlinge für sie bedeutete, standen sie denen im allgemeinen sehr freundlich und wohlwollend gegenüber. Aber die Indianer, welche Amerika ursprünglich bewohnten, waren und sind bekanntlich manchmal auch besser als die Weissen, welche zu ihnen kamen. Nichtsdestoweniger wollen und können wir nicht leben wie sie. Und so geht aus allem hervor, dass die Mennoer in ihrer Abgeschlossenheit, gefördert durch Inzucht und das Fehlen jedes geistigen Bedürfnisses und jeder Anregung, unaufhaltsam der Steppe und dem Urwald wieder anheimfallen werden. Eine Gruppe unter ihnen sieht das auch schon ein und sucht den Weg zum Anschluss an obenerwähnte Quelle. Bermerkenswert ist die Tatsache, dass den Rückschrittlichen von der Substanz des Evangeliums manches abhanden gekommen ist, ohne dass sie es gespürt haben. An dessen Stelle ist eine Reihe von innerlich unverarbeiteten Lehrbegriffen gekommen, welche der Jugend mit fanatischer Hartnäckigkeit eingehämmert wird. Von wirklichen Glaubenskampf, von einem dem Leben Abringen des göttlichen Offenbarungsschatzes ist da nicht mehr die Rede. Wer lebt wie sie, ist ein Gotteskind; der Rest ist störende, hochmütige und verlorene Welt. Die massgeblichen deutschen Stellen verzichteten seiner Zeit darauf, einen Versuch anzustellen, ihnen ihr Volkstum zu erhalten, da solches Auseinandersetzungen in dieser Atmosphäre keinen Sinn hatten.

Aber auch in Fernheim ist das geistige Niveau eines Teils der Jugend schon bedenklich heruntergekommen. Es gibe Dörfer, worin <p. 4> junge Menschen, 5 Jahre nachdem sie die Dorfschule verliessen, kaum noch lesen und schreiben können. Viele lesen nie in ihrem Leben etwas, weder Zeitung, noch Zeitschrift, noch ein Buch. Die jungen Leute lassen sich meistens nur sehr ungerne auf ein Gespräch ein; und wenn es mal soweit kommt, dann ist man erstaunt über die Gedankenarmut, den beschränkten Horizont, den Mangel an Anknüpfungspunkten. Hilfskräfte aus Nordamerika halten die Zentralschule in Stand und versuchen, neue Lehrer heranzubilden. Neuzugewanderte aus Europa haben Erleichterung gebracht. Trotzdem ist die Zahl der ordentlich ausgebildeten Lehrer viel zu gering, und ziehen die meisten guten Kräfte nach kurzer Zeit wieder weg, weil der Widerstand gegen einen Aufbau des Unterrichtswesens, gemessen mit dem Masstabe, den man von drüben mitgebracht hat, zu gross ist. Und da die nordamerikanischen Mennoniten in einem sehr schnellen Tempo zu englischsprechenden Mennoniten werden, wird es immer schwieriger sein, von dort aus Kräfte zu stellen. Schon jetzt klagt man über mangelhafte Kenntnisse der deutschen Sprache bei denen, die seit dem Ende des Krieges gekommen sind, um zu helfen. Und deutsch sprechen ist ja auch nicht genug, wenn einem Lehrer dazu deutsches Wesen und deutsche Eigenart vollständig fremd sind. Die jüngere Generation aus dem Norden wird nur noch schwerlich einspringen können. Woher sollen sich die Kolonien dann immer ihre unbedingt erforderlichen neuen, geistigen Führer und Ausbilder holen? Die früher ausgebildeten haben den Kampf grösstenteils aufgegeben und sind weggezogen, viele Jahre auch wurde überhaupt nichts ausgebildet. Wie sollen nun junge Menschen zur Auffrischung des Lehrer- und Angestelltenstandes erzogen werden? Woher soll das geistige Leben Nahrung holen? Es ist ja deutlich, dass auch hier in wenigen Jahrzehnten eine ähnliche Entwicklung wie in Menno unausweichlich das Bild beherrschen wird, wenn keine Änderung eintritt. Zeichen genug sind schon da, und verblüffend schnell vollzieht sich ein solcher Abstieg, wenn das Rutschen einmal angefangen hat.

Zu all dem Genannten kommt in Friesland noch die allmählich inniger werdende Berührung mit der Landesbevölkerung und das infolge dessen Überhandnahmen der Landessitten und Gewohnheiten. Ein grosser Teil der Jugend hat schon sehr viel davon abbekommen, und was das bedeutet, kann nur der verstehen, der gesehen hat, was in wenigen Jahrzehnten in diesem Lande aus guten Europäern geworden ist, in Stil, Haltung, Lebensführung und -auffassung. Der letzte Verlust auf dieser Liste wird bestimmt religiöses Eigenleben heissen. Nirgends als in Paraguay kann einem die Tragik des von seiner Heimat losgeschlagenen Auswanderers deutlicher werden, als in Paraguay. Besonders tragisch ist dies alles, wenn die ältere Generation noch verzweifelt versucht, sich zu behaupten, ohne bei den Kindern noch Verständnis dafür anzutreffen. Vom Standpunkte des Paraguayers aus ist die Sache sehr einfach: er braucht nur abzuwarten. Klima und wirtschaftliche Verhältnisse, sowie das Leben in einer Umgebung, worin jegliche geistige Reize fehlen, alles zusammen drängt es von selbst in einer bestimmten Richtung. Gerade eine aussichtslose Verpauperung der Bauern drückt sie automatisch auf die Stufe des Paraguayers hinab. Keine Macht der Welt kann dieser Entwicklung Einhalt gebieten. Nur eine straff organisatorisch geleitete, nie unterbundene Bindung an die Geisteswelt, wozu man durch Sprache und geschichtlichen Werdegang gehört, kann hier zumindest Aufschub bringen. Folgt also die Frage: welche ist die Geisteswelt?

Über die Herkunftsfrage der Nord-Mennoniten (die aus dem niederländisch-niederdeutschen

Raum) wurde schon viel veröffentlicht, aber noch nicht das entscheidende Wort gesprochen. Angeblich <p. 5> soll sie heute geklärt sein: es handelt sich nach vieler Auffassung hier um Holländer. Aber gerade diese Zwangslösung einer der verwickeltesten Fragen der Mennonitenforschung sollte die Wissenschaftler mehr denn je dazu veranlassen, niemals mit weniger als der einwandfreien Wahrheit vorlieb zu nehmen. Das Machtwort aus der Konfiskationszeit in Russland: "In unseren Adern fließt kein Tropfen deutschen Blutes" steht auf einer Linie mit Luthers Verwandlung in Junker Georg oder mit dem Sichverstellen des Königs David - von ähnlichen Vorfällen aus jüngster oder etwas weiter zurückliegender Vergangenheit gar zu schweigen. Will man die Sache staatlich denkend betrachten, wie es z. B. in der nordamerikanischen Staatsphilosophie üblich ist, so waren die meisten Nordmennoniten zur Zeit der Auswanderung aus dem Nordseegebiet nach dem Weichsellande Untertanen des spanischen Königs bzw. Bürger des Deutschen Reiches. Dann zogen sie nach Polen und wurden somit, polnische Untertanen. Als Polen zum ersten Male aufgeteilt wurde, betrachtete man sie aber weder als Polen noch als Holländer, sondern als Deutsche, wogegen keiner die Stimme erhoben hat. In Russland betrachteten sie sich selbst vom völkischen Gesichtspunkte aus als deutsche Menschen und wurden z. B. auf schulischem Gebiete mit Selbstverständlichkeit neben die anderen deutschen Siedler gestellt. Waren von Westpreussen aus (also von Polen aus) lange noch starke Beziehungen mit den Glaubensgeschwistern in der Republik der Sieben Vereinigten Niederlande gewesen, so lag das zum Teil daran, dass die Republik frei, stark und reich war. Etwa ähnliche Beziehungen bestehen heute zwischen den Mennoniten in Paraguay und denen in Kanada bzw. USA. Die zu Russland-Mennoniten gewordenen Wanderer jedoch tranken ausschliesslich aus der deutschen Geistesquelle. Nach dem unter dem Druck gewisser Ereignisse später plötzlich wieder entdeckten niederländischen "Stammlande" zog es sie gar nicht. Ihr Platt ist sicherlich nicht holländisch, sondern ist doch wohl aller Wahrscheinlichkeit nach aus der friesisch-niedersächsischen Mischung, die wir das Ostersche nennen, hervorgegangen, wozu sich Brocken aus unter den weichselländischen Siedlern vorkommenden niederdeutschen Mundarten gesellten. Etwas komisch mutet es an, wenn theoretische und praktischer Anhänger des Staatsprinzips diese Menschen heute noch nach dem völkischen Prinzip als eine holländische Volksgruppe bezeichnen wollen. Als wirklicher Holländer findet man auch bei jahrelanger Beobachtung nicht viel Grund zu dieser Behauptung. Eine geschichtliche Entwicklung von 4-Jahrhunderten lässt sich nicht ausradieren. Natürlich hat die Herkunftsfrage für die Untersuchung der historischen Bedeutung gewisser Völker und Stämme grossen Wert, aber die heute üblichen Schlussfolgerungen müssen abgelehnt werden.

Jedes völkisch-kulturelle Dasein, das sich loslöst von Vaterland und Muttersprache, führt früher oder später zum Untergang, es sei denn, dass der Splitter gross und kräftig genug ist, um nach langer Zeit, worin das innige Band mit der Heimat nicht abrisst, sich zu einem selbstständigen Volke zu entwickeln. Inmitten eines anderen Volkes vertrocknet es, oder es wird assimiliert. Wo eine solche Assimilierung eine Vergewaltigung der ureigenen Seele bedeutet, ist sie in Verstoß gegen Gottes Schöpfungsordnung und straft kraft innerer Notwendigkeit sich selbst. Es ist gar nicht ausgeschlossen, dass dieses eiserne Gesetz an dem Mennonitentum in Süd-Amerika in Erfüllung gehen wird, es sei denn, dass einsichtige Menschen soviel Einfluss gewinnen können, dass sie diesen Prozess noch rechtzeitig werden aufhalten können, wie man es zum Teil in Brasilien seit einiger Zeit in gewissen Kolonien zu versuchen angefangen hat.

Merkwürdig schnell und ohne Bedenken wechseln manche Mennoniten ihre Identität. Es ist erstaunlich, wie schnell viele aus Russland <p. 6> nach Kanada Ausgewanderte sich Stil, Rhythmus und Auffassungen des neuen Landes angeeignet haben. Der europäischen Geisteswelt, dem deutschen Wesen, womit sie Jahrhunderte organisch verbunden waren, und woraus sie immer geschöpft haben, stehen viele in verhältnismässig kurzer Zeit schon fassungslos gegenüber. Vielleicht liegt darin ein Beweis, dass dies alles manch einem nur äusserlich-zivilisatorische Bindung gewesen ist. Sonst wäre es wohl unerklärlich, dass von den kanadischen, nicht zum Wehrdienst Verpflichteten, doch wehrfähigen Mennoniten 52% freiwillig die Waffen gegen das Volk aufgenommen, haben, wozu man noch vor einigen Jahrhunderten gehörte, und das gerade Tausende Menschen ihres Blutes gerettet hatte. Dies kann doch nicht nur auf die ohne Frage geschickt geführte Kreuzzugpropaganda zurückzuführen sein.

Die Mennoniten in Südamerika wissen kaum noch, was sie sind. Es gibt heute hier Familien, welche aus 5 Personen bestehen, und nach dem Staatprinzip ebenso viele Staatsangehörigkeiten zählen. 1917 wurde alle Mennoniten mit einem Male Holländer, und manch einer wird wohl schleunigst auf der Karte nachgesucht haben, wie seine Heimat denn eigentlich aussieht. In den 20iger Jahren organisierten sie sich, durch die Not gezwungen, sogar zu einem Verband von Bürgern holländischer Herkunft. Als nun aber in der Folgezeit alle Stricke zu reissen anfangen, wandten sich diese Holländer an den deutschen Gesandten in Moskau um Hilfe, obwohl es da auch eine holländische Vertretung gab. Das Einmalige an diesem Ereignis ist, dass die deutsche diplomatische Vertretung den in Verzweiflung in und um Moskau liegenden Opfern des Roten Aufschwunges auch tatsächlich geholfen hat. Dasselbe geschah in Charbin, wo die Hilfe sich im deutschen Konsulat konzentrierte, in Persien, in Afghanistan (wo sogar ein Mennonit in den Dienst der deutschen Gesandtschaft trat und 1942 mit ihr zusammen ausgewiesen wurde) u. s. w. Die zuständigen deutschen Stellen zeigten Verständnis für den Versuch, sich aus der Patsche zu retten, und nahmen sich überall der Hilflosen in grosszügigster Weise an. Es war die deutsche Regierung, welche ihnen Personalausweise und Reisepapiere ausstellte. Das ist bestimmt nicht geschehen, weil es sich hier um Holländer handelte. Der landwirtschaftliche Berater der deutschen Gesandtschaft in Moskau, Prof. Auhagen, setzte sich ganz energisch für sie ein. Ein Dorf in Fernheim trägt deswegen seinen Namen. Denkschriften von Prof. Unruh für die zuständigen Stellen in Berlin, für Prof. H. J. Hansen und für die evangelischen Kirchen in- und ausserhalb Deutschlands führten denn zu einer grossen Hilfsaktion. Unter der Geschäftsführung des Deutschen Roten Kreuzes entstand der Reichsausschuss "Brüder in Not." Reichspräsident v. Hindenburg spendete aus eigenen Mitteln 200.000 RM. Später wollten die Fernheimer ihre Dankbarkeit diesem wirklichen Edelmann gegenüber zum Ausdruck bringen, indem sie die Hauptstadt in ihrer Kolonie Hindenburg nennen wollten. Nordamerikanische mennonitische Stellen aber lehnten dieses ab, weil es sich um einen Feldherrn handelte. Von rechtswegen hätte man dann aber eben auch die Spende dieses Feldherrn nicht annehmen sollen. Das deutsche Regierungskabinet bewilligte 6 Mill. RM. zur Rettung dieser gefährdeten deutschen Menschen. Allerdings konnten davon nur etwa 40% verwendet werden, da die rote Regierung den grössten Teil der auf Ausreiseerlaubnis Wartenden, wieder nach Hause trieb. Immerhin waren etwa 2/3 der Geretteten Mennoniten.

Dann übernahm Deutschland den Transport nach und die Aufenthaltskosten in dem Reich, bis eine Lösung gefunden sein würde. Eine grosse Sämmeltätigkeit fand eine starke Stütze in einem

Aufruf der Reichsregierung. Alle Spenden wurden bis zum 31. Januar 1930 fractfrei transportiert. Da das wirtschaftlich furchtbar <p. 7> heruntergekommene Reich einen langen Aufenthalt nicht tragen konnte, eröffnete das Auswärtige Amt in London sofort die Verhandlungen mit Kanada bezüglich Auswanderung. Als dann die Tür nach Brasilien geöffnet wurde, erklärte sich das Reich bereit, die Transportkosten sowie die Unterhalt drüben bis zur ersten Ernte zu übernehmen. Es handelte sich hier um einen langfristigen und zinslosen Kredit. Weiter wollte das Reich einen landwirtschaftlichen Sachverständigen mitgeben. Etwas später empfahl das M.C.C. die Abwanderung in den paraguayischen Chaco, wohin 1927 bis 1928 die Mennoer bereits gezogen waren. Und wiederum übernahm die deutsche Regierung die Reisekosten, anfänglich für hundert Familien und nur bis Pto. Casada, doch später für alle bis zur Endstation der Casadobahn. Für die Verpflegung bis zur ersten Ernte aber wünschte sie nicht zu garantieren. Die deutsche Regierung, die durch Dr. Seelheim viel besser über Paraguay und den Chaco informiert war als das M.C.C. (welchem nur einige oberflächliche Berichte über einen 2-monatigen Aufenthalt zweier Missionare und die noch sehr unvollständigen Erfahrungen der Kolonie Menno zur Verfügung standen), war entschlossen gegen den Plan. Überhaupt sah sie eine Auswanderung nach dem romanischen Südamerika nur sehr ungerne. Auch Prof. Unruh sah von vornherein die schwer ins Gewicht fallenden Probleme, welche damit verbunden waren. Für die Ansiedlung im Chaco wollte die deutsche Regierung keine Verantwortung übernehmen, und sie forderte, dass die mennonitischen Vertreter das schriftlich bestätigen sollten, was auch geschehen ist (Bender und Unruh!). Viel lieber wäre ihr, wie auch Unruh und sehr vielen Siedlern, eine Ansiedlung im völkisch immer gefährdeten deutschen Osten gewesen; leider aber fehlten dazu die Geldmittel. Und so blieb schliesslich nichts anderes übrig, als die Flüchtlinge dorthin zu bringen, wohin man sie lieber nicht gebracht hätte, zumal einer Massenauswanderung nach Kanada unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstanden. Es musste entschieden werden, denn Deutschland konnte die Flüchtlinge nicht länger beherbergen.

Nun wurden die deutschen Gesandtschaften in Paraguay und Brasilien angewiesen, sich der Flüchtlinge bei ihrer Einreise und auf der Ansiedlung anzunehmen. Sie begrüßten denn auch jeden Transport bei seiner Ankunft. Der deutsche Gesandte in Paraguay übernahm sogar die Schirmherrschaft, welche ohne weiteres von der paraguayischen Regierung anerkannt wurde.

Ausserordentlich wichtig für die Kolonie war es, ob den neueingewanderten Mennoniten dieselben Privilegien eingeräumt werden würden, welche die Mennokolonie sicherstellten. Deshalb erwirkte die deutsche Gesandtschaft im Jahre 1931 die Anerkennung des Privilegiums auch für die Kolonie Fernheim, und 1932 erschien das betreffende Dekret.

So schien also endgültig festgelegt zu sein, dass es sich hier um eine deutsche Kolonie handelte. Niemand zweifelte daran: die Siedler nicht, die deutsche Regierung und ihre diplomatische Vertretung in Paraguay nicht, das M.C.C. nicht und auch die paraguayische Regierung nicht. Schon im ersten Jahre der Ansiedlung wandten sich Kolonisten individuell an die deutsche Gesandtschaft um Unterstützung. Es handelt sich um die beiden Männer, welche schon damals in Ost-Paraguay auf Landsuche gingen. Die Gesandtschaft ebnete ihnen den Weg und erwirkte ihnen eine bedeutende Fahrpreismässigung.

Zur Zufriedenheit aller war die naturgegebene Regelung des völkischen Problems zu Stande

gekommen. Wie schon gesagt, empfangen auch <p. 8> die nordamerikanische Mennoniten nicht den leisesten Zweifel, dass diese Lösung die logische Folgerung aus einem nicht zu bestreitenden Tatbestand war. Alles war in schönster Ordnung. Zum Vergleich sei erwähnt, dass diese Mennonitensiedlungen dem heutigen holländischen Konsul nur bekannt sind, weil sie Butter für seinen Privatbedarf liefern. Wohl auch niemand möchte behaupten, dass seine Verpflichtungen ihnen gegenüber weiter gehen.

Die offizielle Anerkennung von Seiten der paraguayischen Regierung kam im Jahre 1931 und 1932 zum Ausdruck. In beiden genannten Jahren besuchte der deutsche Gesandte Fernheim mit der Erlaubnis der Landesregierung. Das erste Mal erstattete der Gesandte der Regierung Bericht über die Entwicklung der Kolonie, veranlasste, dass einige Lehrer sich an einem spanischen Kursus in Asunción beteiligen konnten, und garantierten ihnen die Reisekosten sowie Gehälter. Das zweite Mal (auch der deutsche Konsul aus Concepción war bei dieser Gelegenheit zugegen) sang man in der Kolonie spontan die Deutsche Nationalhymne, wonach der begleitende paraguayische Offizier die Siedler zu einem "Hoch!" auf Deutschland aufforderte.

Fernheim schien zu einem fernen Heim für deutsche Menschen mennonitischen Bekenntnisses zu werde.

1933 BIS 1939: VORPOSTENGEDECHTE

Am 30. Januar 1933 übernahm Adolf Hitler in Deutschland die Regierung. Das Dritte Reich war da.

Als dieses Dritte Reich zusammengebrochen war, musste der einfache deutsche Mensch in aller Welt mit grösster Verwunderung feststellen, dass eine ungeheure Propaganda in allen Ländern und Erdteilen es fertiggebracht hatte, ihn als Verbrecher anstatt als Gegner zu stempeln, nur weil er Deutscher war. Ein ganzes Volk wurde schuldig erklärt, weil es zu einer als verbrecherisch bezeichneten Regierung gestanden, zu einer verbrecherisch genannten Wehrmacht gehört hatte. Jedem Erwachsenen in Deutschland wurde die Gelegenheit geboten, seine Unschuld zu beweisen. (Fragebogen- und Entnazifizierungsverfahren). Das ist genau das Gegenteil des üblichen Rechtsverfahrens in Kulturländern. Die moderne Geschichte kennt wohl nur einen Präzedenzfall: als der Herzog von Alba mit seinem gewaltigen Inquisitionsapparat von seinem spanischen König nach den Niederlanden geschickt wurde, um sie von Ketzern zu säubern, ging er von derselben Voraussetzung aus.

Der Geschichtswissenschaftler kann und darf sich von solchen durch Leidenschaft diktierten Gewaltdoktrinen nicht leiten lassen. Erst spätere Generationen werden sachlicher als wir beurteilen können, wo Schuld war, und wie gross sie war.

Diese Propaganda setzte sofort nach der Machtsübernahme ein und beeinflusste auch die deutschen Gemüter in In- und Ausland. Natürlich gab es eine ganze Reihe von Tatsachen, welche sie nährten, und welche ernste Menschen in Gewissenskonflikte brachten. In Zeiten der Umwälzung gibt es selbstredend immer Menschen, welche den Umschwung aus inneren Gründen nicht mitmachen können. Jede Revolution bringt solche Erscheinungen mit sich, und die <p. 9>

<here he starts this chapter over again>

Am 30. Januar 1933 übernahm Adolf Hitler in Deutschland die Regierung. Das Dritte Reich war da. Eine geschichtliche Entwicklung, die sonst auch gekommen wäre, wenn auch weniger schnell und heftig, setzte ein. Sie ist ja heute noch nicht abgeschlossen; wir warten bloss auf den nächsten Aufzug des Dramas, nachdem der zweite Weltkrieg nicht nur kein einziges Problem des zwanzigsten Jahrhunderts gelöst, sondern ausserdem noch die alten wiederhergestellt und noch eine ganze Reihe neue hinzugefügt hat. Die Frage des politischen Gleichgewichtes in der Welt schneidet uns allen heute viel tiefer ins Fleisch als damals; die raumlosen oder allzu sehr eingegengte Völker werden sich wieder melden, oder tuns es schon (Japan!), und durch das Wegfallen des Kolonialsystems ist ihr Zahl bedeutend grösser geworden. Damit hängt die ebenfalls viel peinlicher gewordene Frage der Heimatlosen und Heimatvertriebenen zusammen. Ausfluss dieses Problemkomplexes ist das Problem der Völkermischung und Assimilierung, die ja eigentlich früher in der heute augenfälligen Form auch nicht bestand, da kein Mensch sie verlangt bzw. gefördert hat. Jetzt sieht das anders aus. Unsere Mennoniten in Südamerika könnten davon sehr viel erzählen.

Der national-sozialistische Versuch, diese Dinge im althergebrachten Sinne gewaltmässig zu

lösen, hat die Gemüter darum so heftig bewegt, weil das Mennonitenvölklein durch seinen ganzen Werdegang vom ersten Tage an in der Frontlinie stand.

Die revolutionäre Entwicklung der Ereignisse entthronte die Chacomennoniten nicht ihrer Verpflichtungen Deutschland gegenüber, solange sie sich nicht in aller Form von Deutschland lossagten und sich etwa zu ihrem neuen Heimatlande bekannten, z. B. indem sie sich hätten einbürgern lassen. Das taten sie aber nicht; im Gegenteil haben sie fast ausnahmslos bis zum letzten Tage Hilfe von deutscher Seite angenommen und überhaupt alle Vorteile ausgenützt, welche ihnen aus der Bindung an das Reich erwachsen. Über die wiederholten amtlichen Bekenntnisse zu dem Führer und seinem Reich wird noch gesprochen werden. Alles in allem muss man feststellen, dass sie sich als Deutsche betrachteten. Staatsbürger aber haben nicht nur Rechte; auch wenn sie nicht auf heimatlichem Boden wohnen, erwachsen ihnen aus der Aneignung der natürlichen Bürgerrechte ebensoviel Pflichten. Nur wer auf die Vorrechte verzichtete, hätte ein Recht gehabt, die Pflichten zu verneinen. Es hat übrigens solche Fernheimer gegeben.

Das politische Leben hat seine eigenen Gesetze. Wir sind Bürger zweier Welten, und das bringt Spannungen und Konflikte mit sich. Die national-sozialistische Revolution hat es den meisten Deutschen in In- und Ausland unmöglich gemacht, sich um dieses Spannungsverhältnis herumzudrücken oder trotz der Tragik des heutigen Weltgeschehens in einem Kompromiss weiterzudulden. Die Dämonie des menschlichen Daseins trat da nackt und brutal in Erscheinung, während sie sonst in der Welt noch gar nicht so sehr empfunden wurde wie später, als alle Völker in Kains und der andern Ursünder Fußstapfen traten. Man kann auch jetzt noch tun, als sei nichts geschehen, höchstens beim Ändern, doch scheint es ehrlicher zu sein, zuzugeben, dass wir alle mit einemmale vor der schrecklichen Frage standen: "Wie kann ich Christ ohne Abstriche sein . . . und auch Sohn meines Volkes ohne Abstriche?"

<p. 10-11>

Diese Gewissensfrage ist so alt wie das Christentum selbst. Sie ist naturnotwendig mit dem irdischen Leben verbunden. Nur die Formen, die äusseren Umstände und Verhältnisse, die Heftigkeit der Auseinandersetzungen können verschieden sein, da diese mit der Lage des betreffenden Volkes und mit dem Grade seiner Not zusammenhängen. Deutschlands Not war gross; daher waren die Formen schroff. Die neue deutsche Regierung begann, mit dem Mitteln dieser Welt die Not zu beheben. Ist es überhaupt eine Frage, ob man sich deswegen von seiner Volkszugehörigkeit lossagen soll? Vielleicht am ehesten für Auslandsdeutsche. Aber würde man in ähnlicher Lage eine solche Lösung zu allen Zeiten empfehlen wollen, so hätten sich unsere Vorfahren systematisch und immer wieder bis in die heutige Zeit hinein aus jeglichem Volkskörper loslösen sollen, ohne Aussicht zu haben, sich je irgendwo zu Hause fühlen zu können . . . Und das haben wir ja selber auch nicht getan, obwohl das zwanzigste Jahrhundert uns in der Hinsicht genug zu kauen gegeben hat . . .

Die deutsche Dämonie ist verschwunden; die Dämonen leben noch und machen sich überall bei uns zu Hause breit. Daher sind auch die Probleme geblieben. Daher ist auch die Frage geblieben: "Wie ist es möglich, Bürger zweier Welten zu sein?" Ausweichen ist Selbstbetrug. Das ist das Unglück im Chaco gewesen, dass so viele sich selbst und andere auf diese Weise haben betrogen

wollen. Aber bloss im Chaco? Wir leben diesseits und haben unsere ewige Heimat droben. Das ist die Last des Christseins. Machen wir uns nichts vor; die Zeit ist nahe, in der keiner diesem Problem noch aus dem Wege wird gehen können. Es ist eine Last, weil diese Spannung überhaupt auf Erden nicht gelöst werden kann; das sieht bloss so aus, wenn zu Hause alles so schön ruhig und friedlich ist und die Bühne, worauf man das Drama aufführt, weitab zu sein scheint. Doch Millionen Menschen wissen schon besser, und bald werden alle es wissen.

Mit einem Kompromiss kann und darf der Christ sich nicht zufrieden geben. Hat man das einmal eingesehen, so wird man das Urteilen über die, welche unter dem Druck der zeitbedingten Dämonie nach einer Synthese ihrer doppelten Bürgerschaft gesucht haben, von selbst mässigen. Wir müssen im Leben stets aufs Neue wählen. Wie schön wäre es, wenn wir dabei immer vor der Alternative "gut oder böse" stünden. Aber wie oft ist dem so? Ebensooft war in jenen Jahren und ist auch noch heute die Alternative ein Mehr oder Weniger, im Guten, wie im Bösen. Das vollkommen Gute ist uns auf Erden nur selten zugänglich, weil wir eben von der Erde, Bürger auch dieser gefluchten Erde sind. Immer wieder gibt es Tage, an denen man wählen kann, wie man will, an denen man aber nach der Wahl genau wissen wird: "Ach, mein Herr Jesus, wenn ich dich nicht hätte . . ."

Der Krieg wäre auch ohne National-Sozialismus gekommen, da die Dinge, ohne deren Lösung ein Weiterleben unmöglich war, eben nicht gelöst wurden. Sie sind auch heute nicht gelöst, und obwohl es keinen Nationalsozialismus mehr gibt, wird das Blutvergiessen auch jetzt nicht ausbleiben, weil die Dämonen eben nicht an Systeme gebunden sind. Der Faktor Nationalsozialismus war bei den Ereignissen im Chaco also nebensächlich. Trotzdem soll nicht übersehen werden, dass die Parteikreisen weitverbreitete Tendenz, die christliche Kirche zu bekämpfen, ins Gewicht fiel. Andererseits ist gerade sie es gewesen, welche das Glaubensleben vertieft und gereinigt hat.

<p. 12>

Damals entschied die Überzeugung in tonangebenden Kreisen: "Es muss um jeden Preis eine Lösung gefunden werden; denn wie gesagt: die Alternativen sind "weisse Indianer" oder Paraguayer, was in beiden Fällen das Christ-sein, wie wir es verstehen, schwerstens bedroht. Assimilierete Paraguayer europäischer Herkunft lehnen zu einen hohen Prozentsatz die Bezeichnung "protestantisch" ab, weil der "legitimo" Paraguayer anstandshalber katholisch ist.

Fernheim hatte Männer, welche das alles einsahen, und welche sich einsetzten für das, was sie als ihre Aufgabe betrachteten. Sie machten es menschlich, also war ihre Arbeit mit Fehlern behaftet. Aber das war doch nicht der einzige Grund, worum es ihnen so schlecht erging. Wie die Dinge sich verhielten, wird hier auseinandergesetzt werden. Beabsichtigt wird damit, den von den beschriebenen Ereignisse ausgehenden Mahn- und Weckruf weiterzugeben, damit man sich überlegen kann, ob wir es uns im allgemeinen mit der Dämonie in uns und um uns nicht viel zu leicht machen. Das Leben soll ein Kampf und Klarheit und Wahrheit sein; und verloren ist dieser Kampf von vornherein, wenn wir einfach tun, als ob gerade in unserem Staatskörper und unserem Herzen alles Wahrheit und Klarheit sei. Niemand von uns ist ein Stückchen Himmel auf Erden, alle sind wir - wie jene damals (und noch heute) von so vielen Verdammten - Bürger zweier Welten.

Die Ereignisse in Fernheim sind von viel mehr als örtlicher Bedeutung. Darum müssen sie ohne Leidenschaft, objektiv-historisch betrachtet werden. Nur eine Leidenschaft ist zulässig: die leidenschaftliche Liebe zur Wahrheit und Gerechtigkeit, welche nicht zeitgebunden sind, sondern auch vor dem sachlichen Forschen der Zukunft bestehen können.

Die Fernheimer hatten sich einstimmig zum Deutschtum bekannt, wie es ja logisch und natürlich war. Aber es war ein Bekenntnis sub conditione, unter gewissen Bedingungen. Das Herz empfand nicht immer mit, was die Lippen sprachen. Ein gewisses Mass von Bauernschlauheit und Berechnung war nicht immer zu verkennen. Erst im Laufe der Zeit trat dies in Erscheinung, doch die Neigung dazu war den zuständigen Autoritäten von Anfang an nicht verborgen geblieben.

Bemerkenswert ist es, dass das Mennoblatt in immer abnehmenden Masse von einem wirklich deutscher Empfinden spricht. Nach Kriegsausbruch prägte sich nicht das geringste Interesse für das Schicksal des Mutterlandes und -volkes in seinen Zeilen mehr aus. Das Blatt konnte aber nur durch Hilfe von Deutschland und mit deutschen Maschinen, welche noch heute nicht bezahlt sind, gedruckt werden.

Zu Anfang war das anders. In der Juninumner vom Jahre 1933 z. B. trifft man einen Brief an die deutsche Reichsregierung vom 18. Mai 1933 an, der ein ganz offenes Bekenntnis zur Deutsches Reich und seinen Führer Adolf Hitler ist, da war der Führer ja als "von Gott gesandt" bezeichnet.

Unterzeichnet hatten der Kolonieleiter D. Loewen und der Prediger N. Wiebe (einer der fanatischsten deutschfeindlichen Männer der Kolonie), der letzte im Namen des geistlichen Vorstandes. Zum Versenden dieses Briefes hatte sich die ganze Kolonieverammlung einstimmig entschlossen. ~~this sentence is crossed out: "Ein ganz kalres und eindeutiges Bekennenis," möchte man sagen.>~~

In einer Hinsicht war die Kolonie dem Nationalsozialismus sogar vorausgeeilt: im Jahre 1931 war auf einer Kolonieverammlung bereits beschlossen worden, unter Umständen andere Deutsche, aber niemals Juden aufzunehmen. Schreibt ja auch einer der führenden Männer aus der späteren deutschfeindlichen Gruppe im selben <p. 13> Jahre über eine bestimmte Firma: ". . . diesem ungeheuren Trust, der als jüdisch stark verdächtig ist . . ." Die sich in Deutschland so übel auswirkende Rassentheorie ist in den späteren Gegensätzen auch eigentlich nie eine Erwegung gewesen. Sie wurde in Privatgesprächen mal erwähnt, aber in den Akten nirgends. Im allgemeinen kann man feststellen, dass der Widerstand gegen das, was in Deutschland geschah, sich in der Hauptsache gegen Ideen richtete, welcher Verwirklichung Opfer und Verpflichtungen mit sich gebracht hätten. Dennoch muss man sich wundern, dass man dem, was gerade den deutschen Namen am meisten befleckt hat, und was als ein grauenhaftes Verbrechen bezeichnet werden muss: die Art und Weise, wie man das Judenproblem im Dritten Reich hat "lösen" wollen, so gar nicht ins Gewicht gefallen ist.

Im Jahre 1935 spendete die Kolonie 1500kg Erdnüsse für den Volksbund Deutscher im Auslande, welche unter Kindern im Reich verteilt wurde, und wovon der Führer und alle prominenten Persönlichkeiten des Dritten Reiches ein Säckchen erhielten. Das für Göring

bestimmte Säckchen erreichte ihn gerade an seinem Hochzeitstage.

Das Jahr 1936 brachte schon am 5. Januar in der ganzen Kolonie eine allgemeine Gebetsstunde für das deutsche Mutterland.

Organisatorisch ordnete sich Fernheim allmählich in die deutsche Volksgemeinschaft ein. 1933 wurde ein Jugendbund auf mennonitischer und völkischer Grundlage gegründet. Am 21. August 1934 sprachen die Prediger H. Friesen und J. Duerksen zusammen mit dem sich damals nach Deutschland begebenden Lehrer F. Kliewer beim Landesleiter der N.S.D.A.P. und des Deutschen Volksbundes in Asunción wegen Gründung eines Mennonitenbundes im Rahmen des Volksbundes vor. Diese kam dann auch in der Folge zu Stande. Im Jahre 1935 erschienen die "Richtlinien für den Bund deutscher Mennoniten in Paraguay," gedruckt in der Druckerei Mennoblatt.

Der tatsächliche Anschluss an den Volksbund erfolgte aber erst im März 1937. Einer der Gründer dieses Bundes war der Prediger der evangelischen Gemeinde B. Wall, der recht bald darauf zu einer der führenden Persönlichkeiten der deutschfeindlichen Gruppe wurde. Der Bund trat als Kollektivmitglied dem bei Dekret N. 58499 von der paraguayischen Regierung anerkannten Deutschen Volksbund für Paraguay bei.

Auch auf schulischem Gebiete war man bestrebt, sich klar zum Deutschtum zu bekennen. Am 3. April 1936 kamen die neuen Satzungen für die Zentralschule heraus. Punkt 2 lautet: "Die Zentralschule ist eine Anstalt, die die Aufgabe hat, den ihr anvertrauten Zöglingen eine gute Allgemeinbildung und eine familienhafte Erziehung im religiös-sittlichen, mennonitischen und völkisch-deutschen Geiste zu geben." Die Schüler sollen . . . "verantwortungsbewusste Mennoniten und Deutsche und nicht zuletzt aufrechte Christen . . . werden." Diese Satzungen wurden praktisch widerspruchslos angenommen.

Als 1935 das Saargebiet ins Reich zurückkehrte, fand eine Saarfeier statt wie überall, wo deutschbewusste Menschen lebten. Begeistert nahmen viele den ersten grossen politischen Triumph des Führers auf.

Und auch den entscheidenden Schritt leitete man ein. Schon lange hatte man sich mit der Frage der Staatsangehörigkeit beschäftigt, <p. 14> und es beunruhigte die verantwortungsbewussten Männer, dass fast alle Kolonisten staaten- und somit im Notfalle schutzlos waren. Merkwürdigerweise war es die Kommission für kirchliche Angelegenheiten, welche im Auftrage der Kirchenkonferenz vom 18. März 1935 dieser Besorgnis Ausdruck verlieh in einem Brief an Prof. Unruh vom 11. April 1935. Man erkundigt sich nach der Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Als Argumente der Einbürgerung führte man an: Nützlichkeitsgründe, deutsche Gesinnung und Spraches des Blutes. Schon etwa 20 Anmeldungen lagen vor, doch viele andere wollten noch, sogar vielleicht die Mehrheit. Der deutsche Gesandte hatte sich bereits im Berliner Auswärtigen Amte erkundigt, und grundsätzlich wäre es möglich. Man möchte aber wissen, wie es mit der Wehrlosigkeit, mit den Körperbehinderten und mit den in Paraguay geborenen Kindern stünde.

Wir stossen hier zum ersten Mal auf ein Symptom, das uns beweist, wie ungeordnet das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in der Kolonie damals gewesen ist. Hier ist die Ursache des Auftretens der Geistlichkeit die Angst um die Wehrlosigkeit. Man spürt Neigung, der Besorgnis Ausdruck zu geben, dass gerade dieses Prinzip in einer solchen Atmosphäre der Gefahr ausgesetzt ist, von einer persönlichen Gewissensfrage zum mehr oder weniger priesterlich gehüteten Dogma zu werden, womit es seinen Wert vor Gott und Menschen verlieren würde. Es ist aber nicht so, dass das Bewusstsein der persönlichen Verantwortung in diesen Dingen ohne weiteres verdrängt worden sei. Z. B. am 14. April 1936, als eine allgemeine kirchliche Beratung in Philadelphia beschloss, die Angelegenheit der Einbürgerung der (bürgerlichen) Bezirksversammlung zur Regelung zu übergeben, legte man zu gleicher Zeit folgenden wichtigen Grundsatz fest: "Wir Mennoniten im Chaco aller drei Richtungen (Kirchengemeinde, M.B.G. und Allianzgemeinde) beschliessen heute, an dem Grundsatz der Wehrlosigkeit auch weiter festzuhalten. Die Erziehung unserer Jugend in Schule und Haus muss so gestalten werden, dass diese auch schon vor der Wiedergeburt wehrlos werden. Wir beschliessen weiter, gegen Personn aus unserer Mitte, die das Prinzip der Wehrlosigkeit fallen lassen, Duldsamkeit zu üben."

Auf Grund dieser Bestimmung war also derjenigen der Weg freigemacht werden, welche die Gewissensfrage dahin gelöst hatten, dass sie glaubten, Deutsche sein zu können, ohne dabei eine Ausnahmeposition zu beanspruchen. Denn gerade die Wehrlosigkeitsfrage hatte verständlicherweise immer wieder Hemmungen verursacht. Durch diesen Entschluss wäre nun ein für allemal Streit und Zank über diesen Punkt ausgeschaltet gewesen, wenn nicht . . . Mennoniten, Mennoniten gewesen wären.

Sinnbildliche Bedeutung darf man der Tatsache beimessen, dass am 3. März 1936 das Bild des Führers im Koloniesaal angebracht wurde mit dem bekannten nationalsozialistischen Spruch: "Gemeinnutz vor Eigennutz." So sprach sich die Kolonie für das Dritte Reich aus, während von denen, die daran später schuldig erklärt wurden, der eine (Kliewer) in Deutschland weilte und der andere im Verwaltungsapparat überhaupt keine Funktion innehatte (Legiehn). Zwar war letzterer Leiter des Bundes deutschen Mennoniten in Paraguay und nach Kliewers Ausreise anfänglich auch des Jugendbundes, aber gerade Legiehn war dermassen bestrebt, kein Aufsehen zu erregen und Anstoss zu vermeiden, dass der politische Einfluss dieser beiden Organisationen gar nicht ins Gewicht fiel und beide als völkische Vereine recht bald fast völlig aus dem öffentlichen Leben verschwanden. Der B.D.M.P. regte sich nur noch an Gedenktagen, und der Jugendbund wurde zum ausschliesslich das religiöse Leben <p. 15> hegenden Verein, worin Legiehn (im Einvernehmen mit Kliewer) freiwillig den deutschen Gruss aufgehoben hatte. Die Kolonieleitung aber (Oberschulze J. Siemens) liess am 20. April und am 1. Mai 1936, sowie anlässlich des Besuches, den der Herzog von Mecklenburg im genannten Jahre brachte, stolz die Hakenkreuzfahne vom Kolonieamt wehen. Am 3. April 1937 fiel der Beschluss vom Schulrat, dass "das Handaufheben zum Deutschlandlied gehört." 4 Tage später wurde ein Beschluss des Schulrates verbreitet, worin festgelegt wurde, dass die Zentralschule das Deutschlandlied üben und bei Festlichkeiten, sowie beim Besuch deutscher Gäste singen sollte. Unterschrieben war der Beschluss vom Schulrat B. Wall, mit dem wir uns noch recht viel werden beschäftigen müssen.

Es ist merkwürdig, wie auch die gar nicht so fest entschlossenen, oder gar die in ihrem Herzen alles andere als deutschfreundlichen Elemente immer wieder Loyalitätserklärungen unterstütz

bezw. in Vorschlag gebracht haben. Der sicher ehrlicher und wohlmeinende, aber wohl manchmal ungeschlüssige Oberschulze J. Siemens schrieb 21. Februar 1936 an Prof. Unruh: "Wir Mennoniten von Russland haben unsere Eigentümlichkeiten, aber was das Deutschtum betrifft, dann waren wir Deutsche und sind es heute . . . Wir haben in Russland in weiter Trennung von Deutschland weit über 100 Jahre gewohnt und sind nicht weniger deutsch geblieben, als mancher Deutsche in Deutschland . . ." ". . . Führer Hitler, dessen Bild schön eingerahmt in unserem Kolonieshaus hängt . . ."

"Das Deutsche bleibt deswegen noch immer Hauptsache, wie es uns auch in Russland ergangen. Dann muss der Anschluss an das Deutschtum mehr gepflegt werden, aber vorsichtiger, reibungsloser . . ."

Der notorisch deutsch- und nationalsozialistenfeindliche Chacopatriote N. Siemens schrieb 26. August 1935 an Dr. Walter Quiring: "Der Versailler Schandvertrag . . .", und unterschrieb: "Dein deutschdenkender . . ." Am 6. Januar 1936 schrieb er an Kliewer, dass er treu für den Führer betete. Und so könnte man noch eine ganze Weile weiterfahren. Man braucht sich also nicht zu wundern, dass der spätere Ältteste der Mennonitengemeinde, Lehrer Abraham Harder 13. Februar 1936 an Chr. Neff (Weierhof) schrieb: "Man ist deutsch bis ins Mark und bis auf die Knochen und nimmt entschiedene Stellung gegen die verschiedenen Antideutschen, die aber auf ihre Weise auch "gut deutsch" sein wollen."

Fassen wir das ganze zusammen und zwar mit den Worten der Kolonie selbst. Am 23. September 1937 erschien eine Resolution der Kolonieversammlung mit folgendem Wortlaut: "Die Stellung der Kolonie zum neuen Deutschland ist in kurzer Zusammenfassung die, dass wir mit inniger Dankbarkeit Gott gegenüber auf die Bewahrung Westeuropas und damit auch der übrigen Welt vor dem Bolschewismus dank der mächtigen Hand des grossen Führers Adolf Hitler zurückblicken. Wir wollen nebst unserem Mennonitentum gute Deutsche sein und bleiben, wie wir uns als Deutsche auch in Russland rein von fremden Einflüssen gehalten haben, und als solche wollen wir frei und offen das Deutschtum - auch das Deutschtum des Dritten Reiches - bekennen und hochhalten, wie mit Worten, so auch in der Tat."

Und einen Tag später schrieb die Kolonie an Unruh: "Und unsere Stellung zum Nationalsozialismus? Dem möchten wir unsere ganze Anerkennung entgegenbringen. Wir wissen es und sind dankbar dafür, dass Gott den Nationalsozialismus schuf in Zeiten der grössten bolschewistischen Gefahr für Westeuropa. Der grosse Gott hat den Führer Adolf Hitler vielen Völkern zum Segen gesetzt und erhalte ihn noch viele Jahre unserem geliebten Mutterlande. Wir lieben <p. 16> den Führer und verehren den Nationalsozialismus."

Auch das M.C.C. hat sich über den klaren Willen, das eigene Volkstum im Rahmen der grösseren Volksgemeinschaft zu hüten und zu hegen, durch seinen Vorsitzenden Prof. P. C. Hiebert während seines Besuches im Winter 1937 (anlässlich der Abwanderungsbewegung nach Friesland) anerkennend geäussert, indem er vor einem Verlassen dieser klaren Linie warnte. Er führte unter anderem aus: "Die Abwanderer binden mit ihrem Schritt der deutschen Regierung, die diesem Schritte mit Bedauern folgt, sowie auch Prof. Unruh und dem ganzen Hilfswerk die Hände. Drüben werden sie bald ihr Deutschtum und ihre Sitten drangeben."(Protokoll der

Siedlerversammlung, August 1937) In demselben Sinne hatte sich brieflich schon der M.C.C. Vertreter G. G. Hiebert geäußert: "Haltet durch um eures und eurer Kinder wegen! Denn wir, eure amerikanischen Brüder, haben ja wirklich kein persönliches Interesse daran. Nur wenn noch der weitaus grösstes Teil der Ansiedlung zusammen hält, kann noch alles gut werden. Lasst euch das Beispiel unserer Volksgenossen (das Deutsche Volk ist hier gemeint; Bemerkung v. Verf.) leuchtend vorangehen. Sie haben durchgehalten! Und heute? Zwar haben sie grosse wirtschaftliche Fragen zu lösen und gegen eine Welt von Feinden anzukämpfen; aber der Sieg ist garantiert. Ich glaube fest: am deutschen Wesen wird noch einmal die Welt genesen. Darum haltet durch! ist mein Apell an Alle!"

"Ihr Väter und Mütter, möchtet ihr nicht, dass eure mennonitischen Kinder und Kindeskinde euch bis an euer Lebensende deutsch anreden möchten? Würdet ihr es nicht für einen grossen Schaden erachten, wenn eure Nachkommen sich mit fremdstämmigen in Religion, Sprache und Sitten assimilierten? Das ist aber nicht nur möglich, sondern durchaus wahrscheinlich, wenn ihr nicht zusammenhaltet. Ist denn die Pflege des geistlichen Lebens und eine gesunde völkische Entwicklung auch nur denkbar in der Zerstreung? Darum: Was Du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. Brüder wahrt eure höchsten Güter um jeden Preis!" - Mit solch einem Herzensschrei warnt dieser selbstlose, warm mitfühlende Mann 1937 vor einer Aufspaltung der Kolonie. - Leider vergeblich. (Brief im Archiv der Siedlung vorhanden. Datum unbekannt).

Und nicht zuletzt sollte eigentlich noch Prof. Benders Abschiedsgruss genannt werden, somit er nach einem Besuche im Jahre 1938 die Kolonie verliess: "Deshalb muss und wird Fernheim auch weiter eine treue, gläubige mennonitische Gemeinschaft bleiben, christlich-mennonitisch, deutsch!" (Protokoll der Siedlerversammlung 1938)

So wird es verständlich dass in Fernheim schon im März 1935 das Führerprinzip eingeführt wurde! Aus dem Protokoll: "Im Rückblick auf unsere bisherige Kolonieentwicklung findet die Sitzung es für hindernd in unserem Kolonieaufbau, dass der Oberschulze in seinen Rechten beschränkt ist, daher erteilt die heutige Sitzung dem Oberschulzen auf dem Gebiete seines Amtes eine allseitig unbeschränkte Vollmacht, insoweit ihm diese in seinem amtlichen Vorgehen erforderlich sein sollte." (Paragraph III) Allerdings hatte dieses in der Praxis wenig Bedeutung, da zum Führerprinzip der geeignete Führer fehlte.

Auch Planwirtschaft versuchte man einzuführen: "Die Sitzung beschliesst, dass alle Exportwaren nur durch die Kooperative abgesetzt werden." (Paragraph X aus dem Protokoll der Kolonieberatung vom März 1935). Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete fehlte einstweilen noch der Mann, der mit dieser Vollmacht etwas anzufangen gewusst hätte.

<p. 17>

Noch einmal möge festgestellt werden, dass dies alles geschah, ohne dass Legiehn und Kliewer nennenswerten Einfluss ausüben konnten. Diese nationalsozialistische Fassade zogen andere auf. Wir wollen uns jedoch einen Blick dahinter erlauben.

Eine Kolonie, die aus freien Stücken so treu zum Deutschland Adolf Hitler stand, hatte natürlich auch zu jeder Zeit das moralische Recht, Hilfe von Seiten des Mutterlandes und seiner

diplomatischen Vertretung zu beanspruchen und entgegenzunehmen. Das geschah denn auch; auch weiterhin brachte Deutschland den Siedlern ein warmes Herz entgegen. Als bezeichnende Kleinigkeit sei erwähnt, dass die Gesandtschaft in Asunción zwei Predigern der Kolonie, die 1934 nach Brasilien reisen wollten, aber keine Reisepapiere hatten, einfach Reisepässe ausstellte.

Vielmehr ins Gewicht fiel die Grosszügigkeit, mit welcher die Reichsregierung im Jahre 1937, dan der Vermittlung Prof. Unruhs, den Kolonisten wieder einen Teil ihrer Sorgen von den Schultern nahm. Es ist hier nicht die Stelle, Prof. Unruhs Verdienst ausführlich zu schildern. Genug sei es, zu erwähnen, dass man es mal wieder ihm zu verdanken hatte, wenn die deutsche Regierung von der durch die Errettung aus Russland und die darauffolgende Auswanderung entstandenen ungeheuren Schuld (3 Mill. RM.) mehr als 2/3 gestrichen hat. Nun gelang es ihm obendrein noch zu erreichen, dass die rückständigen Zinsen für die Jahre 1936/36 ebenfalls gestrichen wurden, dass ein Zahlungsaufschub bis 1942 gewährt und eine Ermässigung des Zinsfusses von 4% auf 2% bewilligt wurde. Insgesamt schenkte das Reich den Mennoniten in Paraguay und Brasilien bei dieser Gelegenheit über 250.00 RM.

So bekannten sich die Kolonisten zum Reich Adolf Hitlers, und nach dem Wahlspruch "Treue um Treue" bekannte sich auch das Reich immer und immer wieder zu der Kolonie. Natürlich gab es eine Gruppe, welche konsequent jegliche Bindung an das Dritte Reich verwarf und sich auch bei offiziellen Gelegenheiten nicht "auch deutsch" aufspielte. Hier sei der Aufrichtige Lehrer Wilhelm Klassen erwähnt, der fest entschlossen und kompromisslos ablehnte. Dafür gab es umsomehr, welche der Regel huldigten, "Nehmen ist seliger als Geben."

Denn hinter der Fassade sah es doch ein bisschen anders aus, als man die zuständigen deutschen Stellen glauben lassen wollte. Leider kann man nicht umhin, festzustellen, dass berechnende Überlegung manchmal mehr als Aufrichtigkeit vorhanden war, worüber auch eine allzu üppig zur Schau getragene Frömmigkeit nicht hinwegzutäuschen vermochte.

Wie mehrten sich doch die Stimmen, welche Alarm riefen, im eigenen Kreise und auch in der Aussenwelt.

Am 4. Januar 1937 berichtete Prof. Unruh dem Oberschulzen, dass der Geschäftsführer des Volksbundes aus Asunción in Berlin gewesen sei. Über die Mennoniten habe er gesagt, sie seien nicht offen und aufrichtig und hätten immer noch versucht, hinter dem Rücken andere Wege zu gehen als vereinbart.

Anfang 1937 war bereits ein Bericht von Dr. Wilhelmy, wissenschaftlicher Mitarbeiter am geographischen Institut der Kieler Universität, der grosse Strecken Südamerikas bereist hatte, erschienen, worin zwar viele sachlich unrichtige und jugendlich undurchdachte Bemerkungen vorkamen, welche Kliewer in einer ausführlichen Denkschrift Punkt für Punkt widerlegte. Aber nebenbei kamen darin auch dieselben Feststellungen über Charakter und Auftreten der <p. 18> Mennoniten vor: "In ihrer Stellung zum neuen Deutschland unterscheiden sich die führenden Persönlichkeiten von der Koloniebevölkerung. Während der unwissende, aber religiös fanatische Bauer aus seiner ablehnenden Haltung keinen Hehl macht, versuchen Prediger und Schulzen mit Gesandtschaft und Konsulat freundschaftlich zusammenzuarbeiten." . . . "Dass Prediger und

Schulzen nicht offen den gleichen Standpunkt der von ihnen geführten Kolonisten vertreten, beruht auf kalter Überlegung unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit und des grösstmöglichen Gewinnes für die Kolonie. Die Mennoniten sind staatenlos und bemühen sich um den Schutz der deutschen diplomatischen Vertretung. Die Kolonieführer haben sogar Anträge auf Erwerb der Reichsangehörigkeit gestellt.” (Kopie im Archiv der Siedlung)

A. Harder, Ältester der Mennonitengemeinde, Zentralschullehrer und Jugendbundleiter, schrieb 9. September 1937 an Kliewer: “Wo ist unsere Moral? Unsere Wahrhaftigkeit! Wo unser Deutschtum?!!! Um das lang ersehnte Ziel zu erreichen (gemeint ist das Erdrosseln der völkischen Arbeit; Bemerkung v. Verf.), sind alle jesuitischen Mittel gerade gut genug. Und das schlimmste ist, dass die “Brüder” die Intrigen schmieden. Klatschen und Verleumden, Wühlen und Graben ist an der Tagesordnung. Es wird uns ein Weiterarbeiten einfach unmöglich gemacht. Das ist zum Tollwerden! Du hast uns noch nicht geschrieben, was Dr. Wilhelmy (sic) uns eingebrockt hat, aber jedenfalls hat er unsere Leute nur zu gut durchschaut und auf 100% die Wahrheit gesprochen, was uns natürlich, wie immer, nicht in unseren Kram passt. Wenn solche Ausländer kommen, dann kommt man (Prediger sogar) zu uns und bittet, dass wir das Deutschlandlied und das Horst-Wessellied singen sollen! Dann hebt man auch die Hand dazu. Hat er uns aber erst den Rücken gedreht, nun, dann entfremden wir den Eltern die Kinder, und der Sport erzieht sie zur Wehrhaftigkeit, und was der Dinge mehr sind.”

“Er (Harders Sohn Ernst) . . . muss . . . so jung schon die Lasten einer fast unverbesserlichen Gesellschaft tragen lernen.”

Im Jahre 1938 berichtete der sehr gemässigte deutsche Gesandte v. Büsing über seine Erfahrungen in und mit den Kolonien Fernheim und Friesland nach Berlin: “Die Mennoniten tragen Dankbarkeit für Deutschland im Herzen, aber sie sind immer noch weit von uns entfernt. Wie sie mir gesprächsweise mitteilten, ist es ihr Ideal, dass der Führer einmal die Ukraine für Deutschland erobern sollte (o Wehrlosigkeit! Bemerkung v. Verf.) Dann möchten sie wieder, aber in geschlossener Mennonitensiedlung, als Weizenbauern dort siedeln.”

“Sie haben stets nur daran gedacht, dass sie sich ihre kleine Gemeinschaft, ihre Religion und ihre Sitten und Gebräuche erhalten konnten.”

“In beiden Kolonien wird jetzt eine Liebe zum Deutschtum und eine Begeisterung für das Dritte Reich zur Schau getragen, die aber übertrieben wirkt, weil man sich des Gedankens nicht erwehren kann, dass fast alle diese Leute in erster Linie doch nur für ihre kleine mennonitische Gemeinschaft <wischen?> und arbeiten wollen. Ihr ungestörtes Eigenleben ist ihr Ideal. Und wenn heute alle Länder für sie frei wären, glaube ich kaum, dass sie freiwillig nach Deutschland gehen würden, sondern sie würden nach Russland zurückkehren, wenn sie dort in alter Weise fortleben könnten.”

“Man kann sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass da, wo sie sich freudig zum Dritten Reich bekennen, eine gewisse Vorsicht am Platz ist. Im Augenblick haben sie nur Deutschland, von dem sie Hilfe und Unterstützung erwarten können, und sie sind nicht töricht genug, <p. 19> um sich solches zu verscherzen.” (Kopie im Archiv der Siedlung)

Höflicher ist noch nie jemand der Heuchelei und des Pharisäertums beschuldigt worden. Dieser Bericht liess Legationsrat Dr. Kundt, der einen so grossen Anteil an der Errettung der aus Russland Flüchtenden gehabt hat (er war der betreffende Sachbearbeiter des Ausserministeriums gewesen), ausrufen: "Wann werden die Mennoniten endlich mal ein klares Gesicht zeigen?"

Spannung also und nicht Harmonie. Das eigentliche Stück wurde nicht auf der Bühne, sondern hinter den Kulissen gespielt, allerdings ohne dass ein Durchsichern der Wahrheit in die Aussenwelt hinein hätte verhindern können. Minderwertige Elemente scheuten sich sogar nicht, einen im Postfach liegenden Brief zu öffnen mit der Absicht, dem Absender aus dem Inhalt einen Strick zu drehen (März 1936 in Philadelphia geschehen). Dies führte aber nicht zum ersehnten Erfolg.

Einsichtige Männer sahen schon voraus, was kommen musste. Schon als er auf dem Wege nach Deutschland war, hatte Kliewer 29. August 1934 an Legiehn geschrieben: "Ob's nicht bald zu einem offenen völkischen Kampf in der ganzen Kolonie kommen wird?" Und der wie ein Vater um alle seine Mennonitenkinder in der weiten Welt besorgte Prof. Unruh erhob seine warnende Stimme, sobald die ersten Anzeichen der bevorstehenden Auseinandersetzung ankündigten, was da kommen musste: "Bei dieser Gelegenheit will ich kurz bemerken, dass der dortige Streit über politische Dinge aufhören sollte. Wir stehen auf festem evangelischem Boden. Wir bekennen uns zu der Lehre der Heiligen Schrift, des Alten und Neuen Testaments. Ausfällige Bemerkungen über das Alte Testament sind nicht zu dulden. Andererseits sind wir gute deutsche Menschen" . . . "Seien wir eine rechte Christusgemeinde! Ich bitte dringen, den Streit zu lassen, er muss uns nur Schaden bringen! (Brief an den Oberschulzen J. Siemens 29. November 1934).

"Ich bitte noch besonders, die Auseinandersetzungen politischer Natur in Gemeinde, Schule und Gesellschaft sort sofort abzustellen. Ich muss besonders auch von den Lehrern verlangen, dass sie zusammen mit den Predigern einen gesunden christlichen und deutsch-mennonitischen Geist in der Jugend pflegen, aber alle Überspitzungen vermeiden. Das ist auch die grosse Linie des Volksbundes Deutscher im Auslande, in dem ich Mitglied des Hauptausschusses bin." (Idem. 8. Dezember 1934).

"Unsere Situation in Russland und die ihrige in Paraguay ist eine total andere als in (Nord-) Amerika. Hier sind wir und müssen wir sein und bleiben, völkische Gebilde, Stammesgemeinschaften, die unter keinen Umständen der Zersetzung anheimfallen dürfen. Das haben weise Männer in Russland auf beiden Seiten (Kirchengemeinde und Brüdergemeinde) durchaus klar erkannt. Die jüngste Gemeinde versuchte in ihrer Weise zu vermitteln. Ich meine die Allianzgemeinde." (Idem. 19. Oktober 1935).

Aber dieser Zusammenstoss der Meinungen war unvermeidlich; nichts und niemand konnte ihn verhindern. Welche waren die Gründe der Opposition gegen die völkische Arbeit, wie sie im Geiste des Dritten Reiches durchgeführt wurde?

1. Man hatte Angst, dass sie - besonders auch die Angelegenheit der Einbürgerung - die paraguayische Regierung verstimmen würde. In bezug auf die Volksbundarbeit war diese Furche unberechtigt, denn die Statuten des Volksbundes waren durch Regierungsdekret <p. 20>

begutachtet worden. Es ist auch ausgeschlossen, dass man den Beweis liefern könnte, der Volksbund hätte je die gesetzlich festgelegten Grenzen überschritten.

Was die Einbürgerung anbelangt: Bei der auch heute fortbestehenden deutsch-freundlichen Gesinnung der Paraguayer braucht man diesbezüglich wohl kaum Befürchtungen zu hegen. Aus freiem Willen hätte keine paraguayische Regierung Massnahmen gegen das Deutschtum getroffen.

2. Schon schwerer ins Gewicht fielen die Gerüchte über Christenverfolgungen in Deutschland. Nun ist es hier nicht die Stelle, diese Frage zu behandeln. Dass Vertreter der Christenheit in Schwierigkeiten geraten sind, ist eine Tatsache. Das fanatisch-einseitige "Bürger dieser Welt" mit fanatisch einseitigen "Bürgern des Gottesreiches" hart zusammengekommen sind, das wissen wir auch. Genau so steht es fest, das hundertprozentige Christen im ganzen Reich, innerhalb und ausserhalb der vom Reich finanzierten Lutherkirche, das Evangelium ohne Abstriche unbehelligt verkündigt haben, weil jeder wusste, dass sie mit heiligem Ernste bestrebt waren "wirklich Himmel und Erde das ihrige zu geben" (Unruh)

Sicherlich gab es einerseits vernunftlose, verständnislose Hitzköpfigkeit, die von dem wirklich zu lösenden weltanschaulichen Problem genau so wenig verstanden hat, wie Christen, welche sich andererseits mit einem wahren Hang nach dem Märtyrium in dem Kampf stürzten. Sicherlich auch hat es wirkliche Märtyrer gegeben. Aber in jedem Staate, auch in dem demokratischen, musste derjenige zum Märtyrer werden, welcher den Politikern die bedingungslose Forderung stellen würde, auf alles zu verzichten, was dem Geiste Christi zuwider ist. Nicht ein Politiker der Welt kann seines Amtes walten, ohne oft sehr bewusst zu sündigen, um nicht noch viel schlimmer zu sündigen. Das Höchste, was er erreichen kann, ist, dass er sich dieser Dinge vor Gott und seinem Gewissen bewusst ist und weiss, dass es für ihn eben auch nur den einen Ausweg der göttlichen Gnade gibt. Die frömmsten Redensarten der Welt können diesen Tatbestand nicht im geringsten ändern, wecken nur Erinnerungen an Math. 23.

Das mancherorts durch das Auftreten vieler Parteifanatiker zwischen Kirche und Partei eine nicht selten starken Spannung bestand, ist wahr. Vielleicht vergrössert es die Schuld der Kirche in anderen Ländern nur, wenn diese Spannung zwischen den beiden Welten da nie mehr oder höchstens sehr selten sichtbar wird. Jedenfalls ist es im höchsten Masse erfreulich, dass sie in Deutschland - auch nachdem demokratische Mächte die Regierungsgewalt übernommen hatte - sofort wieder in Erscheinung getreten ist. Sofort nach dem Kriege war sie stark im Wachsen begriffen.

Während und nach einer grossen Revolution tritt die Spannung zwischen beiden Welten immer stärker als gewöhnlich in Erscheinung. Je heftiger der Zusammenstoss der von beiden Seiten an und für sich berechtigten Ansprüche, umso schneller kann dieses erhabene Lebensgeheimnis zur Synthese geführt werden. Nach dem Entstehen der modernen Demokratie in Frankreich war sie in zwei Generationen schon zustande gebracht und zwar so gründlich, dass heute sogar vielfach Christentum und Demokratie identifiziert werden, während die christliche Kirchen zu Anfang die entschlooensten Gegner der Demokratie gewesen sind. In Sowjetrussland ist das letzte Wort in diesen Dingen noch lange nicht gesprochen. Der deutsche Geist aber hätte eine Synthese

bestimmt mehr schnell gefunden. Nach einer ev. deutsche Siege wäre in Deutschland ein weltanschaulicher Kampf vorstellbaren <Auseiners.??> ausgebrochen.

Zurück nach Fernheim. Die Aufregung über die Christenverfolgungen beschwichtigte der reichsdeutsche Russlandmennonit <p. 21> A. Harder, der Ende 1935 aus Deutschland gekommen war. Er war Lehrer an der Zentralschule, Prediger und wurde mit der Zeit Leiter der Kirchengemeinde. Sofort nach seinem Kommen fing er an, die Dörfer zu bereisen und Vorträge über die kirchlichen und religiösen Verhältnisse im neuen Deutschland zu halten. Schon bald wurde er Leiter des Jugendvereins, doch sonst trat er auf völkischem Gebiet nicht in der Vordergrund, weil er das als Prediger nicht wollte. Da Harder zur Gruppe gehörten, in welcher der Widerstand besonders stark war, nämlich der pietistischen, ging von ihm ein grosser Einfluss aus.

3. Festgestellt muss weiter werden, dass viele Prediger von vornherein gegen eine völkische Organisation und das Aufkommen eines neuen Faktors im öffentlichen Leben eingenommen waren, da sie ihre Autorität dadurch bedroht erachteten. Überall, wo es den Mennoniten gelang, einen Staat in dem Staate zu bilden, ist es immer wieder vorgekommen, dass Prediger bestrebt waren, in der Zivilverwaltung keine starke Persönlichkeit aufkommen zu lassen und besonders das Hochkommen oder gar Entstehen einer der Predigerschaft vielleicht überlegenen Intelligenz zu verhindern. Die Beispiele der Persönlichkeiten, welche mit dieser Mentalität zu kämpfen hatten, könnten einen dicken Schöcker ausfüllen. Wir wollen uns allein erinnern an Hoepfner und Bartsch und an Kornies. Wie hartnäckig lehnten die meisten verantwortlichen Prediger in den Russlandkolonien lange Zeit ein gutes Unterrichtswesen ab, und fast immer ohne und sehr oft gegen die Mehrheit der Predigerschaft allein konnten vernünftige Männer es doch dazu bringen. Auch in Fernheim bestand zumindest die Neigung, auf jeden Preis entscheidende Instanz in öffentlichen Leben zu sein und alles auszuschalten, was diese Vormachtstellung antasten könnte. Man beruft sich dabei gerne auf das missverstandene Wort 1. Kor. 4:1: "Dafür halte uns jeder Mann für Christi Diener und Haushalter über Gottes Geheimnisse" (wo der Apostel Paulus von sich spricht) in Verbindung mit Titus 1:7: "Denn ein Bischof soll untadelig sein, als ein Haushalter Gottes . . ." Dazu wird dann das Wort aus dem 11 Vers vom "Bestrafen der Widersprecher" herangezogen, und aus dem Zusammenhang, worin es steht, herausgeschoben. Das griechische Urwort bedeute aber "ermahnen, eines Besseren belehren." Überdies ist "Diener Christi" sein nicht dasselbe wie herrschen, insbesondere nicht über das Gewissen des Nächsten, und das Streben dabei war leider da und dort immer wieder vorhanden.

Schon am 28. Juli 1935 meldete Legiehn in einem Brief an Kliewer, dass die Evangelische Gemeinde, welche unter der Leitung des Predigers N. Wiebe stand, seinen Gliedern verboten habe, sich weiter an der völkischen Arbeit zu beteiligen. Am 25. März 1936 meldete K. Kliewer seinem Bruder in Deutschland, die Evangelische Gemeinde habe unlängst beschlossen, dass kein Glied sich um die Deutsche Reichsangehörigkeit bemühen dürfe. Er schrieb dann: "Mir ist das Vorgehen einer Gemeinde in solchen Sachen ganz unverständlich. Denn was hat die Gemeinde Jesu Christi mit der Nationalität zu tun? Es ist bald, als ob unsere Gemeinden teilweise ihre Aufgaben vergessen haben, denn immer wieder muss ich es auf Gemeindestunden feststellen, dass das Einmischen der Gemeinden in die wirtschaftlichen Sachen immer stärker wird. Zum grössten Teil werden Koloniefragen in den Gemeindestunden geregelt." Dann folgen Beispiele:

“In der Angelegenheit des Alkoholmissbrauches beschliesst die K.P.K., dass gewisse Massnahmen getroffen werden sollen. (Anstatt sich auf ihre Erziehungsaufgabe zu beschränken.) Und die Kolonieverwaltung hat die Beschlüsse einfach auszuführen! Der Fall eines Messerstiches wird von der Elternversammlung geregelt. Vergehungen auf einer Kolonieverammlung werden von der Gemeinde behandelt. Das Vollstrecken evtl. Zuchmassnahmen überlässt man dann der Kolonieverammlung. Wer wird hier nicht an die goldene Regel der katholischen <p. 22> Inquisition erinnert: “Ekklesia non sinit sanguinem.” (Die Kirche trinkt kein Blut; sie sprach zwar schuldig, aber wollte die Verantwortung für die Strafmassnahmen nicht übernehmen). Der Vergleich könnte noch weiter durchgeführt werden, denn Fernheim kennt die Prügelstrafe mit den nassen Strick, an Erwachsenen vollzogen.

K. Kliewer schliesst mit den Ausruf: “Eine religiöse Gesundung brauchen wir, und wie ist sie herbeizuführen? Ist sie ohne Reformation noch denkbar?”

Er spricht wohl an erster Stelle von der Brüdergemeinde, obwohl sich hier eine allgemeine Tendenz offenbart. Wie katholisch mutet dieses ganze Bild an!

Was das Auftreten der Evangelischen Gemeinde betrifft, so muss man folgendes bemerken: Als in Russland Hab und Gut bedroht wurden wurden viele Holländer.

Als dann in der Folge ausser Eigentum und Zukunft auch noch die persönliche Sicherheit in Gefahr kam, wurden die meisten wieder vollblütige Deutsche. Man genierte sich auch nicht, sich als Deuteshc retten und betreuen zu lassen und Hilfe im Gesantwert von Millionen entgegenzunehmen.

Dieses eifrig bekannte Deuschtum wurde dann aber wieder verleugnet, als es zwingen wollte, mit der Frage nach dem Verhältnisse zwischen Christsein und Deutschsein ernst zu machen, und als es nicht mehr möglich war, sich selbstherrlich in Gedankenlosigkeit zu verkriechen.

Man hatte jedoch trotzdem keine Gewissensbisse, als man einige Jahre später wiederum ein Geschenk von über 250.000 RM. annahm; ein Geschenk, welches das Deutsche Reich den Siedlern als deutschen Menschen machte.

Die Frage, die sich hierbei aufdrängt, ist, was Christus einmal zu allen diesen Dingen sagen wird.

4. Der wichtigste Punkt in der ganzen völkischen Auseinandersetzung in Fernheim aber war die Wehrlosigkeitsfrage. Leider ist die für die meisten Betreffenden längst keine Frage mehr, um deren Beantwortung man mühselig ringen muss, sonder ein kritiklos übernommenes Dogma. In diesem Punkte hat sich die Katholisierung des Mennonitentums besonders stark ausgewirkt. Wie konnte das je deutlicher belegt werden, als es geschah durch den Fernheimer Bürger, welche im Jahre 1937 auf einer Kolonieverammlung ausrief, man solle doch nun endlich mal darüber abstimmen, ob man nationalsozialist oder wehrlos sein solle.

Wie weit sind wir hier von der ursprünglichen täuferischen Gesinning entfernt!

Wer sich wirklich zum Grundsatz der Wehrlosigkeit durchgerungen hat, kann nicht anders als in ihn ein heiliges Gut gekennen und verteidigen; und man muss ehrfurchtsvoll den Hut herunterziehen, wenn ein Mensch bereit ist, alle Konsequenzen dieses Bekenntnisses auf sich zu nehmen. Das werden auch die Gegner der Wehrlosigkeit uns gerne zugeben. Es steht ausser Zweifel, dass es solche Menschen in Fernheim gegeben hat und noch gibt. Der Mann, der sie deswegen belästigt oder gar angegriffen hätte, hätte dadurch aufgehört, ein Mennonit zu sein. Das ist aber von verantwortlicher Seite nie geschehen. Nur gibt es hier zwei Tatsachen, welche den Konfliktstoff schliesslich zur Explosion gebracht haben. Einmal bedeutete ein klares Bekenntnis zum Dritten Reich, sobald dieses Reich mal eine Bestätigung mit der Tat verlangen würde, einen Verzicht auf die Wehrlosigkeit in diesem Sinnes des Wortes. Der Nationalsozialismus erlaubte es, als die Krise einmal gekommen war, keinem deutschen Menschen, sich der Wehrpflicht zu entziehen. Ob dieses <p. 23> nach einem deutschen Sieg später anders geworden wäre, ist fraglich. Andererseits waren diese Mennoniten längst dazu erzogen, das Wehrlosigkeitsprinzip sozusagen von Geburt an als das Herz ihres religiösen Eigenlebens zu betrachten. Es kam selten vor, dass dieser Tatbestand ihnen von auswärts streitig gemacht wurde; und gerade auch das Leben unter Völkern, mit denen man sich innerlich nicht besonders verbunden fühlte, war nicht dazu angetan, sie das Problem Wehrlosigkeit jemals überdenken zu lassen. Das Gastgebervolk wurde ja niemals ihr Volk; ihr Schicksal war nicht organisch auf Gedeih und Verderb mit dem seinigen verbunden. Zum unerbittlichen Kampf um diesen Grundsatz kam es in Russland ja auch erst, nachdem diese Mennoniten von dort weggezogen waren. Der Zar hatte 1874 noch wieder nachgegeben, als er erfuhr, wie gross die Entrüstung in den Kolonien war. Einen Existenzkampf, wie z. B. Deutschland zu Napoleons Zeiten oder wie die Niederlande im Befreiungskrieg gegen die Spanier, hatten sie noch nicht mitgemacht, wenn sie auch etwas davon am Leibe gespürt hatten, als die Machnowschen Banden umherstreiften.

Das erschwert auch eine Diskussion mit nordamerikanischen Geschwistern über diesen Gegenstand, wenn sie zu der dortigen Gruppe der Wehrlosen gehören, ungemein. Ein grosser Prozentsatz der kanadischen und U.S.A Mennoniten hat, ähnlich wie im 19. Jahrhundert die deutschen Mennoniten, ja freiwillig auf die Wehrfreiheit verzichtet. Man spricht von 40-50% der jüngeren Generation. Das bedeutet auf alle Fälle, dass ohne Zweifel mehr als die Hälfte aller Mennoniten in der Welt nicht mehr wehrlos ist, denn in Europa ist die Zahl der den Wehrdienst Verweigernden nur noch sehr gering. Dessenungeachtet wird das Prinzip noch manchmal dargestellt als der Grundsatz, womit das Mennonitentum steht oder fällt. In der Praxis müsste man dann aber leider zugeben, dass er bereits gefallen ist.

Aber im absoluten Sinne des Wortes hat es noch nie Einstimmigkeit über die Wehrlosigkeit gegeben, sobald die praktischen Schwierigkeiten entstanden. Jeder Mennonit hat das Recht, die Wehrlosigkeit als das Kernstück seines persönlichen Bekenntnisses zu betrachten; keiner aber hat das Recht, andere zu seiner Ansicht zu zwingen, wenn er es eben anders sieht, oder ihn deswegen als Bruder abzustossen. Täte man das wirklich konsequent, es würden recht wenige übrigbleiben. Auch Menno und seine Mitarbeiter sind in diesen Dingen nicht ganz konsequent gewesen und liessen der Praxis des Alltagslebens ihre Rechte. (Der Beschluss von Wismar 1554, weiter die Stelle im Fundamentbuch 1539 über die Obrigkeit, welche das Schwert führen darf, u.a.m.)

Es fiel den konsequent wehrlosen Brüdern in einer Gemeinschaft, worin seit Generationen kaum mal Zweifel an der allesbeherrschenden Bedeutung dieser Lehre der Wehrlosigkeit aufgekommen war, schwer, die Gleichberechtigung des anderen Standpunktes anzuerkennen. Es ist eine ehrfurchtgebietende Tat der Selbstüberwindung gewesen, als sie es (14. April 1936 s.o.) doch taten. Was dieser Tat dagegen in bezug auf die meisten der sie Verrichtenden fast wieder allen Wert nimmt, ist die Tatsache, dass viele nicht innerlich zu diesem Entschluss standen, sondern nur einen Schritt seitwärts machten, um einer nicht aufzuhaltenden Entwicklung auszuweichen. Es kann gar nicht bezweifelt werden, dass es sich hier bei mehreren führenden Männern um eine Demonstration handelte, die dazu beitragen sollte, die Brücke nach dem Deutschen Reiche "verkehrsbereit" zu erhalten. Wie sprechen auch die Briefe, z. B. die des ehrlichen, aber der Situation nicht immer, gewachsenen Oberschulzen von Angst, man würde in Deutschland etwas spüren; und wie oft veranlasst er deswegen die Kolonieversammlung, sich positiv über das Dritte Reich und den National-Sozialismus zu äussern, auch wo die wirkliche Gesinnung andere Formulierung verlangt hätte!

<p. 24>

Auf keinen Fall hätten die, welchen die Wehrlosigkeit so wichtig war, dass sie bereit waren, das Deutschtum zu opfern, und welche das offen zum Ausdruck brachten, noch weitere Hilfe von seiten des deutschen Reiches, wovon sie sich losgesagt hatten, entgegennehmen dürfen.

Auf der anderen Seite wurde der Fehler gemacht, dass man die Konsequenzen als rückständig schmähte und verspottete und - bevor das Deutsche Reich sich dazu offiziell geäußert hatte - Druck auszuüben versuchte, indem man mit den Konsequenzen drohte, zu welchen das Reich schreiten könnte, falls die als "Prinzipienreiter" Bezeichneten nicht von dem ihnen über alles heiligen Grundsatz lassen wollen würden. Dies ist pietät- und geschmacklos und spricht von einer Mentalität, welche jugendlich übermütig oder auch plump und frech genannt werden muss, die dazu noch unmennonitisch ist. Es steht aber aktenmässig fest, dass die führenden Männer auf völkischer Seite sich in dieser Hinsicht (bis auf eine Ausnahme, welche noch besprochen wird, nämlich Hildebrandt) niemals verschuldigt haben. Im Gegenteil: sie sind amtlich und privat immer entschlossen dagegen aufgetreten und haben den Wehrlosen-bis-zum-Äussersten gewürdigt und geschätzt. Dass sie auf die möglichen Konsequenzen dieser Einstellung hinwiesen, war kein Bedrohen, sondern in der Stunde schicksalsschwerster Entscheidungen einfach moralische Pflicht.

Übrigens muss über die Wehrlosigkeit noch eines gesagt werden. Sie ist eine Gesinnung. Man ist noch lange nicht wehrlos, wenn man sich weigert, die Waffe aufzunehmen, um den Feind seines Volkes oder die wilden Moro, der die eigene Familie überfällt und ausmordet, zu bekämpfen. Wer sich freut über Waffenerfolge, ist nicht mehr wehrlos, ist ein Totschläger, wie der kämpfende Soldat. Wer am Kriege oder an Kriegsvorbereitungen verdient, ist kein wehrloser Mensch mehr. Wer in der Besatzungsbehörde in einem besetzten Lande arbeitet, hat die Wehrlosigkeit aufgegeben. Und so könnte man noch eine ganze Weile weiterfahren.

Ja, man muss sogar noch einen Schritt weitergehen. Wir wollen einen unserer ersten Männer sprechen lasstn, <nl. ?> Prof. Unruh. Der schrieb am 10. August 1937 an den Oberschulzen J. Siemens: "Die Mennoniten reden und schreiben so viel von der Wehrlosigkeit. Sie sind aber gar

nicht wehrlos! Den Feind wollen sie nicht physisch töten, aber den eigenen Bruder töten sie moralisch. Wieviel Männer und Frauen laufen bei uns herum, denen man nicht die Pferde gestohlen hat, aber die Ehre, das bisschen guten Namen. Was wird das noch einmal am Jüngsten Tage für Überraschungen geben, wenn so ein furchtbar Frommer von Christus das Zeugnis wird bekommen ‘Ohrenbläser (Röm. 1).’”

Da wird das Wesen der Sache in fünf schlichten Sätzen blossgelegt. Und damit wir darauf später werden zurückgreifen können, wird nun schon festgelegt: wer innerlich mitverantwortlich am Elend eines anderen ist, der hat das Recht verloren, sich wehrlos zu nennen, bis er seine Schuld erkannt und vor Gott bekannt hat. Gedanken und Worte sind manchmal tödlicher als Waffen!

Und nun zu den Ereignissen. Es war wohl der damalige Lehrer Fr. Kliewer, der vor seiner Abreise nach Deutschland (1934) als erster offen seine national-sozialistische Gesinnung bekundete und zwar besonders in dem unlängst gegründeten Jugendverein. Auch Lehrer Legiehn bekannte sich unumwunden zum Dritten Reich und bemühte sich, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Und auch schon zu Anfang des Jahres 1934 meldete sich der Widerstand dagegen zum ersten Male. Das Mitglied des Schulrates Thielman (M.B.G.) erklärte, die Elternschaft sei mit der Arbeit der Lehrer ganz zufrieden; nur müsste er den Wunsch äussern, Legiehn und Kliewer möchten doch nicht den völkischen Geist in die Schule tragen. Beide <p. 25> nahmen dagegen energisch Stellung. Kliewer erklärte, er habe die Notwendigkeit, das Deutschtum zu handhaben, bereits in Polen klar erkannt und davon auch immer offen gesprochen; er würde sich dieses Recht in einer freien Mennonitenkolonie auch niemals nehmen lassen. Darauf nahm Thielmann seine Worte zurück.

Akut wurde das Ganze aber erst, als Lehrer Peter Hildebrandt am 25. Juni im Chaco eintraf. Er gehörte zu den Charbiner Flüchtlingen, hatte bis Anfang des Jahres ebenda an der deutschen Hindenburgschule gearbeitet, war dann nach Deutschland gezogen und kam von dort aus als letzter der Charbiner nach Fernheim, wo er Kliewers Posten als Lehrer an der Zentralschule übernahm.

Hildebrandt war ein überzeugter National-Sozialist, der sich mit Begeisterung in die völkische Arbeit stürzte. Ihm fehlte aber die ruhige Überlegung, die reife Besonnenheit und die notwendige Selbstkritik. Als Lehrer wurde er geschätzt, und im grossen und ganzen hingen die Schüler sehr an ihm; doch in seinem Eifer machte er grobe Fehler, welche ihm schon bald fatal wurden. Ohne Ehrfurcht den alten Sitten und Traditionen gegenüber, ohne Verständnis für die doch immer zu schätzende und sich in beachtlichen Leistungen ausprägende Bauerzähigkeit, äusserte er sich wiederholt in seine Vorträgen über Kolonie, Siedler und Mennonitentum sehr abfällig. Er selbst war nicht Christusgläubig und brachte dafür bei andern kein Verständnis auf. Dass er nicht zu den Gottesdiensten erschien, wird man ihm schwer verzeihen haben; grundfalsch was es jedoch, dass ausgerechnet dieser Mann Religionsunterricht erteilen musste. Fügt man noch die von seiner Gattin begangenen, in einer konservativen Bauernsiedlung schwer ins Gewicht fallenden taktischen und psychologischen Fehler hinzu, dann wird es deutlich, dass man schon bald gegen ihn sturmlaufen begann.

Anfänglich fand er Verteidiger in der “Charbiner Ecke,” wo man seine positiven Qualitäten in

schweren Jahren und Umständen im erbarmungslosen China kennen gelernt hatte. Auch der Oberschulze Siemens setzte sich für ihn ein. Er fürchtete die Folgen einer ev. Entlassung. Hildebrandt war (durch Unruhs Vermittlung) mit Hilfe der zuständigen deutschen Stellen nach Paraguay gekommen.

Dann machte Hildebrandt auch noch den Fehler, sich in die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen (worauf wir später noch zu sprechen kommen) einzumischen. Er stellte sich auf die Seite der Privathändler, während die Verwaltung sich verzweifelt anstrengte, die Genossenschaft zu stärken.

So wirkte alles mit, die Position für diesen unüberlegten, aber ehrlichen Kämpfer, der leider noch nicht den Weg zu Jesus Christus gefunden hatte, unhaltbar zu machen. Äusserordentlich übel nahm man es ihm, dass er seine hemmungslose Kritik der Kolonie gegenüber auch auf seine Schüler übertrug, und das war ja auch unverzeihlich. Und man brauchte sich nicht zu wundern, dass die Opposition gegen die völkische Arbeit diese für sie günstige Stimmung ausnützte, um Hildebrandt auszubooten; am 5. November entliess die Eltnerversammlung der Zentralschule ihn. Und auch die Vordermänner auf völkischer Seite zeigten sich in ihren Briefen über diesen Fall darin einig, dass sie Verständnis für diese harte Massnahme aufbringen konnten. (Legiehn, Harder, Kornelius Kliewer). Am bündigsten fasste es wohl K. Kliewer zusammen, als er in einem Briefe an seinen Bruder sagte: "Ich glaube nicht, dass Hildebrandts ohne Umstellung der Kolonie zum Segen sein könnten." Das traf den Nagel wohl ungefähr auf den Kopf; sowohl eine christliche <p. 26> Gesinnung als Liebe zum Erbe der Väter musste zu dieser Feststellung bringen. Aber nichtsdestoweniger muss man doch auch Prof. Unruh beipflichten, wo er sagte, dass weise Männer einen unerfahrenen jungen Mann nicht bei erster Gelegenheit so behandelt hätten, sondern ihrer erzieherischen Verpflichtung eingedenk gewesen sein würden, weil hier ein "Noch-Nicht" an Reife und Glaubentiefe und nicht eine unlautere Gesinnung vorlag. Dazu wären aber mehr Weisheit und Geduld notwendig gewesen, als worüber Fernheim verfügte.

Sehr klar durchschaute Unruh das unliebsame kirchenpolitische Spiel, welches den Hingergrund dieses Ereignisses bildete: "Man will in Fernheim keine Politik, aber man pflegt die Kirchenpolitik." (Brief an Kliewer 19. Febr. 1936). Es kann leider nicht verneint werden.

Das geht vor allem auch hervor aus dem diplomatisch geschickten Versuch, den Sieg voll auszunutzen, indem man nun in einem Ansturm auch die anderen gefährlichen Männer, Kliewer und Legiehn, unschädlich zu machen versuchte. Wenn sie ihre Gesinnung nicht änderten, dann würden sie als Lehrer für die Zentralschule nicht mehr in Betracht kommen! Und das, während Kliewer noch mindestens drei Jahre in Deutschland zu bleiben hatte! Der taktvolle Legiehn, der nicht für Kampf bis aufs Messer war, wusste dann den Sturm wieder zu beschwichtigen. Doch nachdem Hildebrandt verschwunden war, sahen die Völkischen sich gezwungen, sich zurückzuhalten. Jugendarbeit konnte nur noch in religiösem Sinne weitergeführt werden. Um den "schlechten Eindruck" nach aussen wegzunehmen, folgte dann das bereits oben erwähnte, in der ganzen Kolonie ausgesprochene Gebet "für das deutsche Vaterland."

Auf schulischem Gebiete wurde der Vormarsch gegen das Deutschtum siegreich fortgesetzt. Dazu angeleitet durch die beiden Lehrer Wilhelm Klassen und Peter Klassen, strich der

Lehrerverein die deutsche Geschichte vom Program der Volksschulen, weil darin so viel von Krieg und Waffengewalt gesprochen wurde! Dies war sogar dem Herausgeber des Mennoblattes, N. Siemens, zu toll; er fürchtete wohl die Auswirkung dieses grotesken Vergehens bei den deutschen Autoritäten. Er selbst ging erst dann ganz zur Opposition über, als der deutsche Adler bereits flügelahm geworden war. Überhaupt bestand die "auch-deutsche" Gruppe nur bis dahin. Harder, der den Ausdruck prägte, meinte damit jene in aller Welt unausrottbaren Leute, welche in diesem Falle die schöne braune Farbe der Federn dieses Adlers priesen und sich im Schutze seiner Flügel behaglich fühlten, die aber, als die Zeit eben anders geworden war, auch ein Bündelchen Reis lieferten, um den einst so stolzen Vogel zu braten. Und wer weiss, was wir nach Auferstehung dieses Phoenix aus der Asche erleben werden. Solche Dinge sind aber nicht typisch für Fernheim; sie sing allgemein menschlich.

Wenn der Lehrerverein einen solchen Entschluss fasste, so muss man ihn noch beanstanden. Denn man genierte sich trotzdem nicht, weitere Hilfe von deutscher Seite entgegenzunehmen. Jahr für Jahr, sogar noch während des Krieges, floss der Strom der Lehrmittel, Bücher, Zeitschriften, Filmapparate, Turngeräte, Instrumente, Kindergartenausrüstung, und was der Dingel mehr sind. Der Landesverband Weser-Ems des V.D.A. hatte die Patenschaft über Fernheim übernommen, und einen grosszügiger Paten hätte man wohl schwerlich finden können. Wie die Schulen, so könnte auch das Krankenhaus "ein Liedchen davon singen!" Das geliebte Mutterland bewies, nach dem grossartigen Hilfeleistungen in Geld, Kleidung, Nahrung, Ausrüstungsgegenständen, geistigen Werten u.s.w. seine verärmten Kinder noch nicht vergessen zu haben!

<p. 27>

So schwach war die Position der völkische Bewegung durch die Sache-Hildebrandt geworden, dass sie vollständig in die Verteidigung gedrängt worden war, ja im grossen und ganzen um des lieben Friedens willen sogar auf die Selbstverteidigung verzichtete. Sie musste es sich in der Folgezeit gefallen lassen, als Krankheitserreger der Seuche angeprangert zu werden, welche Fernheim in diesen Jahren in Sterbensnot brachten! Manchmal wird es so vorgestellt, als ob nur die völkische Auseinandersetzung Fernheims Existenz bis in die Grundfesten erschüttert hätte. Dies ist unwahr. Es ist hier leider nicht die richtige Stelle, die anderen Fieberanfalle gründlich zu besprechen, hier sollen nur einige genannt werden, welche in ihrer Gesamtauswirkung noch fast bedrohlichere Ausmassen annahmen als das schwarze Schaf "Völkische Bewegung": der "Militärhandel" das <Schachern?> mit der Soldaten, besonders während des Chacokrieges, mit dem schändlichen von der Regierung verbotenen, doch von amtlich-mennonitischer Seite ausgehenden Fuselhandel), der Kampf um Genossenschaft und Privathandel, die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Abwanderung, wobei es sogar soweit kam, dass die Opposition in vielen Dörfern neben den offiziellen eigene Schulzen einsetzte, u. s. w. Wie viel "verdrängtes Heldentum" (der Ausdruck stammt von Unruh) tobte sich hier aus ! Und wie haarscharf ging die Kolonie am Abgrund vorbei! Schrieb doch der sicher nicht übertreibende Legiehn schon am 10. September 1936 an Kliewer: "Wenn man jetzt nicht mit eiserner Hand durchgreifen wird, dann sind Fernheims Tage gezahlt."

In einem von W. Klassen verfassten, im Boten No. 29 vom Jahre 1936 aufgenommen Aufsatz wird die völkische Bewegung für diese "Abwanderungsträume" mehr oder weniger

verantwortlich gemacht. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Abwanderungsfront verlief quer durch die Gruppen hindurch; auf beiden Seiten befanden sich Völkische und Antivölkische. Die Ursachen waren: wirtschaftlicher Notzustand, die übrigen erwähnten Misstände und die schwache Leitung der Kolonie.

Die sich bewusst zum Deutschtum Stellenden mussten sich das alles gefallen lassen, wenn auch in der Zentralschule noch immer ein Hort des Deutschtums weiterbestand. Nicht, dass die Lehrer Legiehn und Harder im politischen Sinne arbeiteten; das am 14. April 1936 festgelegte Programm bezüglich Religions-, Katechismus- und Mennonitengeschichtsunterricht wurde peinlich genau eingehalten, und eine politische Ausbildung fand nicht statt. Aber man arbeitete nach Unruhs Wort vom 13. November 1936: "Wir wollen da (gemeint ist eben die Zentralschule) Himmel und Erden das Ihrige geben."

Sonst schlummerte alles und war dabei, einzuschlafen. Nur die deutsch-feindlichen Gruppe schlief nicht. Auf das Einbürgerungsgesuch vieler Fernheimer Bürger war die Antwort gekommen, dass dies einstweilen nicht in grösserem Umfange möglich sei. Um aber Hilfeleistungen von reichsdeutscher Seite zu erleichtern, war man bereit, einzelnen Familien die deutsche Reichsangehörigkeit zu verleihen! Man machte diese 7 oder 8 Familien das Leben in der Kolonie aber so sauer, dass sie sich kaum noch freuen konnten, als der Pass endlich kam.

Bezeichnend für die ganze Lage ist, dass gegen die Abwanderung gepredigt wurde. Nun handelt es sich hier um eine Angelegenheit, die mit Wirtschaft, Kultur und völkischem Leben durchaus etwas zu tun, welche aber mit dem Evangelium nichts zu tun hat. Nicht selten wurden die, welche gegen die z. Teil ernsten Misstände auftraten, mit dem Banne bedroht. Wie ungesund, untäuferisch, wie katholisch muten solche Dinge an!

<p. 28>

Die Zivilverwaltung wurde von Tag zu Tag mehr zurückgedrängt. Jede Versuch, völkisches Eigenleben zu hüten, wurde unterdrückt.

Vergeblich warnte Unruh ini einer Reihe von Aufsätzen im Boten, worin er ausrief: "Es gehört zu den elementarsten Rechten eines Menschen, dass er darf Glied seines Volkes sein, seine Muttersprache sprechen, in ihr beten und lieben, ohne im geringsten dem Gastlande untreu zu sein." (No. 39 1936). Vergänglich warnte er den Oberschulzen, dessen schwache Position er immer und immer wieder mit der ganzen Kraft seiner Autorität zu stützen bestrebt war: "Wenn wir aufhören werde, in Fernheim das Deutschtum ordentlich zu pflegen, gehen die Kolonien zugrunde. Das ist totsicher!" (27. April 1937). Gerade für eine richtige Verteilung der Arbeitsgebiete setzte er sich ein: "Nur die kulturelle Betreuung soll über den Bund deutscher Mennoniten in Paraguay laufen; man muss vermeiden, dass eine Nebenregierung aufkommt." (5. November 1937).

Es nützte alles nichts. Fernheim liess sich nicht aufhalten; es ging seinen Weg weiter. Bis eines Tages die wirtschaftliche Not zwang, wenigstens in dieser Hinsicht Kurs zu ändern. Im August 1938 übernahm J. Legiehn das Oberschulzenamt, dazu gerufen durch eine überwältigende Stimmemehrheit.

Dadurch war das Amt des Oberlehrers an der Zentralschule verwaist. Umsomehr freute sich nun die Kolonie, dass sie den ehemaligen Zentralschullehrer Fr. Kliwer, der wenige Monate später seinen Doktor machte, mit seiner Gemahlin Margaret Dyck, einer reichsdeutschen Mennonitin, bereit gefunden hatte, nach Fernheim zurückzukehren. Am 23. Juni 1939 kamen sie in Philadelphia an, und am 1. Juli nahmen sie ihre Arbeit auf. Ihn hatte schon am 23. April 1938 (also bevor Legiehn Oberschulze wurde) ein von dem Oberschulzen J. Siemens, dem Kolonieschulrat B. Wall und dem Schulleiter J. Legiehn unterschriebener Brief gerufen, worin ihm zu gleicher Zeit wohlverdienter Dank gebracht wurde für sine unermüdliches Arbeiten zum Wohle der Kolonie, während er in Deutschland gewesen war. Etwas später rief man dann noch extra seine Frau zwecks Einrichtung von Kindergärten, Ausbildung von Kindergärtnerinnen und als Mitarbeiterin an der vierklassigen Mittelschule. Das Deutsche Auswärtigen Amt, der V.D.A., die Mennoniten im Reich und nicht zuletzt Prof. Unruh, alle hatten dazu beigetragen, dass sie ihre Aufgabe übernehmen konnten. Man war es dann endlich so weit gekommen, dass die Kolonie sich auf Verwaltungs-, auf schulischem und auf völkischem Gebiete führende Persönlichkeiten gewählt hatte von denen Klärung zu erwarten war, weil sie wussten, was sie wollten, und auch die Fähigkeiten besaßen, welche zur richtigen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich waren. Aber bald wurde klar, daß damit schwerste Auseinandersetzungen verbunden waren.

KLARE FRONTEN.

Kliewer hatte während seines Aufenthaltes in Deutschland, der 4 ½ Jahre gedauert hatte, immer in einer sehr festen Verbindung zur Kolonie gestanden, mit allen amtlichen Stellen in Deutschland Fühlung gehabt und ununterbrochen mit Prof. Unruh im Interesse der Kolonie gearbeitet. Die sozialen und kulturellen Einrichtungen, die Industrie, die Ernährungsfrage, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Abwanderung bzw. die Erweiterung der Kolonie, die Propaganda, die Verteidigung gegen Schädlinge innerhalb und ausserhalb der Siedlung, alles hatte dabei ihre Aufmerksamkeit gehabt. Innerlich wusste er sich verbunden mit diesem heroischen Siedlungsunternehmen im unwirtlichen Chaco; und auch ein unvergleichlich viel günstigeres Angebot in Deutschland konnte seinen Entschluss, zurückzuziehen, nicht ins Wanken bringen. Auch seine Frau zögerte nicht, Berlin zu verlassen und in den erbarmungslosen Chaco zu fahren. Sie konnte ja auch nicht wissen, wie viel erbarmungsloser die Menschen noch sind als die Natur.

Die Lage in der Kolonie war ihnen sehr wohl bekannt gewesen. Was Kliewer antraf, bestätigt sich das Bild, welches die rege Korrespondenz ihm geschildert hatte. Sofort nach seiner Ankunft fasste er seine Eindrücke in einem eingehenden Bericht zusammen, nicht nur was Fernheim betrifft, sondern auch über die Neusiedlung Friesland und die Splitterkolonie Neuhoffnung, an Kleinbahn und Seitenfluss hinter Concepción gelegen. Das Urteil über Neuhoffnung kann in dem kernigen Satz Unruhs zusammengefasst werden: "Neuhoffnung - hoffnungslos!" Es wurde in der Praxis nur zu bald bewahrheitet.

Hier folgt eine kurze Zusammenfassung von Kliewers Meinung: In Friesland stellte er denselben Fleiss, dieselbe Siedlerfähigkeit, dieselbe Zähigkeit und Ausdauer fest, die von der Geschichte und vom deutschen Volke noch lange nicht genug gewürdigt wurden. "Die Landesbewohner staunen immer wieder über das, was die Mennoniten hier in wenigen Jahren zuwege gebracht haben. Die Leistungen der Mennoniten in Friesland reihen sich würdig an die bisherigen Leistungen unserer Gemeinschaft in aller Welt. Sie haben auch hier bewiesen, dass sie wertschaffenden Menschen sind." (Aus einem Artikel: "Die Mennonitenkolonie Friesland in Ostparaguay," in Mennoblatt, Sept. 1939). Nach anderthalb Jahren hatten die Siedler, trotz mancher Widerwärtigkeiten und unangenehmen Überraschungen, schon wieder eine geordnete und freundlich aussehende Ansiedlung geschaffen, worin bereits 2 Schulen die so wichtigen erzieherischen Aufgaben erfüllten. Aber . . . schon jetzt hatte sich herausgestellt, dass es für all die vielen Produkte, welche in Friesland bedeutend besser gedeihen als im Chaco, keinen Absatz gibt. Die Produkte, welche den Fernheimern Einnahme bringen, Baumwolle und Vieh, gedeihen in Friesland schlechter. Ihm schien es, dass Friesland schon damals einen Punkt erreicht hatte, worüber die Kolonie nicht würde hinwegkommen können. Diese Erwartung wurden dann auch schon recht bald durch die Erfahrungen bestätigt. So sahen (und sehen) die Siedler sich genötigt, durch Transportarbeit Nebeneinnahmen zu suchen, was zu inniger Berührung mit der einheimischen Bevölkerung, Herumliegen in den Häfen und Städtchen und somit zur Assimilierung führt. Kliewer war erstaunt, wie grosse Fortschritte dieser Prozess in der sehr kurzen Zeit schon gemacht hatte, und wich hoch der Preis war, den man für die besseren

Ernährungsmöglichkeiten und das bekömmlichere Klima bezahlen musste.

Und was Fernheim anbelangt: das erste, was auffiel, war die Armut. Die Häuser sahen zum Teil verkommen aus, weil man keine Zeit zum Reparieren hatte. Kleiderersatz fehlte. Ordentliche und einigermassen <p. 30> heimische Möbel waren fast nirgends anzutreffen. "Es fehlen die einfachsten Bedingungen zu einem Leben nach deutschen Begriffen. Es ist eigentlich eines deutschen Menschen unwürdig, in solchen Verhältnissen zu leben." "Empfindet das nicht jeder Siedler so, der mal kürzere oder längere Zeit in einer anderen Umgebung verkehrt hat? Wieviele haben es schon ausgesprochen?"

Im Jahre 1939 war die Ernte nicht schlecht gewesen. Sie betrug etwa 800.000 kg Baumwolle, d. h., dass jeder Fernheimer in dem Jahr, alles, was aus anderen Quellen kam, mit eingerechnet, ungefähr 60 RM. Einnahmen hatte. Nach Entrichtung der unumgänglichen Ausgaben blieben bis zur nächsten Ernte pro Person für den persönlichen Bedarf 20 RM. Kein Wunder, dass Jahr für Jahr ein sehr hoher Prozentsatz der Siedler bei der Genossenschaft Schulden hatte (durchschnittlich 25-30%). Kein Wunder auch, dass jedes Jahr durchschnittlich 70-80% bis zur nächsten Ernte für kürzere oder längere Zeit ebenda Kredit beanspruchen mussten.

Und was das geistig-kulturelle Leben anbetrifft: "In allen Zweigen des Gemeinschaftsleben ist seit 5 Jahren, als ich den Chaco verliess, ein Rückgang zu verzeichnen. Der geistige Horizont der heranwachsenden Generation wird immer enger, weil es an Anregung und Anschauung fehlt." Wer von den nach dem Kriege Zugewanderten, der dafür Verständnis aufzubringen vermochte, hat das nicht in erschütternder Weise bestätigt gefunden?

Und wenn da noch Unaufrichtigkeit - so fährt er fort - die Hoffnung auf einen geistlichen Hochstand - welche die Opfer auf wirtschaftlichem, gesundheitlichem und geistig-kulturellem Gebiete hätte rechtfertigen können - zunichte macht, dann wird die ganze Lage doch bedenklich genug. Denn das Vortäuschen falscher Tatsachen auf völkischem Gebiete war noch immer Trumpf. Man beging fleissig die nationalen Feiertage mit Nationalhymne und deutschem Gruss, war sehr deutsch bei offiziellen Besuchen, Hitlers Bild und "Gemeinnutz vor Eigennutz" schückten noch immer den Koloniesaal (1937 schlug ein alter, weiser, frommer Bruder vor, ihn wegzunehmen, weil die chaotischen Zustände in der Abwanderungszeit seines Erachtens Sichel und Hammer mehr gerechtfertigt haben würden!) . . . Über die Probleme, womit das deutsche Volk rang, durfte aber nicht öffentlich gesprochen werden. Man trug ein 150-prozentiges Deutschtum zur Schau. "Aus diesem Bekenntnis nach aussen zog man aber nicht die Konsequenzen für die Arbeit in der Kolonie selbst. Hier wurde jegliche völkische Regung mit Hilfe kirchlich-geistlicher Autorität unterdrückt und im Keime erstickt. Man wies immer darauf hin, dass die Siedler deutsch seien und ihr Deutschtum 150 Jahre in Russland bewährt hätten. Eine spezielle völkische Arbeit sei nicht nötig, die führe schliesslich zur Politik, und damit dürfe sich ein Christ nicht befassen."

Mann kann von niemandem verlangen, dass er sich kritiklos einem politischen System, einer politischen Theorie ergibt, ob es nun um Nationalsozialismus, Demokratie, Kommunismus oder welches System auch handelt. Von einem Christen muss man aber fordern, dass er sich in entscheidungsschweren Jahren nicht vor den grossen Fragen des Zeitgeschehens verkriecht,

sondern versucht, im Lichte des Evangeliums eine Antwort zu finden. Auch in der modernen Demokratie offenbart sich dieselbe Dämonie, welche uns im Nationalsozialismus und Kommunismus entgegentritt. Sie entstammt der griechischen idealistischen Philosophie (Plato), ist somit viel älter, als das Christentum. In ihrer heutigen Gestalt wurde sie uns von der antichristlichen, kirchenfeindlichen Französischen Revolution gebracht und <p. 31> wurzelt in dem unter uns so verrufenen Humanismus. Jedes politische System muss in seiner Verwirklichung mit dem Christentum zusammenstossen, weil jede nicht direkt den Christentum entstammende Geistesströmung die elementarer Begriffe, Sünde und Gnade, verneint.

Wenn man nun berechtigt ist, den meisten verantwortlichen Christen einen Vorwurf zu machen, dann ist es wohl der, dass sie mit dieser ganzen Problematik schon fertig sind, bevor sie damit überhaupt angefangen haben. Sie haben ihr weltanschauliches System, worin sie sich verkriechen, ohne dass es ihnen jemals zu einer heiligen Wahrheit wird, die sie sich wirklich errungen haben. Sie sind einfach darin erzogen, und man hat ihnen oft nicht die Gelegenheit gelassen, die Sache und sich selbst kritisch zu prüfen. Kommt dazu noch ein Leben am Rande der menschlichen Gesellschaft, wie es ganze Mennonitengruppen Jahrhunderte lang führten, dann kann es soweit kommen, dass ihnen allmählich das Vermögen abhanden kommt, einzusehen, dass dies ein Ausnahmezustand ist, der auf die Dauer niemals gehandhabt werden kann, und dass jeder Versuch dazu sich unweigerlich rächen muss. Man kann schon versuchen, sich seiner Verantwortung als von Gott in diese Welt gestellter Mensch und Christ zu entziehen - aber die Fragen, denen man zu entkommen versucht, werden sich dann eines Tages überraschenderweise über einen hermachen.

Als Kliewer November 1939 auch noch zum Leiter des Bundes Deutscher Mennoniten in Paraguay erwählt wurde, sah er es als seine Aufgabe an, klare Fronten zu schaffen, mit der Unaufrichtigkeit aufzuräumen, zur Entscheidung zu zwingen. Zur Entscheidung zu zwingen; nicht zu seiner Auffassung. Wenn es bei der Ausführung dieses Vornehmens manchmal auch an Takt und Fingerspitzengefühl gemangelt haben möge, niemand wird ihm das Recht streitig machen, in einer deutschen Siedlung, welche durch weitgehende Hilfe des Reiches überhaupt erst möglich geworden war, und welche noch immer auf grosszügigste Weise von Reichsstellen unterstützt wurde, über welche der deutsche Gesandte Schirmherr war, und worin deutsche Menschen wohnten, eine klare Stellungnahme zum deutschen Reiche und zu seiner international anerkannten Regierung zu verlangen. Umsomehr hatte er das Recht dazu, weil gerade diese deutsche Regierung mit dem tragischen Problem der nicht in wesensfremde Art herabsinken wollenden Millionen Auslandsdeutschen Ernst machte. Wer den Abstieg europäischer Menschen zum Beispiel unter bestimmten deutschen Ostflüchtlingen und in Übersee als erschütternde Wirklichkeit mitgemacht hat, oder - wie Dr. Kliewer - den Daseinskampf eines bedrohten Geistes von Kind an miterleben müssen, der sieht das alles mit anderen Augen als Menschen, welche in Ländern aufgewachsen sind, wo kein Raummangel besteht, und wo Möglichkeiten vorhanden sind, auf Wegen, welche der göttlichen Schöpfungsordnung nicht zuwiderlaufen, Abhilfe zu verschaffen. Gerade Paraguay kann jedem einsichtigen Menschen radikal die Augen öffnen für die geistige Not der zum völkischen Untergang oder zumindest katastrophalem Rückgang verurteilten Auslandsdeutschen und anderen europäischen Menschen, welche ihre Heimat verlassen mussten, weil es da zu voll war. Dieses ist nicht an erster Stelle ein politisches Problem; es ist eine geistige Existenzfrage und nicht selten eine religiöse Frage dazu.

Damit dürfte das Problem kindlicher Geister der sogenannten fünften Kolonne in den ihm gebührenden Rahmen gestellt worden sein.

Eine historisch-kritische Besprechung der Ereignisse, welche in den Jahren 1939-1944 in Fernheim stattfanden, muss die verschiedenen Gebiete, auf denen sie sich abspielten, scharf unterscheiden. Kliewers Arbeit in Volks- und Jugendbund war nationalsozialistisch, das <p. 32> steht fest. Es war ja auch sein Streben, diesbezüglich nicht den geringsten Zweifel bestehen zu lassen.

Seine und seiner Frau Arbeit in Schule und Lehrerverein dagegen kann man nur bedingt als politisch bezeichnen, weil 1939 beschlossen <war?>, im pädagogischen Kursus im Geschichtsunterricht geschichtlich-politische Frage der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart zu behandeln. Aber das geschieht ja in den höheren Lehranstalten aller zivilisierten Länder, und zwar immer vom Gesichtspunkte der eigenen Nation aus. In den demokratisierten Schulen des heutigen Deutschlands hat man diesen politischen Unterricht sogar in den Volksschulen eingeführt. Fest steht allerdings, dass es in jeder Schule weltanschauliche Fächer gibt, die der Geist des Lehrere offenbart.

Die Erweiterung des Turnunterrichts war nichts mehr als eine Anpassung an das, was im Zuge der Entwicklung des Unterrichtswesens im 20. Jahrhundert in fast allen zivilisierten Ländern längst zur Selbstverständlichkeit geworden war. Er findet - nebenbei bemerkt - ja heute in Fernheim wieder genau statt.

Jeder Versuch zu <beweisen?>, dass die im August 1939 gegründete, wöchentlich zusammenkommende pädagogische Arbeitsgemeinschaft einen politischen Charakter getragen hat, ist zum Scheitern verurteilt, wie die Akten sonnenklar beweisen. Nur noch etwas über eines Sonderfall, über der Kliewer sich ungefähr so äussert:

Man könnte noch auf die Lehrertagung hinweisen, welche vom 22. bis 28. Januar 1940 in Fernheim stattfand, und welche sich an ersten Stelle mit der Erziehung im Dritten Reich befasste. Sie sammelte aber nur die, welche innerlich schon zum Dritten Reich standen, welche aus freiem Willen bereits gewählt hatten, und ging nicht von einer offiziellen Instanz aus. Mit der Zentralschule hatte die Tagung nichts zu tun, und die Gegner des Nationalsozialismus konnten ja zu Hause bleiben. Später erhob man von oppositioneller Seite den Vorwurf, man habe dort nur Politik behandelt, und keine Religion. Aber sie <was?> ja extra dazu zusammengetreten. Diesen Vorwurf könnte man von Tag zu Tag wiederholen z. B. dass der Bauer auf dem Acker nur gepflügt hat, dass die Kinder beim Rechenunterricht nur rechnen, dass die Hausfrau auf dem Kochherd nur Kartoffeln gebraten hat und dabei nicht aus Heimatklängen gesungen. Man vergisst, dass der Lehrer auch noch lernen muss, wie er die Kinder am besten erziehen soll, und dass er hier auf Erden lebt, wo es nicht nur religiöse Pflichten gibt, sondern auch noch weltliche, z. B. seinen Mitmenschen, aber im weiteren Sinne auch noch seinem Lande und seinem Volke gegenüber. Wenn man die Praxis des mennonitischen Eigendaseins in Augenschau nimmt, dann könnte man ab und zu den Eindruck bekommen, dass nach christlich-mennonitischer Auffassung das eigene Land und Volk nur da sind, um den Mennoniten Hilfe zu leisten und vergessen zu werden, wenn es nicht mehr helfen kann, oder nicht mehr gebraucht wird. Man sollte dann aber

zumindest diese Art Politik nicht mit Religion übertünchen. (Aktennotiz aus Dr. F. Kliewers Privatarchiv, <kurz?> zusammengefasst. Daraus noch:

Man könnte es vielleicht als politische Tat anprangern, dass die Zentralschule am 28. August 194, am 3. April 1941 und am 14. November 1942 die Deutsche Gesandtschaft und am 12. Juli 1942 den Deutschen Schulverband um Hilfe bat, damit man die Schule würde halten können. Man nahm ja die gewährte Hilfe dann auch noch an. Aber Geld annehmen, wir müssten ja schon einige Male darauf hinweisen, scheint nicht selten zu obenerwähnter christlicher Politik zu gehören. Dazu gehörte wohl auch das mit gehobener Hand Singen der Deutschen Nationalhymne, oder war das nur als Dank gemeint für erhaltene Geld- und andere Spenden? (Ebenda).

War es Politik, wenn die Zentralschule November 1941 den durch den Krieg in Schwierigkeiten geratenen deutschen Schulen im Lande <p. 32 again> Lehrer angeboten hat? Dann möge daran erinnert werden, dass heute an der deutsche Schule in Asuncion fast nur mennonitische Lehrer arbeiten.

Als der M.C.C. Vertreter Prof. Dr. H. S. Bender 1938 die Kolonie besuchte, war schon bekannt, dass Kliwers kommen würde. Bender bat dann den führenden Prediger der evangelischen Gemeinde, N. Wiebe, das M.C.C. dauernd über deren Arbeit zu informieren. (Mitteilung von N. Wiebe.) Es liegt auf der Hand, anzunehmen, das Prediger Wiebe an erster Stelle verantwortlich ist für die Mitteilungen, welche das M.C.C. im Laufe der Zeit zu ihrer Betrachtungsweise der vorliegenden Ereignisse gebracht haben.

Schon am 9. August 1940 nahm das M.C.C. in einem Brief sehr scharf gegen Kliewer und seine Arbeit Stellung. Allerdings dürften auch zwei der drei nordamerikanischen Missionare, welche im April Fernheim besucht hatten, ihre Stimme zu Ungunsten der Zentralschule erhoben haben. Auf diesen Besuch kommen wir noch zurück.

Da weder die allgemeine christliche, noch auch die spezifisch mennonitische Erziehung in der Zentralschule einen Hort finde - so führte das Schreiben aus - könne das M.C.C. die Schule nicht weiter unterstützen. Dann forderte man von der Kolonie, dass sie sich auf den Boden der kollektiven Wehrlosigkeit stellen sollte.

Entsprachen diese Behauptungen den Tatsachen? Fesgestellt darf werden, dass an dieser Zentralschule immer ein gründlicher Religionsunterricht erteilt worden ist. Gerade Kliewer was es, der den Stoff für die Fächer Kirchen- und Mennonigengeschichte beträchtlich erweitert und vertieft hat. Noch heute gebrauchen die mennonitischen Schulen in Paraguay die von ihm verfassten Büchlein für diese Fächer. Sowohl Ältester Harder als später Frau Kliewer erfüllten gerade auf dem Gebiete des Religionsunterrichtes ihre Aufgabe äusserst gewissenhaft, was auch niemals in Frage gestellt worden ist. Niemals hat die M.B.G. versucht, Kliewer auszuschliessen, weil sie nichts an seiner Rechtgläubigkeit und an seiner christlichen Gesinnung auszusetzen hatte. Das hat sie mündlich und schriftlich bei mehreren Gelegenheiten zu erkennen gegeben.

Die Forderung bezüglich kollektiver Wehrlosigkeit ist unverständlich. Sie führt zum

Gewissenszwang. Höchstens kann man sie zu erklären versuchen, indem man Besorgnis um die Position der Kolonie und ihre Privilegien annimmt. Aber Angst um Privilegien darf nicht ihren Ausdruck in Gewissenszwang finden, höchstens in einem Mahnrufe zur Vorsicht.

Auch der Vorwurf, Kliewer habe in der Schule gegen den paraguayischen Staat gearbeitet, trifft nicht zu. 1938 wurde das paraguayische Privatschulgesetz auch für die mennonitischen Schulen bindend. Das bedeutete, dass sie ihr Programm an das der nationalen Schulen angleichen mussten. Obgleich sich in allen Kriegsjahren von paraguayischer Seite nieman darum kümmerte, inwiefern man sich in Fernheim daran hielt, was es auch hier gerade Kliewer, welcher ohne Zwang von auswärts den Unterricht in den Landesfächern (Spanisch, paraguayische Geschichte und paraguayisch Erdkunde) bedeutend erweiterte. Als er Fernheim später verlassen musste, bestätigten ihm das alle Lehrer bis auf drei mit ihrer Unterschrift. Am 21. April 1944 stellte das Amt ihm dann auch eine dienstbezüglichen Bescheinigung aus, welche nur Tatsachen erwähnt, die alle aktenmässig belegt werden können, nämlich die in diesem Abschnitt erwähnten.

<p. 32a>

Nichtsdestoweniger muss eine Tatsache beleuchtet werden, die manche Äusserung von seiten der Predigerschaft verständlicher macht. Kliewer hatte die für auslandsdeutsche Führer bestimmte Ausbildung erhalten, und die trug zurzeit des Dritten Reiches ein bestimmtes Gepräge. Die Wirkung auf dieses empfängliche Gemüt ist nachhaltig gewesen. Die erste Folge war, dass Kliewer zeitlebens dazu neigte, dem Deutschkulturellen Vorschub zu leisten, wobei er immer wieder auf die traditionelle Auffassung stossen musste, die Gemeinde sei Mittelpunkt des mennonitischen Gemeinwesens. Zwar vertrat er theoretisch die Stellung, es sei die Lebensaufgabe des Christen, eine Synthese im Spannungsverhältnis "Welt-Evangelium" anzustreben; man kann sich aber nicht des Eindrucks erwehren, die Welt, in diesem Falle die deutsche Kulturwelt, habe bei ihm manchmal das Übergewicht gehabt. Es wäre lachhaft, zu behaupten, Kliewer habe je gegen die Gemeinden oder die Prediger gewirkt; fest steht aber, dass die Überbetonung des Deutschkulturellen nicht allzu selten auf Kosten der zentralen Stellung des Gemeindelebens ging. Das ist in besonderem Masse die schwache Stelle seiner Wirksamkeit gewesen, und instinktiv haben einfache Predigerbrüder, die diese Dinge niemals richtig hätten formulieren können, gefühlt, dass die praktische Arbeit der theoretisch richtigen Ansicht nicht entsprach. Das deutlichste Beispiel ist die doch wohl etwas leichte Art, wie er die Frage der Wehrlosigkeit behandelte. Umso erstaunlicher ist diese "Leichtigkeit", da er seine Leute doch genug kennen musste, um zu wissen, dass gerade dieses Problem ihnen auf der Seele gebrannt hat.

Fest steht auch, dass viele sich geärgert haben über seine diktatoriale Art und sein überlegenes Auftreten. Das war aber damals auf deutscher Seite gang und gäbe; er hatte es eben so gelernt, und er neigte, so muss man hinzufügen, wohl auch charakterlich dazu. Man kann leider nicht umhin, auszusprechen, dass die deutsche Überheblichkeit, die auch die ehrlichsten Freunde des Deutschtums so oft abgestossen hat, Kliewer nach seiner Rückkehr aus Deutschland auf Schritt und Tritt begleitete. Sie liegt aber der mennonitischen Eigenart nicht und hat, wie viele, auch ehemalige Schüler, bestätigen, unangenehm beeindruckt. Besonders seine ausländischen Gegner, I. c. die Nordamerikaner, wird er damit gereizt haben, wo er recht, und auch wo er unrecht hatte. Allerdings ist es fraglich, ob man von einigen unter denen nicht das Nämliche würde behaupten

können.

<p. 33>

Unter seiner und seiner Frau tatkräftigen Leitung wuchs die Zentralschule aus zu einer Anstalt, welche vom Kindergarten bis zur Lehrerausbildung die elementarsten geistigen Bedürfnisse der Kolonie ausfüllte.

Und nun die ausgesprochen völkische Arbeit. Schon als er kam, musste er ein nicht gerade günstiges Urteil über die Aufrichtigkeit der Siedler von Seiten der deutschen Autoritäten anhören. Man gab ihm zu verstehen, nun endlich wissen zu wollen, ob die Fernheimer als deutsche Menschen im Rahmen ihres deutschen Volkes betrachtet werden sollten, oder ob sie es vorzogen, im engsten Eigendasein weiterzuleben. Man hatte zu entscheiden. Und Kliwer erhielt den Auftrag, als örtlicher Volksbundleiter diese Entscheidung herbeizuführen.

Energisch nahm er diese Aufgabe zur Hand. Prüfstein wurde alsbald die Einbürgerung, wobei in greifbarer Nähe die Möglichkeit der Heimkehr ins Reich zu liegen schien. Denn Deutschland hatte den ungeheuer schwerwiegenden Entschluss gefasst, alle Auslandsdeutschen, welche den Wunsch dazu freiwillig zu erkennen gaben, im Laufe der kommenden Jahre heimzuführen und im Deutschen Osten anzusiedeln. Fast überall griffen die Volksdeutschen diese Möglichkeit begeistert auf, ob sie nationalsozialistisch dachten oder nicht. Es wäre ja die Lösung gewesen für alle Probleme der Entheimateten. Man muss dieses wohl am eigenen Leibe gespürt haben, um es verstehen zu können. Hier sprach nicht das wirtschaftliche Interesse an erster Stelle; hier sprach das Heimatgefühl, die Herzensnot.

In Fernheim lebte die Jugendarbeit wieder auf, nachdem sie jahrelang ein Schattendasein geführt hatte. Alle zwei Wochen wurden an fünf Stellen gemischte Jugendversammlungen gehalten. Daneben gab es eine Sportgruppe, und Frau Kliwer organisierte einen Mädchenkreis, wo sie zum besseren Verständnis für die Aufgaben einer Mutter und Hausfrau zu erziehen versuchte. Auch für die Mütter organisierte sie ähnliche Kurse.

Auf der ersten Stützpunktleiterversammlung des M.D.M.P. am 2. Dezember 1939 gab Kliwer sein Programm bekannt, und in den Ferienmonaten machte er einen Anfang mit Verwirklichung. In allen Dörfern bis auf drei (7, 8 und 11, welche ihn als Dorf nicht hören wollten) hielt er Vorträge und besuchte viele Siedler in ihren Wohnungen. Mehrmals sprach seine Gattin über die Stellung der Frau im Dritten Reich. Januar 1940 kam der Geschäftsführer von Schütz aus Asunción und sprach ebenfalls in mehreren Dörfern. Vom 18. bis 21. Januar 1949 fand eine Predigerkonferenz statt. Kliwer sprach da über "Der Christ und sein Volk" und seine Frau "Die Lehre der Ordnungen." Noch abgesehen von der Tatsache, dass schon manch einem das öffentliche Reden einer Frau eine unerhörte Neuigkeit war, wogegen Texte aus den paulinischen Briefen angeführt wurden, offenbarte sich hier im Zuge der sich entwickelnden Gegensätze zum ersten Male die Einstellung "fertiger" Menschen, denen sowieso nichts recht zu machen ist. Das machte einen Gedankenaustausch fast unmöglich. Natürlich ist es nicht so gewesen, dass niemand aus der Predigerschaft sich mit den Fragen der Zeit, durch welche immer und überall die Fragen der Ewigkeit hindurchleuchten und an uns herantreten, hat auseinandersetzen wollen. Es hat Prediger genug gegeben, denen das Schicksal ihres Volkes nicht gleichgültig war, und die auch genug durchgekämpft hatten, um mal an sich selbst zu

zweifeln, was wohl ein guter Anfang zu einem wirklich selbst eroberten Glauben sein dürfte. Manche entschieden <p. 34) sich auch für oder gegen; andere kamen bis zuletzt aus dem Zweifel nicht heraus. Das ist aber immerhin mehr als das, was so viele taten, nämlich nicht entscheiden, sondern einfach dabei bleiben, dass ein Andersdenker niemals recht haben kann, da man ja selbst auch ohne Denken und Erwägen doch sowieso recht habe. In dieser Mentalität wurzeln von altersher Ketzerjagd und Inquisition.

Etliche Prediger und viele Laien wollten sich da kein Urteil bilden; sie hatten eben nur den einen Wunsch, wieder Ruhe zu haben. Es scheint, als ob man hier von der Auffassung ausgegangen ist, dass es in der Welt nichts zu ringen und fragen und zu denken gibt, weil man die Wahrheit von Geburt an in sich getragen hat. Niemand kann behaupten, dass solches in den Jahren 1939 bis 1944 in Fernheim nicht geschehen sei. Und niemand kann verneinen, dass viele erst zum offenen Widerstand gegen die, welche den Kampf in ihre Mitte trugen, geschritten sind, als es von deutscher Seite keine Vorteile mehr zu erwarten gab.

In dem erwähnten Vortrag führte Kliewer unter anderem aus: "Dass wir weitgehend in ein geschichtloses Dasein und Denken hineingeraten sind, ist m. E. auf die jahrhundertlange Absonderung zurückzuführen, die schon zu Mennos Zeiten ihren Anfang nahm."

"Den Mennoniten fehlt weitgehend das Denken in grösseren Zusammenhängen, es fällt ihnen schwer, über den engen Rahmen ihrer Familie, ihres Dorfes und ihrer Gemeinschaft hinauszuschauen."

"Ein vom Evangelium ergriffener Mensch hat einen neuen Mittelpunkt bekommen und beleuchtet von hier aus alle Fragen des Lebens."

Man könnte sich dazu eine Gegenfrage erlauben: "Und wer nun dieses Beleuchten der Lebensfragen grundsätzlich ablehnt aus Angst, diese Fragen könnten ihm den vorhandenen Mittelpunkt rauben? Wäre das nicht ein Beweis, dass hier mit Recht und Fug von Mittelpunkt noch gar nicht geredet werden kann, weil man die Beleuchtung fürchtet? Seit wann hat ein vom Evangelium ergriffener Mensch Angst vor den Lebensfragen?"

Was man der Mehrheit der Fernheimer Prediger vorwerfen muss, ist nicht, dass sie das völkische Gedankengut, worum in jenen Jahren gerungen wurde, abgelehnt haben. Das war ihr gutes Recht. Wenn sie aber schuldig wurden, so war es, wenn sie dies taten, ohne es überhaupt zur Kenntnis nehmen zu wollen. Man braucht auch kein Prophet zu sein, um sehen zu können, dass es nun aber endgültig das letzte Mal gewesen ist, dass es gelang um die Weltgeschichte herumzukommen. Es fragt sich noch, ob es diesmal schon nicht nur scheinbar gelungen ist, um das Weltgeschehen herumzukommen. Die kommenden Jahre oder höchstens Jahrzehnte werden es beweisen.

Andererseits muss hier zum ersten Male festgestellt werden, dass Kliewer es zwar keineswegs an Deutlichkeit hat fehlen lassen, dass sein Ton jedoch recht wenig dazu angetan war, die vorhandenen Widerstände zu verringern. Er hätte die Mennoniten doch gut genug kennen sollen, um zu wissen, dass man anders an sie herangehen muss, will man sie für irgendeine Sache

gewinnen. Es ist wohl seine zu grosse Selbstsicherheit und Siegeszuversicht gewesen, die ihn so sprechen liess. Denselben psychologischen Fehler werden wir während seiner ganzen Wirksamkeit im Chaco immer wieder feststellen müssen. Nicht zum geringsten Teil daran liegt es, dass die von Anfang an vorhandenen Gegenkräfte sich immer mehr versteiften und letztes Endes kein Mittel scheuten, einen Mann, dem sie normalerweise nicht gewachsen waren, zu beseitigen.

<p. 35>

Natürlich blieb die Verleumdung nicht aus. Frau Kliewer hatte gewarnt vor der religiösen Überfütterung, und daraus wurde nun, sie habe gesagt, dass die Jugend bis 18 Jahre keinen Religionsunterricht erhalten dürfe. Kliewer habe ausgeführt, eine christliche Erziehung sei gar nicht möglich. So ernst wurde die Sache, dass eine 5-köpfige Predigerkommission den offiziellen deutschen Feiertag des 30. Januar dazu ausnützte, Kliewer zur Verantwortung zu ziehen. Seine Frau, die nicht der M.B.G., sondern noch stets der Berliner Gemeinde angehörte, durfte dieser, wie allen späteren Besprechungen nicht beiwohnen. Stundenlang diskutierte man, ohne auch nur einen Schritt weiter zu kommen. Die geäusserten Bedenken waren dreierlei. Erstens hatte man Angst, dass die paraguayische Regierung Massnahmen gegen die Kolonie ergreifen würden, besonders weil jetzt Stellungnahme zu der Rückwanderung verlange wurde. Darüber wurde oben schon gesprochen. Überdies handelte es sich hier um einen Punkt, worüber nur die Kolonie selbst, und nicht die Predigerschaft zu urteilen hatte. Das geschah dann auch in einer allgemeinen Versammlung im Juni 1940. Sie sprach als ihre Meinung (und zwar mit erdrückender Stimmenmehrheit), dass die völkische Arbeit in Fernheim im Interesse der Ansiedlung getan werden sollte, und erklärte damit, diese Risiko nehmen zu wollen. Dieser Beschluss wurde niemals rückgängig gemacht. Von diesem Tage an war die völkische Arbeit nicht nur von paraguayischer Seite legalisiert (die Regierung hatte ja seinerzeit die Statuten des Volksbundes, worin offen von der mennonitischen Unterorganisation gesprochen wurde, begutachtet), sondern auch durch die entscheidende Instanz der Kolonie.

Zweitens führte man an, dass man bestimmte Ausdrücke in Kliewers Reden "Von Russland her" als Drohungen auffasste. Es handelte sich hier um die Feststellung, dass Deutschland sich um die, welche sich jetzt nicht in die Volksgemeinschaft einzuordnen verstanden, in Zukunft auch nicht mehr würde kümmern können, und dass solche bei einer evtl. Rückwanderung nach und Ansiedlung in dem Reich möglicherweise nicht berücksichtigt werden würden.

Diese Mitteilung war aber von amtlicher deutscher Seite inspiriert. Und dazu: wie würden die bei dieser Gelegenheit Protestierenden reagiert haben, wenn es zur Rückwanderung gekommen wäre, und man hätte sie tatsächlich ausgeschlossen, ohne dass der darum wissende Kliewer sie rechtzeitig gewarnt hätte? Wie, wenn sie bei einer neuen Hilfeleistung nicht in Betracht gekommen wären, ohne dass Kliewer sie auf diese Möglichkeit hingewiesen hätte? Für die schliesslich, welche sowieso auf Deutschland und deutsche Hilfe verzichteten, sind die Äusserungen als Drohung ohne Inhalt. Sie wollten ja nichts anderes als das, womit "gedroht" wurde!

Der wichtigste Punkt war aber der dritte: die Wehrlosigkeit. Ohne Zweifel hätte das Reich nach

einer evtl. Heimkehr die Preisgabe des Wehrlosigkeitsprinzips gefordert. Niemals aber konnte der Entschluss dazu von der Gemeinschaft verlangt werden, denn es handelt sich um eine persönliche Gewissensfrage. Es gibt viele, die auf Grund des Evangeliums unter allen Umständen Gewissensbedenken gegen das Aufnahmen der Waffen haben. In Fernheim dürfte die Zahl damals nicht gross gewesen sein, denn beim ersten Moroüberfall griff man in allen Dörfern zu den Waffen. Im nationalsozialistischen Deutschland war ebensowenig wie in den meisten Ländern, wie immer sie auch regiert werden, für diese Überzeugung überhaupt kein Platz mehr. Die, welche sich um des Gewissens Willen davon aber nie lossagen konnten, wussten, dass es für sie keine Heimkehr ins Reich geben konnte. Die ehrlichen unter ihnen hätten auch nie nach einer von Deutschland eroberten Ukraine zurückkehren können, <p. 36> weil auch Nutznissen von Waffengewalt Preisgabe der Wehrlosigkeit bedeutete. Ihnen blieb also nichts anderes übrig, als sich für Paraguay zu entscheiden und daraus alle Konsequenzen zu ziehen. Ein wahrhaft heroischer Entschluss, den man ehren und achten muss! Wenn er ein wirklicher Entschluss ist wenigstens und nicht gedankenlose Dickköpfigkeit. Sowohl vom einen als vom anderen trifft man in Fernheim Vertreter an.

Viele aber auch ahtten dieses Prinzip innerlich längst aufgegeben; zum Teil ebenfalls gedankenlos (was ebenfalls scharf verurteilt werden muss), zum Teil aber auch aus Gewissensgründe, da man glaubte, unter gewissen Umständen die Waffen aufnehmen zu müssen. Wenn man all diese Gruppen berücksichtigt, muss man es als ein weises Wort betrachten, was das Protokoll der Stützpunktleiterberatung vom 3. Februar 1940 festgelegt hat: "Wie nun ist die Frage der Wehrlosigkeit in Zukunft zu behandeln, um unnötige Aufregung zu vermeiden? Nachdem nun verschiedene Fragen diesbezüglich geklärt sind und man sich darüber klar ist, dass dieses persönliche Angelegenheit jeden Einzelnen ist, einigt man sich, diese Frage möglichst nicht auf öffentliche Versammlung kommen zu lassen, um so Zerrüttungen in Gemeinde und Kolonieleben zu verhüten. Auch wird von seiten der Stützpunktleiter darauf hingewiesen, dass man unsere Prediger in ihrem Vorgehen nicht zu scharf verurteilen möchte, und es müsste auch versucht werden, für die Andersdenkenden mehr Verständnis aufzugringen. "Auch im weltentlegenen Fernheim war die Duldsamkeit der Totalitären ab und zu grösser als umgekehrt, was in der ganzen Welt nicht einmal so selten der Fall war.

Bezüglich der Einbürgerung wurde als Richtlinie festgelegt: "Die Sache der Einbürgerung soll äusserst vorsichtig in Angriff genommen werden, um nicht die Aufmerksamkeit der Regierung darauf zu lenken."

Noch einen Satz aus diesem Protokoll müssen wir zitieren: "Der Oberschulze Herr J. Legiehn weist noch auf den Ursprung des Gedankens betreffs der Rückwanderung hin, welcher direkt in der Kolonie aufgetaucht ist und nicht etwa von einer bestimmten Person angeregt wurde." So ist es. Als die Ernte 1938/39 mal wieder schlecht war, ging es bereits wie ein Raunen durch die ganze Kolonie, ob nicht endgültige Rückkehr nach Deutschland allein Befreiung vom Elend bedeuten würde.

Unaufhaltsam nahmen die Ereignisse ihren Lauf. Schon 4 Tage später beriet sich die M.B.G. darüber, wie man sich zu dem mit ungeahntem Erfolg gekrönten Vorgehen der völkischen Gruppe zu stellen habe. Zu einer geschlossenen Stellungnahme konnte es aber schon längst nicht

mehr kommen, weil die Mehrheit der Gemeindeglieder zum Volksbund gehörte. Dasselbe wiederholte sich zwei Monate später. Anders war es in der Evangelischen Gemeinde. Sie hatte es sich schon lange vorher leisten können, einen "Rebellen" in ihrer Mitte zur Rede zu bringen, indem sie ihn davon zu überzeugen wusste, dass eine schwere Erkrankung Gottes Strafe für seine Weigerung sei, aus dem B.D.M.P. auszutreten!

In der Kirchengemeinde kam es unter der Leitung des Reichsdeutschen Ältesten A. Harder nicht soweit. Alles in allem war ein gemeinsames Vorgehen von kirchlicher Seite somit nicht möglich, nur die Evangelische Gemeinde stand geschlossen in dem Kampf. Demzufolge musste man sich auf vereinzelte oder persönliche Aktionen beschränken. So lief eine Gruppe Eltern unter der Leitung des Schulrates B. Wall Sturm gegen die Zentralschule, obwohl die mit der <p. 40> Sache an und für sich nichts zu tun hatte. Jegliche deutsche Erziehung sollte aber aus der Schule verschwinden. Als alle Versuche fruchtlos blieben, hielten etliche ihre Kinder zurück. Trotzdem stieg die Zahl der Schüler noch etwas. Durch finanzielle Beiträge aus der deutschen Hilfe (ein von der Gesandtschaft ausgehendes Hilfswerk, das alljährlich auch in Fernheim beträchtliche Summen einsammelte und damit auch volksbundfeindlichen Notleidenden half), sowie durch das Einspringen der Kolonieverammlung, welche die fehlende Summe aus dem Gewinn der Genossenschaft beisteuerte, konnte die Schule finanziell sichergestellt werden.

Bemerkenswert ist die Einstellung des Mennoblattes in diesen Jahren. (Es erscheint unter der Leitung des M.B.G. Predigers H. Siemens, der vorübergehend auch Lehrer war). Schon früher wurden einige Zitate aus Briefen von seiner Hand angeführt, worin er sich positiv deutsch nennt. 1936 hatte er sich sehr bemüht, mit Hilfe der deutschen amtlichen Stellen eine Reise nach Deutschland zu unternehmen. In der Zeit nahm er auch noch regelmässig Aufsätze von völkischer Seite auf. Mit dem Ablaufen des völkischen Einflusses wurde ihre Zahl aber automatisch geringer. Die Entwicklung im deutschen Mutterland selbst kam darin immer weniger zum Ausdruck. Der Kriegsausbruch wurde als unwesentliche Tatsache in einem verlorenen Eckchen in einem Satz erwähnt, und man muss ja auch zugeben, dass solche Kleinigkeiten ins Nichts verschwinden im Vergleich mit den Ereignissen im Herzen des Chacos. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Liebe zum Deutschtum, wie sie auch hier zum Ausdruck kam, doch eben nur so fern ging, wie dieses Deutschtum dem Mennonitentum zu dienen in der Lage war. So steht man in vielen Fällen wohl auch zum Paraguayertum; man sieht teilweise ohne Frage das Weltgeschehen nur, insofern es sich auf das eigene Leben auswirkt. Worüber man sich aber wundern muss, das ist der Umstand, dass sicherlich nicht dumme Menschen im Ernst annehmen können, dass die Umwelt sich diese merkwürdige Auffassung dauerhaft gefallen lassen wird, ohne mal auf den natürlichen Gedanken zu kommen, ob es nicht auch mal zu den Pflichten des Christen gehören könne, zu dienen, anstatt sich dienen zu lassen.

Ist es nicht manchmal so gewesen, dass viele gedacht haben: Liebe zur dem Mennovölkchen dienenden Martha-Deutschland, bis diese Martha den Besen, womit sie so blutig am Kehren war, dem Mennovolk in die Hand drücken würde? Stand dabei nicht die Hoffnung im Hintergrunde, dass die dienende Martha ja doch nur der schlecht getarnte, weltbekannte dumme Michel sei? Es ist ja klar, dass Martha-Deutschland früher oder später versuchen musste, den Chaco-Mennoniten auch mal den Besen zu übergeben.

Siemens gehörte zu denen, die den deutschen Besen um des Gewissens willen ablehnten, weil sie Angst hatten, der Besen könnte sich mal in eine Schusswaffe verwandeln. Dagegen kann niemand Bedenken haben. Dann fing er an, die Dörfer zu bereisen; nicht um der völkischen Arbeit vorzugehen, sondern um die Siedler aufzurufen, den Besen bzw. das Gewehr nicht anzunehmen, sondern Martha allein weiter kehren zu lassen. Das wäre vom mennonitischen Standpunkte aus gesehen vollkommen in Ordnung gewesen, wenn nicht sehr viele dabei den nicht einmal geheimen Wunsch gehegt hätten, Martha möge doch die Ukraine auskehren, damit die Wehrlosen mit nicht durch Blut befleckten Händen dorthin würden zurückkehren können. War es doch ein Prediger der . . . evangelischen Gemeinde (!) gewesen, welche diesen Herzenswunsch dem Gesamten gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte. Aber nach jenem gelobtem Lande zu es wohl weitaus die meisten, denn da gesellten sich zu denselben Privilegien viel günstigere Lebensbedingungen.

<p. 38>

Ein anderer Prediger, damals noch der K.G. angehörig, später aus Opposition der B.G. beigetreten, begrüßte den Gesandten unter einer Ehrenpforte mit den Worten: "Dank Dir, Deutschland!", indem er ihm Dank sagte im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes! In Friesland wurde der Gesandte bei seinem letzten Besuch von einer gut gedrillten Reiterei eingeholt, während Mädchen unaufhörlich Blumen zu seinen Füßen streuten. Ein paraguayischer Generalstabsoffizier begleitete ihn auf diesem Reisen.

Siemens und andere blieben bei alledem Mitglied des Volksbundes, weil sie die blutig kehrende Martha liebten. Dazu hatten sie auch Grund, denn sie schenkte ihnen noch immer selbstlos von ihrem mit viel Schweiß und Herzensblut zusammengekehrten Besitz manches Bröckchen. Das Mennoblatt z.B. konnte nur erscheinen, weil die erforderlichen Maschinen dazu aus Karlsruhe gekommen waren. Nichtsdestoweniger nahm Siemens, wie andere Eltern, seine Kinder aus der Zentralschule. Ohne Frage war der Grund bei vielen, dass die Lehrer Martha als ihre leibliche Mutter betrachteten anstatt als kehrende Martha, die für das Recht, anderen mit ihrer Arbeit zu dienen, noch Geld zuzahlte. Der Unterricht wurde eben als unchristlich betrachtet. War der Grund dazu, dass die Lehrer innerlich bereit waren, unter Umständen den Besen anzunehmen und mitzukehren? Es kann aber auch nicht mennonitisch-christlich sein, nur für sich kehren zu lassen. Man hatte letzten Endes erwägen können, ob es auch Möglichkeiten gegeben hätte, den Besen in anderer Form aufzunehmen, um zu beweisen, dass man wusste, was Dankbarkeit ist. Wozu blieb man eigentlich im Volksbund? Dabei hätte man sich zumindest vergegenwärtigen sollen, dass Liebe auf lange Sicht niemals von einer Seite allein kommen kann.

Die Volksbundleitung vertrat den Standpunkt, dass Martha-Deutschland nicht mehr bereit sei, mit der offenbar gewordenen Einstellung der betreffenden Mitglieder vorlieb zu nehmen. Niemand wolle ihn zwingen, so wurde Siemens mitgeteilt, sich am Kehren zu beteiligen, aber er müsse wählen: Deutsch ohne Abstriche, oder Nichtdeutsch. Eine Wahl, wovor jedes Volk im Kriege seine Bürger stellt, auch die, welche im Auslande wohnen und sich wiederholt unbefragt zum Mutterlande bekannt haben. Als Siemens diese Wahl nicht treffen wollte, wurde er ausgeschlossen. Seitdem brauchte Deutschland mit der Unterstützung der mennonitischen Presse in Paraguay nicht mehr zu rechnen.

Ungestüm rannte die völkische Bewegung ihrem Siege entgegen. Am 16. März hatten sich schon 130 Familien und alleinstehende Personen zur Einbürgerung gemeldet, und täglich wurde die Zahl grösser. Trotz der schlechten Ernte (zuviel Regen!) und der Malariaepidemie, die etliche Menschenleben kostete und vielen Fernheimern schwer zusetzte, wurde eine grosse Summe für die deutsche Hilfe zusammengetragen, womit man vielen dringend benötigte Hilfe leisten konnte. In diesem Zusammenhange muss anerkennend hervorgehoben werden, das vereinzelte Gegner der völkischen Arbeit, obwohl sie bestimmt notleidend waren, die ihnen verlichende Hilfe ablehnten.

Die "Deutsche Warte" aus Asuncion fand mehr und mehr Leser. Die Nachrichten, welche der Rundfunk brachte, wurden auf der Maschine durchgeschlagen, jeden 2. oder 3. Tag in allen Dörfern verbreitet und mit gierigem Interesse verschlungen. Es war, als ob viele Siedler tatsächlich auf eine Klärung und Entscheidung gewartet hatten.

Als sie dann kam, wurde sie noch von auswärts herbeigeführt. Was geschah?
<p. 39>

Im Monat April besuchten 3 in Argentinien arbeitende nordamerikanische mennonitische Missionare: Schenk, Litwiller und Snyder, die Kolonie Fernheim. Wie nicht anders zu erwarten, suchten die Gegner der völkischen Arbeit hier eine Stütze und baten die Missionarie, mal offen Stellung zu dieser Arbeit zu nehmen, was sie dann auch am 28. April im Abschiedsgottesdienst in Philadelphia taten. Snyder sprach und hielt eine Rede in englischer Sprache gegen Hitler, den National-Sozialismus und das Dritte Reich, worin er den National-Sozialismus als Syphilis des Geistes bezeichnete und ihn schlimmer als Bolschweismus nannte. Der Missionar Epp übersetzte seine Worte für die andächtige Schar, und Pred. N. Wiebe sagte ihm dafür Dank mit der Feststellung, er habe wohl allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Derselbe Pred. Wiebe hatte 1937 als Leiter der Kommission für kirchliche Angelegenheiten (K.f.K.) den obenerwähnten Brief an den Führer und die deutsche Reichsregierung mit unterschreiben, worin man Gott dankte für die national Erhebung in Deutschland, und worin man der Reichsregierung Gottes Segen bei der Erfüllung ihrer von Gott gewollten Aufgabe gewünscht hatte.

Das Gastrecht hat zwei Seiten. Dem Gastgeber soll der Gast heilig sein. Der Gast soll aber dafür den Gastgeber respektieren in seiner Überzeugung und in seinen Sitten. Die Missionare besuchten eine Kolonie, die sich des öfteren deutsch, auch im Sinne des Dritten Reiches, genannt hatte. Es war beleidigend, wenn sie von der Voraussetzung ausgingen, es würde sich hier wohl um ein Lippenbekenntnis gehandelt haben, denn dadurch stempelten sie die Kolonie ja als pharisäisch. Dazu kam, dass in der Versammlung 10 reichsdeutsche Familien vertreten waren, lauter Familien, welche diesen Schritt getan hatten, als Deutschland schon national-sozialistisch regiert wurde.

Kein vernünftiger Mensch kann etwas dagegen haben, wenn ein Gast, und sei es in aller Öffentlichkeit, offen und sachlich zu einer von ihm abgelehnten politischen Auffassung Stellung nimmt. Das wurde vor Kriegsausbruch immer in Deutschland erlaubt, natürlich innerhalb von gewissen Grenzen. Über bestimmte Dinge schwieg man aber von selbst, wie z.B. ein Engländer in der Öffentlichkeit niemals erlauben wird, dass man sich abfällig über seine König äussert.

Naturgemäss war man in Deutschland empfindlicher; kein Regime steht nach wenigen Jahren so fest, dass es sich in der Hinsicht viel leisten kann. Während des Krieges kritisierte man von selbst weniger, weil man andere Sorgen hatte und die Kritik einstweilen bis nach der Entscheidung aufspeicherte. Jeder, der mit der Lage der Dinge vertraut war, wusste aber, dass es nach einem deutschem Siege zu gewaltigen weltanschaulichen Auseinandersetzungen gekommen wäre. Wenn auch im stillen, so hatte sich die Kritik im Laufe der Jahre sehr versteift, und dafür lagen mehr als genug Gründe vor.

Gegen eine sachliche Diskussion hätten auch die Leiter der völkischen Bewegung in Fernheim wohl nichts einzuwenden gehabt. Wenn aber Diener des Evangeliums solche Behauptungen ohne die leiseste Spur einer Beweisführung als Verkündigung des göttlichen Wortes darbieten, hat man doch einigen Grund zu fragen, ob es nicht besser wäre, umgekehrt das Evangelium in die politische Arena hineinzutragen. Wo kommen wir hin, wenn wir anfangen wollen, die Kanzel zum Verkündigen unserer politischen Ansichten zu missbrauchen? Und wie wollen wir es vor Gott verantworten, dass so durch unser Auftreten die Kanzel zum Orte unliebsamer Auseinandersetzungen werden müssten? Nach den Jahren 1939-1945 ist es eine Kleinigkeit, alle Völker und Regierungen der Welt auf ähnliche Weise anzuprangern. <p. 40> Wenn wir dazu aber ein Recht oder gar eine Pflicht hätten, so höchstens noch als Selbstkritik.

Pred. Wiebe wusste, dass er nicht die Wahrheit sprach. Ihm waren die Verhältnisse in der Kolonie gut genug bekannt. Auch diese bewusste Unwahrheit muss einst vor Gott verantwortet werden. Er möge weiter versuchen, dieses Auftreten irgendwie zusammenzureimen mit seiner bekannten Unterschrift. Entweder das eine oder das andere war unaufrichtig. Keine von beiden Äusserungen wurde aber abgebußt.

Als die Versammlung abgeschlossen worden war, stand Kliewer auf und protestierte gegen die Beleidigung des Mutterlandes und der deutschen Regierung, wozu sich die Kolonie wiederholt, ohne jeglichen Zwang von auswärts, bekannt hatte. Er teilte mit, zu seiner Zeit im Volksbund in entsprechender Weise darauf antworten zu werden. Von seinem Standpunkte aus hätte er mehr Grund gehabt, dem Redner Dank zu sagen für den ungewollten propagandistischen Dienst, welchen der der deutschen Sache mit seinem von keinem aus Russland geflohenen Mennoniten ernst genommen Mitteilungen über den harmlosen Bolschewismus geleistet hatte.

Am Nachmittage desselben Tages protestierten Prediger dagegen, dass Kliewer den Gottesdienst entheiligt habe. Aber wer hatte denn damit angefangen, aus einem Gottesdienste eine politische Propagandaversammlung zu machen? Auf Propagandaversammlungen aber kann eine Entheiligung nicht stattfinden. Der Protest hätte an die betreffenden Missionäre gerichtet werden müssen. Als Snyder sprach, war es schon kein Gottesdienst mehr gewesen; normalerweise hätte eine Mitteilung vorangehen müssen, der Gottesdienst sei nun zu Ende, man wolle aber noch einem der Gäste die Gelegenheit bieten, seine politische Ansichten zu erkennen zu gegen.

Der leitende Prediger der M.B.G., Balzer, fragte Kliewer in einem Privatschreiben, warum er alles niederreise mit Taten, welche nicht einmal in der Sowjetunion erlaubt seien. Auch dieser Vorwurf hätte mit mehr Ursache an Snyder gerichtet werden können, sogar dann noch, wenn er und nur er in politischen Dingen ganz recht gehabt hätte. Was hat eine politische Privatansicht,

und wenn sie noch so richtig wäre, mit der Offenbarung Jesu zu tun? Sie kann keinen Snyder der Welt erlösen und heimführen.

Pred. Wiebe und seine Gemeinde drohten anschliessend mit einer Anzeige bei der paraguayischen Regierung. Ob dieser Gedanke, so typisch für den unritterlichen Geist bestimmter Beteiligten, ihnen nicht von zwei der drei Missionäre nahegelegt worden war? Am 24. Mai 1940 schrieb Snyder auf spanisch an Nik. Siemens (wir lassen hier die Übersetzung folgen): "Manchmal scheint es mir, dass es gut gewesen wäre, wenn die amtlichen Stellen der Kolonie sich an den Präsidenten Estigarribia richten würden, um ihm die Lage zu erklären, dabei den Nachdruck legend auf die Tatsache, dass nicht alle Mennoniten Nazis sind. Denn wenn die Regierung eine Untersuchung einleitet, und wenn sie auch nur ein bisschen Wahrscheinlichkeit feststellt, sind die Vertreter im Stande, die ganze Kolonie zu beschuldigen, . . . und dann "gegrüsst, ihr Mennoniten!" Das Einzige, was sie zu sagen haben würden, ist, dass ein einziger Mann die Schuld trägt, und die Regierung würde sich mit ihm beschäftigen, und die Kolonie Ruhe haben!"

"Mein Freund Dr. Kliwer würde sagen, dass wir nichts mit dieser Sache zu tun haben, und ich gebe zu, dass das offiziell stimmt, aber wenn er so weitermacht, wird es der Name Mennonit sein, welcher in ganz Amerika darunter leiden wird, und damit haben wir wohl etwas zu tun."
<p. 41>

Hier ist die Idee des Bruderattentates aus politischen Gründen; die Ausführung kam erst viel später. Feststellen muss man aber, dass dies eine ganz ungewöhnliche Art ist, das Evangelium zu predigen. Wir können nicht annehmen, dass hier tatsächlich der Geist und die Überzeugung "ganz Amerikas" spricht.

So spricht ein christlich-mennonitischer Missionar, der wissen sollte, dass die Schranken der paraguayischen Gesetzgebung durch die Volksbundarbeit nicht verletzt wurden. Und die Menschen, welche so sehr gegen Kliwer agierten, weil er Politik in die Kolonie brachte, danken ihm dafür mit einem Worte, wovon sie wissen, dass es unwahr ist. Missionar Litwiler allerdings sah ein, dass Snyder zu weit gegangen war. Er bat um Entschuldigung, so dass sein Schild rein ist. Sein Auftreten ist von Anfang bis zu Ende im Rahmen seiner evangelischen Aufgabe geblieben.

Mit seiner Antwort wartete Kliwer genau vier Wochen. Er wollte "den kirchlichen Autoritäten Gelegenheit lassen, sich von dem Auftreten der Missionare zu distanzieren." Das taten sie aber nicht. Im Gegenteil, die Drohungen, ihn wegen "antinationaler Tätigkeit" bei der paraguayischen Regierung anzuzeigen, vermehrten sich, und ein von kaum verhaltener Heftigkeit zeugender Briefwechsel brachte die Erregung der Gemüter zum Ausdruck. Seine Wehr ist in folgenden Sätzen anzutreffen: "Der Gott, der uns als Deutsche ins Dasein setzte, will auch nicht, dass dieser kleine deutsche Splitter im Chaco den völkischen Tod stirbt, und das wird unaufhaltsam eintreten, wenn wir nicht den Weg in die deutsche Volksgemeinschaft zurückfinden." "Lasst uns doch, die wir uns offen auf die deutsche Seite stellen, unseren Weg gehen. Wer sich nicht für das neue Deutschland entscheiden will, sondern ausschliesslich als mennonitischer Christ im Chaco bleiben will, den lassen wir in Ruhe." "Uns bewegt auch die Sorge um die wirtschaftliche

Zukunft, weil wir hier allmählich zu Grunde gehen müssen.” (Zitate aus einem Briefe an den Prediger-Lehrer Peter Klassen d. d. 20. Mai 1940).

Als von Fernheimer gemeindlicher Seite kein Schritt erwogen wurde, kam die Antwort aber.

Der 26. Mai 1940 war ein Regentag. Ströme ergossen sich über Fernheim, und demzufolge waren die Aussichten für die angekündigte Volksbundversammlung sehr schlecht. Allein schon die Tatsache also, dass trotzdem die Fuhrwerke aus allen Ecken der Kolonie in ununterbrochenem Strom nach dem Zentrum rollten, war ein Beweis, wie sehr der völkische Gedanke in den Herzen der Siedler lebte. Als die Versammlung eröffnet wurde, war der Saal des Kolonieamtes bis zum letzten Platz besetzt, und die Stimmung war entschlossen. An dem Tage entschieden sich drei Viertel der Siedler für das Dritte Reich.

Das Hauptgericht war die Einbürgerung. Von kirchlicher Seite wollte man die Sache aufschieben und erst bei Unruhe anfragen, wie der sich dazu stellte. Gegen die Anfrage hatte niemand etwas einzuwenden, doch die übergrosse Mehrheit der Anwesenden erklärte sich gegen den vorgeschlagenen Aufschub. Sie ging noch weiter: anschliessend an die Beratungen gab sie durch Unterschrift zu erkennen, unverzüglich um die deutsche Reichsangehörigkeit anhalten zu wollen. Einige Tage später ging ein Einbürgerungsgesuch mit 215 Unterschriften an die deutsche Gesandtschaft in Asunción ab. Durch Ergänzungslisten vermehrte sich die Zahl im Laufe der folgenden Monate auf über 300. Nach genauer Berechnung ergibt sich eine 74% der Totalbevölkerung umfassende Gruppe, für welche die deutsche Reichsangehörigkeit beantragt wurde. Zählt man die schon eingebürgerten <p. 42> Familien dazu, so beziffert sich die Gruppe der deutsch eingestellten Bürger auf ungefähr 76% der Gesamtbevölkerung. Da es immer eine beträchtliche Zahl Zweifler gegeben hat, sind damals bestimmt nicht mehr als 20% wirkliche Gegner der völkischen Arbeit gewesen. Der Sieg der Völkischen war vollkommen.

So nachhaltig war der Eindruck dieses unerwarteten Ereignisses, dass die M.B.G. - weitaus die stärkste Gemeinde in Fernheim - schon einige Tage später den Entschluss zur Duldung derjenigen, welche das Wehrlosigkeitsprinzip preisgegeben hatten, bestätigte. Als Richtlinie für die Zukunft wurde bekanntgegeben, dass man die völkische Frage vom kirchlichen Boden herunternehmen wolle. Als dann am 2. Juli die Antwort von Prof. Unruh, welche in bezug auf die Ereignisse vom 28. April ebenso deutlich christlich wie deutsch war, in der Kolonieversammlung vorgelesen wurde, konnte festgestellt werden: “Die klaren Fronten sind da!”

Die Lage der Gegner war hierdurch sehr wackelig geworden. Sie wandten sich um Hilfe an den M.C.C. Vertreter, welcher die Kolonie im Juli besuchte. Man probierte, ihn für die Gründung einer zweiten Zentralschule zu gewinnen, und bat ihn, diplomatischen Schutz von nordamerikanischer Seite und wennmöglich Auswanderung nach U.S.A. zu beantragen! Yoder war und blieb aber neutral und hielt sich an die von den beiden Hiebert and anderen festgelegten Linie, wovon allerdings der M.C.C. Brief, worin man die Hilfe für die Schule gekündigt hatte, abgewichen war.

Auf der Jahresversammlung des B.d.M.P. stellte sich heraus, dass der Bund bereits 232 Mitglieder zählte. Für die “Deutsche Hilfe” waren 100.000 Pesos gesammelt worden. Diese

Jahresversammlung ernannte den Oberschulzen J. Legiehn zum Ehrenvorsitzenden. Dies möge uns ein Anlass sein, dessen Rolle in den beschriebenen und noch zu beschreibenden Ereignissen etwas näher zu betrachten.

Legiehn gehörte zu denen, welche vor einigen Jahren Reichsdeutsche geworden waren. Über seine politische Einstellung konnte man also nicht im unklaren sein. Als er im August 1938 Oberschulze geworden war, war seine völkische Einstellung für die Wenigsten ein Hindernis gewesen, ihm ihre Stimme zu geben, denn seine Mehrheit war sehr gross. Die wirtschaftlichen Aussichten waren auch nach der guten Ernte des Jahres 1937 trostlos geblieben.

Die Schwierigkeiten auf dem Verwaltungsgebiet, die mit der Abwanderung verbundenen Wirren, die anarchischen Zustände und die bitteren Gegensätze hatten die Kolonie bis an den Rand des Unterganges gebracht. Eine tatkräftige, ruhig entschlossene Leitung war Gebot der Stunde, ja Existenzfrage. Durch diese Wahl wurde sie geschaffen.

Legiehn ging ruhig und vorsichtig, doch zielbewusst vor und flösste bald soviel Vertrauen ein, dass die unbedingt notwendige allgemeine Beruhigung eintrat und Aufbauarbeit ermöglichte. Er war sachlich, überstürzte nicht, versuchte die vorhandenen Kräfte zu bündeln und Wege zur Verbesserung der allgemeinen Lage und des individuellen Wohlstandes zu machen. Wie sehr man seine Qualität geschätzt hat, geht wohl hervor aus der Tatsache, dass man ihn 1949 noch einmal zum Leiter der Kooperative erwählte. Natürlich konnte auch er aus dem Chaco im perspektivlosen Paraguay kein Paradies machen. In dieser Hinsicht war er illusionslos. Aber zweifellos ging es unter seiner Leitung auf allen Gebieten aufwärts. Er war auch Persönlichkeit genug, um repräsentativ auftreten zu können und Verhandlungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen mit den zuständigen Autoritäten zu führen. Es kam somit in den Jahren 1938-1944 zu einer verhältnismässigen <p. 43> Blütezeit.

Legiehn ist kein fanatischer Kämpfer und warf sich dann auch nicht mit Leib und Seele in den politischen Kampf, wie es Kliwer tat. Vielmehr war er der Mann, der nach beiden Seiten die grössten Schärfen wegzunehmen, zu vermitteln, auszugleichen, zu gegenseitigem Verständnis zu bringen versuchte. Nicht, dass er auch nur einen Augenblick der so stark verbreiteten Neigung, eine Hintertür offen zu lassen, anheimfiel. Seine Haltung war konsequent, er zeigte von Anfang bis zu Ende ein klares Gesicht. Mit der ganzen Autorität seines Amtes und seiner Persönlichkeit stützte er den Volksbund und sprach sich, wo es nottat, zu jeder Zeit offen und eindeutig für die Einbürgerung und die Rückwanderung aus, wie andererseits auch nie jemand seine aufrichtige christliche Gesinnung bezweifelt hat.

Aus seiner ganzen Haltung sprach aber immer die Sorge um die Einigkeit, um das Wohl der ganzen Kolonie. Er liebte das "Hart auf Hart" nicht; er wollte dem Friede dienen. Darum schritt er auch dann nicht zum Vorgehen mit harter Hand, wo dies unbedingt viel besser gewesen wäre; zum Beispiel in der kritischen letzten Phase des Dramas, als er darum ging, Abram Martens und seine Mitverschwörer in die Schranken zurückzuweisen (was noch näher besprochen werden wird). Eine gewisse Ängstlichkeit, eine Abneigung "kriegerischen" Auseinandersetzungen gegenüber raubte ihm zwar nicht seine Autorität, aber war letzten Endes doch eine wichtige Ursache, dass weniger zuständige und gewissenhafte Gegner ihn stürzen und in die Wüste

treiben lassen konnten.

Er besuchte alle Versammlungen, von welcher Seite die auch organisiert wurden, und versuchte immer wieder, zu beschwichtigen. Es ist selbstverständlich, dass er als Oberschulze für alle da sein musste. Nur konnte er nicht erwarten, dass blinde Rechthaberei und Fanatismus dieses ehrliche Streben schätzen würden.

Was Legiehn zu viel hatte, hatte Kliewer zu wenig und umgekehrt. Dieses feurige Ross war schwer zu zügeln, wenn es mal in Galopp geraten war. In ihm glühte ein heisser Idealismus, und nun hatte er sich zum vollen Einsatz für seine Sache entschlossen. Konnte nun kommen, was und wer wollte, es gab nur noch ein entschlossenes "Vorwärts"! Keinen Zentimeter liess er von dem, was er als richtig und notwendig betrachtete. Diplomatisches Manövrieren, vorsichtiges Wägen, das alles lag bestimmt nicht in seiner Veranlagung. In Deutschland hatte die weise Leitung des erfahrenen und kampferprobten Unruh sein Temperament zu lenken gewusst, so dass seine Qualitäten zur Geltung kommen konnten, ohne dass seine charakterliche Veranlagung ihn in unüberwindliche Schwierigkeiten brachte.

Nun hatte die Hand des Meisters ihn loslassen müssen, und musste er selbständig seine Meisterprobe machen. Ob er sie bestanden hat, werden wir zum Schluss dieser Verhandlung festzustellen versuchen.

Die beiden charakterlich so verschiedenen Männer ergänzten sich ausgezeichnet. Auch die Milde seiner Frau starht aber in vielen von Kliewers Reden und Vorträgen durch. Man muss sie in Urschrift gelesen haben, um feststellen zu können, wie stark Unruhs Schliff nach Kliewers Rückkehr aus Deutschland <sic?> in seinen Äusserungen immer wieder ausprägt, wie gross die zur Nachsicht mahnende Bedachtsamkeit seines Freundes Legiehn und die weibliche Sanftmut seiner von vielen so hoch verehrten Gemahlin ihn stets wieder dazu getrieben haben, all zu energische Ausdrücke und Redewendungen zu streichen oder abzuschwächen. Sie sprechen an zahllosen Stellen von einer mühselig errungenen Selbstbeherrschung, wozu er <p. 44> sich um willen der Sache gezwungen hat. Und auch er musste dennoch erfahren, dass die meisten seiner Gegner solche Selbstüberwindung nicht im geringsten zu schätzen wussten.

Kliewers Kampf war einerseits viel leichter als der Legiehns, indem er ja gerade die Errichtung der Fronten erzielen wollte und musste, welche für letzteren als Oberschulzen in der Praxis seines Amtes nicht bestehen durften, während er selbst als Mensch auf vorgeschobenem Posten in der einen Kampflinie stand. Andererseits aber war Kliewers Kampf unvergleichlich viel schwerer, weil er sich selbst immer wieder Einhalt gebieten musste Leuten gegenüber, welche nur zu oft ihren "Feind" aus dem Hinterhalt zur Strecke zu bringen versuchten. Eine Natur wie die seinige aber ist dazu vorherbestimmt, daran nicht zu viel Worte zu verlieren, sondern einfach energist zu Felde zu ziehen. Es handelt sich um eine Eigenschaft, welche leicht zu reizen ist. Auch Fernheimer verstanden das. Ist es dann so weit gekommen, dass der Betreffende einigermassen aus dem Gleichgewicht geraten ist, so ist die Gelegenheit günstig, ihn als Barbaren darzustellen und edle Entrüstung gelten zu lassen. Zu diesem Mittel griffen Fernheimer Kleinpolitiker besonders dann, wenn sie den Vordermännern der völkischen Bewegung nicht anders als mit solchen Mitteln gewachsen zu sein sich bewiesen hatten. Die Tatsache, dass die

beiden Männer Gegnerschaft möglichst vermeiden wollten, selbst ihren Weg und andere den ihrigen gehen lassen wollten, nützte ihnen dabei nicht viel. Sie waren da, und sie waren fähig, das genügte. Selbstverständlich war dies nur eine Flügel der anderen Partei. Er überflügelte aber in der Praxis durch seine rücksichtslosen Methoden die vollkommen ehrlichen Gegner-aus-Prinzip, und jene sind es gewesen, welche zuletzt den Sieg davon trugen, nicht die anständigen.

Dass Kliewer wusste, was er wollte, und mit keinen Mitteln von der Unrichtigkeit seiner Ansichten zu überzeugen sein würde, das war allen schon recht bald deutlich geworden. Viele kannten ja auch seinen Charakter von früher und wussten, dass es schon schwer ist, einen solchen Mann auf andere Gedanken zu bringen, wenn er nicht ganz genau weiss, ob er sich nicht vielleicht irrt; geschweige denn, wenn er die Überzeugung in seine Herzen trägt, vor Gott und seinem Gewissen das Richtige gewählt zu haben. Brauchen doch viele der unsrigen nur in den Spiegel zu schauen, um den Typus zu erkennen; der meiste Dickkopf ist ja direkt sprichwörtlich.

Es ist bestimmt mehrere male erwogen worden, Kliewer und Legiehn in den Bann zu tun, aber bei bestem Willen war das nicht durchführbar; wussten alle doch, dass der christliche Glauben beiden ernst war, dass sie genau so energisch ein Christentum ohne Abstrich vertreten wollten, wie ein national-sozialistisches Deutschtum ohne Abstrich. Immer und immer wieder gab man das zu. Aber keinen veranlasste es dazu, darüber nachzudenken, ob vielleicht doch etwas daran war mit der von beiden vertretenen Lebensregel: "Es ist die Aufgabe des Christen, das allem Anschein nach unlöslich widerspruchsvolle "Bürger zweier Welten sein" zu einer Synthese zu bringen." Wir lassen dabei ausser Betracht, ob die Synthese hier auf richtige Weise angestrebt wurde; es geht darum, dass beide sie zu finden versucht haben.

Darum wählte man einen anderen Weg. Kliewer wurde wiederholt nahegelegt, freiwillig auszutreten! In aller Form geschah dieses, als Kliewer auf der Jahresversammlung des B.d.M.P. am 20. September 1940 gegen diejenigen Prediger Stellung nahm, welche mit Hilfe kirchlicher Autorität versuchten, die völkische Sache niederzukämpfen, obschon es sich hier um ein Gebiet handele, worauf der <p. 45> Prediger nur als Bürger und nicht als Würdenträger mitzusprechen habe.

Am 9. Oktober kam es erneut zu einer Besprechung mit Vertretern der Predigerschaft. Man führte gegen ihn an, dass er die Autorität der Prediger angegriffen und den völkischen Kampf erneut entfacht habe, und dass ein gläubiger Christ in der Öffentlichkeit nicht so reden dürfe. Da man zu keinem Ergebnis kommen konnte, griff der Oberschulze ein und stellte am 19. Oktober "Vorschläge zur Festigung des öffentlichen Friedens in der Kolonie Fernheim" auf. Sie bedeutete eine offizielle Grundlage, von woraus man die weiterer Entwicklung der Ereignisse betrachten muss. Kliewer sollte öffentlich zugebe, dass er manchmal in seine Äusserungen über die Prediger zu weit gegangen sei, und ebenfalls in der Öffentlichkeit Mässigung versprechen, sowie dazu aufwecken. Vor kirchlicher Seite sollte man übernehmen, sich öffentlich dadurch befriedigt zu erklären.

Kliewer nahm sie an. Einen Tag später waren sie Gegenstand einer Beratung auf der Predigerkonferenz in Philadelphia, wo Prediger und Diakone aller drei Richtungen zugegen

waren. Auch die Konferenz nahm sie an, mit 21 gegen 6 Stimmen. So schien der Friede gesichert. Auf der B.d.M.P. Versammlung vom 15. Dezember 1940 wurden die Richtlinien von Kliewer zur allgemeinen Durchführung empfohlen und erfüllte er die ihm gestellte Bedingung. Und er fügte hinzu, dass hiermit die Volksbundarbeit im wesentlichen abgeschlossen sei.

NERVENKRIEG

Obwohl die Geschehnisse in der Kolonie Fernheim auf die Entwicklung der völkischen Auseinandersetzung in Fernheim keinen Einfluss ausgeübt haben, dürfte es doch interessant sein, sie kurz zu erwähnen.

Vom 9. Januar-26. Februar machte Kliewer eine Reise durch Ost-Paraguay. Auf Einladung der Kolonieverwaltung, der Lehrerschaft und des Volksbundes hielt er sich dabei zwei Wochen in Friesland auf, wo er in einer Reihe von Vorträgen seine Ideen entfaltete. Sie fanden hier wohl noch mehr Anklang als in Fernheim. Als über die Rückwanderung entschieden werden sollte, erklärten die Friesländer sich sogar zu den vollen 100% rückwanderungswillig!

Auf Wunsch des Oberschulzen Kroeker gab er dann noch in einer abschliessenden Grosskundgebung in Grossweide Richtlinien für die Weiterführung der Arbeit, besonders auch für die Jugendarbeit, welche - wie in Fernheim - nur jede zweite Woche stattfinden sollte, damit auch die religiöse Jugendbetreuung voll zur Geltung würde kommen können. (Von kirchlicher Seite wurde dies aber nie ausgenützt). Auf die an Deutschland erinnernden Formen (Hitlergruss u.s.w.) wurde - ebenfalls wie in Fernheim - mit Rücksicht auf das Gastland und -Volk verzichtet.

Nach seiner Rückkehr musste er, was die wirtschaftliche Seite des Kolonisationsunternehmens anbelangte, bestätigen, was er schon anderthalb Jahre vorher festgestellt hatte: ein weiterer Ausbau schien ihm in Friesland nicht möglich zu sein. Die Haupteinnahmen lieferten Baumwolle und Vieh, doch beide gediehen im Chaco besser.

Anschliessend besuchte er noch einmal alle Dörfer der eigenen Kolonie, was sich zum Teil im Juni wiederholte, als der Schriftleiter <p. 46> der "Deutschen Warte" (Dr. Huber) nach Fernheim gekommen war. Fürs übrige ging alles normal weiter. Alle vierzehn Tage fanden Jugendheimabende statt. Monatlich hielt man in Philadelphia und in der Charbiner Ecke einen grösseren Jugendabend, in Philadelphia auch Lichtbildervorträge. Die beiden Sportgruppen übten eifrig. Am Mädchekursus beteiligten sich 40 Mädchen; die Frauenarbeit erfreute sich eines sehr grossen Interesses. Es war Frau Kliewer, welche da in selbstloser Hingabe an das Allgemeinwohl Unterricht in Kinderpflege, Kindererziehung, Gesundheitslehre und Hauswirtschaft erteilte. Auch die Kindergärtnerinnenausbildung nahm sie zur Hand. Mit allen Mitteln versuchte Amt und kulturelle Leitung, den geistigen Rückgang aufzuhalten (Kliewer am 13. März 1941: "Ich habe nach meiner Rückkehr aus Deutschland immer wieder feststellen müssen, dass das geistige und kulturelle Leben merklich zurückgegangen ist") Als wichtige Ursachen führt er an: das Klima und den schweren Existenzkampf . . . "Die Auswirkungen dieser Tatsache werden wir in den nächsten Jahrzehnten immer stärker zu spüren bekommen." . . . "Die Begriffsarmut der Kinder wird von Jahr zu Jahr grösser" . . . "Man weiss oft nicht, wo man anknüpfen soll, wenn man im Unterricht auf Dinge zu sprechen kommt, die nicht gerade mit Ackerbau und Viehzucht in

Verbindung stehen." Man kann hier gleich noch einen Satz hinzufügen aus einer Ansprache, welche er am 29. April 1942 hielt: "Die Folgen . . . werden sich in 10-20 Jahren sehr nachteilig für unsere Gemeinschaft auswirken." - Die heutige Lage bestätigt die damalige Prognose, doch in der letzte Jahren hat man sehr viel getan, um das geistige Leben aufzubauen.

Der (vom Amt ausgehende) Nachrichtendienst fand in allen Dörfern grosses Interesse, unter den Gegnern des Dritten Reiches sicher nicht weniger als unter den anderen. Und alles schien Friede auf Erden . . .

Als dann Hitler am 22. Juni 1942 <sic> Sowjet-Russland den Krieg erklärte und die ersten eindrucksvollen Siege der deutschen Truppen in der von ihnen so heiss geliebten Ukraine bekannt wurden, riss die unvorstellbare Begeisterung sogar manchen offenen Gegner des National-Sozialismus mit. In fast aller Herzen loderte die Hoffnung hell auf. Und so kam es, dass an der Grosskundgebung der Russlanddeutschen, welche am 3. Juli 1941 in Philadelphia stattfand, schier die ganze Kolonie beteiligt war. Die vorbereitenden Besprechungen hatten geführt: D. Loewen und D. Friesen als Vertreter der Verwaltung, G. Balzer (M.B.G.), H. Friesen (M.B.G.) und J. Teichgraef (K.G.) als Vertreter der Predigerschaft, Dr. Kliewer und P. Rahn als Volksbundvertreter. Der Oberschulze war verreist. Je ein Vertreter der drei genannten Instanzen unterschrieb den Aufruf an die Bevölkerung. Auf der Versammlung sprachen u.a. Pred. Teichgraef und Pred. H. Friesen (über den Kampf der Bolschweiken gegen die Religion). Eine Resolution, die von Treue und Beten sprach und den Segen Gottes zu diesem Grosskampf vom Himmel erflachte, wurde der deutschen Gesandtschaft zugeschickt. Auch Prof. Unruh erhielt ein Exemplar zur Weiterleitung an die Reichsregierung.

Zum letzten Male setzte die Werbung ein, und manch einer, der bis dahin gezweifelt hatte, schloss sich nun doch noch dem Volksbunde an. Am 12. Oktober zählte er 263 Mitglieder, und die Sammlung für die Deutsche Hilfe ergab einen Totalbetrag von 140.000 Pesos, dies, obschon die Kolonie am 25. Oktober die Gesandtschaft um Hilfe für die notleidenden Volksgenossen hatte bitten müssen. Auf der an jenem Tage stattfindenden Jahresversammlung wurde der vom Vorstand gemachte und vom Ehrenvorsitzenden warm unterstützende Vorschlag, das eine Konfession ausdrückende Wort "Mennonit" aus dem Namen streichen, fast einstimmig angenommen. Somit hatte der <p. 47> Volksbund bis zur letzten Konsequenz das seinige getan, um die endgültige Trennung zwischen "Kirche und Staat" zu vollziehen. Man hatte die Hoffnung, damit wieder eine Reibungsfläche ausgeschaltet zu haben. Von nun an hiess der Bund: "Verban der Russlanddeutschen im deutschen Volksbund für Paraguay."

Als seine Hauptaufgabe betrachtete man es von nun an, sich mit Heimat- und Familienforschung zu befassen.

Im Dezember kam der Oberschulze aus Asunción zurück mit der Nachricht, dass die Einbürgerung einstweilen nicht durchgeführt werden könne. Aber eines hatte man doch erreicht: die deutschen Autoritäten rechneten mit den Fernheimern als mit vollberechtigten deutschen Menschen. So schien auch in dieser Hinsicht nichts mehr vorhanden, worüber es noch Streit in der Kolonie hätte geben können. Und doch schwelte es.

Über den Einfluss des auf Veranlassung des M.C.C. nach Fernheim gekommenen nordamerikanischen Arztes John Schmidt lohnt es sich noch nicht zu sprechen. Zwar ärgerte ihn - wie er später aussprach - die Volksbundarbeit ungeheuer, aber er sah ein, dass er unter den vorliegenden Verhältnissen nichts würde anfangen können. Dazu hatte der M.C.C. Vertreter Miller es ihm wohl unbewusst schwer gemacht mit seinem Ausspruch (1941 in Fernheim): "Man kann in Amerika als Christ leben, man kann auch in Deutschland als Christ leben!"

Eine beträchtliche Änderung der Lage führte aber der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Paraguay (wozu die USA ein Volk nach dem anderen brachten, nachdem sie in den offenen Krieg hineingerissen worden waren) herbei. Sofort nach Jahresbeginn rührte sich die antideutsche Richtung erneut, ohne den feierlich angenommenen "Friedensvertrag" (vom 19.-20. Oktober 1941, s. den Schluss des vorigen Kapitels) dabei zu beachten. Insbesondere die Ev. Gemeinde kümmerte sich überhaupt nicht um das von ihr gewünschte demokratische Prinzip, dass nach ordnungsgemässiger Abstimmung, woran man sich freiwillig beteiligt hat, die Minderheit sich der Mehrheit zu fügen hat.

Die letzte Volksbundarbeit in grösserem Stil fand im Sommer 1941-1942 in Friesland statt, wo Kliewer und Gattin durch Vorträge, Lehrerkursus, Mädchen- und Jungenlager, Aufklärung über Sippenforschung u.s.w. ihre Sommerferien produktiv zu machen bestrebt waren. Als sie dann anschliessend nach der Landeshauptstadt reisten, war dort die Gesandtschaft schon geschlossen. Das Volksbundbüro, die von paraguayischer Seite besonders geschätzte deutsche Schule und der Sportverein aber durften weiter bestehen bleiben. Paraguay tat eben nur das (o Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker!) wozu es gezwungen, und nicht mehr.

Das war das Signal, auch in Fernheim die Arbeit weitgehend zu beschränken. Man beschloss, keine grossen Versammlungen mehr zu veranstalten und keine Radionachrichten zu verbreiten. Der Volksbund verbot Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden und empfahl, im politischen Äusserungen zurückhaltend zu sein. Stützpunktleiterberatungen und Jugendabende fanden nur noch vereinzelt statt. Die Deutsche Hilfe und die Sippenforschung waren von nun an die hauptsächlichsten Lebensäusserungen des völkischen Geistes.

Die dadurch freigewordene Zeit suchte Kliewer auszufüllen durch die Gründung einer theologischen Arbeitsgemeinschaft, worin er <p. 48> Lehrer und Prediger zusammenfassen versuchte, um so eine ernste Aussprache zwischen den verschiedenen Richtungen zu ermöglichen. Die Ev. Gemeinde lehnte von vornherein ab.

Eine Besprechung mit den Predigern Balzer (Vorsitzender der K.f.K. und Leiter der M.B.G.) und Friesen (Leiter der M.B.G. in Philadelphia) schien zu einem guten Ergebnis zu führen. Dann aber stellte sich heraus, dass beide die Verantwortung für das Unterzeichnen eines aufzustellenden Aufrufes nicht tragen wollten. Intensiver schriftlicher und mündlicher Gedankenaustausch, der natürlich immer wieder auf das völkische Thema bezug nahm, obwohl das an und für sich mit der Sache nichts zu tun hatte, führte nicht zum gewünschten Ergebnis. Einige Zitate:

Balzer schrieb ungefähr am 10. Mai 1942, dass die Gedichte, welche man anlässlich des Führergeburtstages vorgetragen hatte, sehr viel Ärger erregt hätten durch ihren kämpferischen

Ton. Dies sei doch wohl sehr weit vom Wehrlosigkeitsprinzip entfernt.

Kliwer antwortete 14. Mai 1942, dass ein völkischer und kultureller Untergang auch den der Wehrlosigkeit nach sich ziehen würde. Dazu möge er noch einmal wiederholen, dass das Wehrlosigkeitsprinzip zwar unter den Mennoniten zahlreiche Vertreter finde, doch noch niemals ein Prinzip der Mennoniten gewesen sei. Er erinnerte an das Wort, welches Dr. Schmidt am vorigen Tage in Philadelphia gesprochen hatte, in U.S.A. und Kanada habe die Mehrheit der Jugend die Wehrlosigkeit freiwillig preisgegeben, doch man versuche, sie trotzdem für die Gemeinde zu erhalten!

Darauf Balzer am 20. Mai 1942: "Die Deutschbewussten ständen besonders in Gefahr, den Boden des Evangeliums zu verlieren."

Die Antwort ist ein ausführlicher Brief vom 24. Mai 1942, der sehr aufschlussreich ist, und woraus wir einige längere Zitate anführen möchten: "Ich weiss wohl, dass Evangelium und Glaube kein Besitz sind, auf dem man ausruhen soll, beides müssen wir uns täglich neu erkämpfen und neu schenken lassen. Was erst zum selbstverständlichen Besitz wird, hat überhaupt seinen Wert fürs Leben verloren. Weil heute das Evangelium in Deutschland umkämpft wird, darum ist es Hunderttausenden und Millionen wieder umso wertvoller geworden."

Dann folgt eine ausführliche Auseinandersetzung, wovon der Sinn kurz zusammengefasst ist: er will deutschbewusst und evangelischbewusst sein und beide Begriffe zu einer Synthese zu erheben versuchen. Dadurch, dass es in Christus zu einer Neuschöpfung kam, ist die erste Schöpfung nicht aufgehoben; sie vollzog sich ja in der ersten Schöpfung. Doch die Mennoniten haben immer wieder versucht, einseitig zu sein und diese doch so klar ersichtliche Tatsache zu verneinen. Sie spürten nicht einmal, wie sehr ihre tägliche Lebensführung im Widerspruch zu dieser ihrer Theorie stand. "Es ist ja gar nicht so, wie das bei uns vielfach hingestellt wird, dass das Leben des Christen ein Leben in Harmonie und Seligkeit ist." "Der Vater Jesu Christi ist auch gleichzeitig der Erhalter und Schöpfer der Welt."

"Es ist tatsächlich vieles stinkend faul in unserer Gemeinschaft. Warum können wir uns denn nicht einmal zusammensetzen, um im Lichte des Evangeliums und unserer eigenen mennonitischen Geschichte die Schäden aufzudecken und nach neuen Wegen zu suchen? Du weisst selbst, dass ein Gespräch unter Einschluss aller Lehrer und Prediger nicht möglich ist. Warum können sich dann nicht die zusammensetzen, <p. 49> die Vertrauen zu einander haben und wirklich vorwärts möchten? Ich möchte Dich darum noch einmal herzlich zu der Arbeitsgemeinschaft einladen. Wirf alle Bruderfurcht über Bord und hilf mit bauen an der Zukunft unserer Gemeinschaft. Wenn Du nicht kommen solltest, dann möchte ich Dich zu einer längeren Aussprache unter vier Augen einladen, um mit Dir ganz offen und ausführlich über die Lage unserer Gemeinschaft zu sprechen."

Leider ist die geschriebene Antwort hierauf verlorengegangen. Die praktische aber war, wie nicht anders zu erwarten, dass die Prediger die Arbeitsgemeinschaft ablehnten. Es ist klar ersichtlich, dass sie entweder kein Bedürfnis an Meinungs austausch gehabt haben, oder dass sie die

fürchteten. Übrigens scheint es so, als ob die Atmosphäre für eine solche Gemeinschaft schon nicht mehr geeignet war. Wie ist es sonst aufzufassen, dass die einleitenden Diskussionen sich ganz und gar um das an und für sich ja gar nicht theologische Problem der völkischen Sache gedreht haben? Es fragt sich darum, ob da noch wirklich theologische Arbeit hätte geleistet werden können, ob man nicht immer wieder abgeschweift wäre. Und noch eine Bemerkung drängt sich auf: ob Kliewer im Ernst angenommen hat, den abwehrenden Predigern in diesem Tone näherkommen zu können? Es hat hier mal wieder ganz bestimmt an der Psychologie gemangelt.

Folgende Zitate aus Kliewers Brief an Balzer vom 24. Juni 1942 lassen uns ebenfalls einen Blick in die damaligen Gegensätze werfen.

Die Ev. Gemeinde hatte zwei Lehrer wegen Beteiligen an der Arbeitsgemeinschaft zur Verantwortung gezogen und von einer Frau, die der Gemeinde beitreten wollte, verlangt, vorher ihre Tochter aus der Zentralschule herauszunehmen. Kliewer führt dazu aus: "Ob man sich durch eine dauernde Rücksichtnahme auf solche Brüder nicht letzten Endes an der ganzen Gemeinschaft vergeht?" . . . "Ich bange die kirchliche, kulturelle und wirtschaftliche Zukunft unserer Gemeinde."

Dass dies ein aufrichtiger Herzensschrei war, daran braucht niemand zu zweifeln. Leider ist es im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, auszuführen, inwiefern diese Befürchtung heute berechtigt erscheint.

Folgende Äusserung seiner Frau möge das Bild vervollständigen: "Hier kann man am Christentum irre werden!" Über das Wieso und Warum wird später noch gesprochen werden.

Als dann die Frage immer deutlicher erhoben wurde, ob man auch während des Krieges bereit wäre, nach Deutschland zurückzuwandern, als der anfänglich so nach scheinende deutsche Sieg aus dem unmittelbaren Blickfeld schwand, und als wohl auch Dr. Schmidt, je näher der Tag seiner Abreise kam, seinen Einfluss stärker geltend zu machen begann, wurde der geschlossene Friede von deutsch-feindlicher Seite immer weniger beachtet. Dass die Rückwanderungsaktion mit allen ihren Konsequenzen den geringen Rest der zum Bleiben Entschlossenen sehr beunruhigen musste, ist deutlich. In seinem Bericht vom April 1942 sagte Kliewer auch: "Die Leitung der Kirchengemeinden ahnte sehr richtig, dass mit dem Bekenntnis zum neuen Deutschland auch eine innere Preisgabe des alten Glaubensgrundsatzes von der Wehrlosigkeit verbunden sein werden."

Dass die übergrosse Mehrheit schon längst nicht mehr zur Wehrlosigkeit stand, wurde oben schon ausgeführt. Wenn es in den <p. 50> meisten Fällen auch die Hoffnung auf Rückwanderung war, welche sie dazu brachte, darauf zu verzichten, so geht gerade daraus hervor, dass von einer wirklich wehrlosen Gesinnung bei den so Denkenden längst keine Rede mehr gewesen war; einen Herzschatz gibt man für wirtschaftliche Vorteile nicht preis. Diese Siedler aber hatten wirklich keinen Grund mehr, im Chaco auszuharren. Kliewer schrieb: "Die 12-15 jährige Siedlungstätigkeit in Paraguay hat gezeigt, dass es nicht möglich ist, in diesem Lande eine erträgliche Existenzgrundlage zu finden." So dachten - und denken wohl auch heute, insofern sie

das Denken darüber nicht schon aufgegeben haben - die meisten. Umso schwieriger war die Lage, weil Fernheim eine Geburtszahl von nicht weniger als 55 pro 1000 Einwohner aufzuweisen hatte; eine Ziffer, die heute nicht einmal viel kleiner ist. Das ist +/- das Zweieinhalbfache von der höchsten Geburtenziffer aller zivilisierten Länder. Fügen wir noch hinzu, dass die Siedler ihre gemeinnützigen Einrichtungen durch eine enorme Selbstbesteuerung selbst erhalten mussten. Hilfe von deutscher Seite wurde stets schwieriger. Man unterhielt z.B. 15 Schulen mit über 300 Schülern bei einer Bevölkerungszahl von 1600 Seelen (zum Vergleich: 1942 hatte Menno 2300 Einwohner und Friesland 900). Die Volksschulen, die Zentralschule und das Krankenhaus verschlangen 10% der Gesamteinnahmen. Es gab Eltern, die für Schulgelder 50% ihrer Einnahmen ausgeben mussten. Daneben kam noch die Gemeinschaftsarbeit, welche in bestimmten Jahren bis zu 40 Arbeitstage gefordert hatte (Scharwerk). Und trotzdem konnte von einer ordentlichen Existenzgrundlage keineswegs gesprochen werden!

Man rechnete mit einer Ansiedlung im deutschen Osten und fing darum an, die Jugend durch einen möglichst gründlichen Unterricht auf die deutschen Ostverhältnisse vorzubereiten. Doch zäh setzte die Gegnerschaft dem Kampf fort. Erneut wurde Kliewer aufgefordert, sich dem Vorstand seiner Gemeinde zu stellen. Er erklärte sich dazu bereit in einem Brief vom 20. Juli 1942, worin es u.a. hiess: "Die Spannung zwischen Volkstum und Christentum wird nicht dadurch überwunden, dass die eine oder die andere Seite nachgibt, sondern dass man beides als göttlich anerkennt." "Das Evangelium ist aber nicht in erster Linie Lehre, sondern Kraft, die sich im Leben des Einzelnen und der Völker auswirken soll. Bei uns ist aber das Prinzipreien Hauptsache und das Leben nur Nebensache geworden. Weil man das Leben nicht mehr hat, klammert man sich an Prinzipien und Satzungen, redet an Nebensachen herum und sieht die Hauptsache nicht mehr." Klänge, die nichts Neues in der Täufergeschichte sind. Man denke an den Gegensatz Hans Denck-Michael Sattler, an den Kampf zwischen Gemeinde ohne Flecken und Runzel einerseits und den Waterländern andererseits, u.s.w. Es ist der alte Kampf, der im Wesentlichen den Werdegang unserer Gemeinschaft durch die Jahrhunderte bestimmt. Deutlicher Beweise, dass der National-Sozialismus ein Faktor ist, der im Grunde genommen höchstens eine ganz untergeordnete Nebensache ist, kann nicht erbracht werden, als er in den Tatsachen selbst beschlossen liegt. Sogar der unliebsame, jegliche Annäherung ausschliessende Ton ist von allen Jahrhunderten.

Es kam dann sogar zu einer Auseinandersetzung auf der Jahresversammlung der M.B.G. Kliewer stellte da fest, dass die Frage dort überhaupt nicht mehr hingehörte, weil sie bereits vor mehr als zwei Jahren endgültig geklärt wurde und zwar durch den bekannten Gemeindebeschluss vom Juni 1940, wo man als Richtlinie festgelegt hatte, einander zu dulden. Die verschiedene Einstellung zur deutschen Sache sollte nicht Ursache der Trennung werden; und gerade Balzer habe auf diese Befriedigung gesteuert. Man habe immer nur Volksbundmitglieder zu den Veranstaltungen eingeladen und sich darauf beschränkt, andere nicht abzuweisen, wenn sie eigener Bewegung <p. 51> gekommen seien. Er wies dann darauf hin, wie sehr die Autorität der führenden Männer auf allen Gebieten leiden musste durch den dauernden Kampf. Er betonte, dass es keinen Werte habe, die Diskussion wieder aufzunehmen, weil die Führer auf der anderen Seite es ja grundsätzlich unterliessen, sich etwas Mühe zu geben, die ihnen nicht genehmen Auffassungen überhaupt kennen zu lernen. (In diesem Abschnitt seines Vortrages liess er den im Urtext vorkommenden Satz: "Die Prediger fürchten eine Schmälerung ihres Einflusses" aus!

Solche Abänderungen findet man an mehreren Stellen in seinen Reden). Er setzte dann noch einmal seinen Standpunkt, der mit dem Satz: "Der Christ ist Bürger zweier Welten" mit den Worten: "Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, dass wir auf eine längere Zukunft gesehen hier im Chaco wirtschaftlich, kulturell und völkisch zu Grunde gehen müssen. Wahrscheinlich würde mit dem völkischen-kulturellen Untergang auch der religiöse Untergang verbunden sein. Diese Erkenntnis gewann ich schon in Deutschland, und die Entwicklung der letzten Jahre hat mich darin nur bestärkt. Darum: "Heim ins Reich!"

Selbstverständlich kam es nicht zu irgendeinem Ergebnis. Man kann nicht leugnen, dass viele auch gar kein Ergebnis gewollt haben. Kaum verhohlene Absicht ist es bei etlichen Gegnern sicher gewesen, Kliewer durch ununterbrochene Angriffe mürbe zu machen, es so weit zu bringen, dass er die Nerven verlieren würde. Er gab ja schon damals zu, des öftern an einen Rücktritt gedacht zu haben. Ziel war es bei den hier gemeinten Brüdern, ihn dazu zu bringen, freiwillig aus der Gemeinde auszutreten, wonach er auf Grund der geltenden Regeln als Leiter der Zentralschule eben nicht mehr würde gehandhabt werden können. Politik der "Unpolitischen!"

Von ganz ungeahnter Seite bekamen sie Hilfe. Als neuer Faktor erschien auf der politischen Bühne Fernheims eine gewisse Jugendgruppe, welche nach ihrem damaligen Leiter als "Neufeldgruppe" bekannt steht. Da sich der Leiter H. Neufeld im Laufe der Zeit durch eine bedeutend anständigere Gesinnung vor der Mehrheit auszeichnete, geschieht ihm damit eigentlich Unrecht. Aber Ereignisse sind Ereignisse, und wir werden nicht versäumen, den Unterschied in Gesinnung in Erscheinung treten zu lassen.

In Legiehns Vorschlägen zur Festigung des öffentlichen Friedens in der Kolonie Fernheim vom 19. Oktober 1940 wurde nach zwei Seiten Stellung genommen. Wir erlauben uns, einige Sätze daraus hervorzuheben, damit die Problemstellung unmissverständlich blossgelegt werden kann: "Vor allem aber ist es auf die Dauer nicht tragbar, dass Brüder in Christo wegen eines Bekenntnisunterschiedes und wegen verschiedener völkischer Einstellung untereinander ihre religiöse Stellung anzweifeln und sich sogar die Gotteskindschaft absprechen." "Die verantwortliche Leitung der völkischen Bewegung in Fernheim bedauert es, durch die öffentliche Stellungnahme zu dem Vorgehen eines Teiles der Prediger Anlass gegeben zu haben, dass sich Menschen, die dem Evangelium ablehnend gegenüberstehen, in abfälliger Weise über alle Prediger geäußert haben. Sie sieht ein, dass dadurch der Verkündigung des Evangeliums Hindernisse in den Weg gelegt werden können. Der Leiter der völkischen Gruppe, Br. Fr. Kliewer, erklärt sich bereit, diese Dinge in der Öffentlichkeit auf einer Volksbundversammlung zurechtzustellen."

Wie bereits mitgeteilt wurde, kam Kliewer dieser Verpflichtung nach. (Auf der Volksbundversammlung vom 15. Dezember 1940). Es ist notwendig, uns in diesem Zusammenhange etwas näher mit dieser <p. 52> Zurechtstellung zu befassen.

Legiehn spricht von "Menschen, die dem Evangelium ablehnend gegenüberstehen," und die sich "in abfälliger Weise über alle Prediger geäußert haben." Kliewer qualifiziert sie genauer: "Es sollen Äusserungen gefallen sein, dass wir nun bald ein anderes Evangelium haben und die

Prediger dann überflüssig wären. Die Prediger hätten auf den Volksbundversammlung nichts zu suchen, und dann setzten sie sich noch ganz oben hin, herunterführen müsste man sie u.s.w.” Gemeinde und Prediger werden “beschimpft und verunglimpft.” Sie tun, als ob sie “über all diese Dinge längst hinweg sind.”

Es handelt sich hier um die obenerwähnte Gruppe junger Männer, die noch nicht zu einem normalen Verantwortungsbewusstsein herangereift waren, und denen der in einer menschlichen Gesellschaft unbedingt erforderliche Begriff “Autorität” noch unbekannt war. Fast alle waren Junggesellen, die ihres jungen Lebens “geniessen wollten” und sich dabei ohne Hemmungen über die bestehenden Ordnungen hinwegsetzten, wenn sie ihnen dabei lästig waren. Ihre Tanzvergnügen dehnten sich bis tief in die Nacht aus, ohne dass sie dabei auf die Klagen achteten, welche davon die Folge waren. Dass von kirchlicher Seite grosse Bedenken gegen die Lebensauffassung der Geniesser bestanden, versteht sich. Aber auch die völkische Autorität war mit der Lebensführung dieser Mitglieder nicht einverstanden, wenn das Tanzen auch nicht als Volksbundeangelegenheit betrachtet wurde. War doch in Deutschland das Tanzen während des Krieges verboten, weil man es als einen Unfug betrachtete, sich lauten Lustbarkeiten hinzugeben, während die Blüte des Volkes an den Fronten das Leben einsetzte. Die Jugend in Fernheim, die sich für Deutschland und die deutsche Sache zu sein erklärt hatte, sollte - so war die Ansicht - wenigstens dieselbe Pietät zeigen, da sie doch keine wirklichen Opfer zu bringen hatte.

So war es gekommen, dass schon einmal Oberschulze Legiehn und Volksbundleiter Kliewer sich in der Nacht nach der Wohnung begeben hatten, von wo die lauten Geniesserstimmen schallten. Sie hatten sie zu beruhigen versucht, ohne ihnen das Tanzen an und für sich zu verbieten. Zu einer merklichen Verbesserung führte das Gespräch aber nicht; das Hauptergebnis war wohl nur gewesen, dass das Spotten und Höhnen sich von nun an nicht nur auf die Prediger, sondern auch auf die Verwaltung und auf die völkische Autorität erstreckte. Bei diesem einen Zwischenfall blieb es nicht.

Man wird sich fragen, warum so unbedeutende Kleinigkeiten hier besprochen werden sollen. Die zu beschreibenden Vorfälle werden aber beweisen, dass wir hier die künftigen Hauptsieger im völkischen Kampf vor uns haben.

Im Oktober 1942 war eine Hochzeit. Die genannten jungen Leute übernahmen die Regelung der damit verbundenen Festlichkeiten. Zur Entrüstung der beiderseitigen, sehr kirchlichen Verwandten fand das Tanzen schon früh abends an, obwohl das Brautpaar (der Bräutigam war Kliewers Bruder Kornelius) und auch der Volksbundleiter gebeten hatten, es zu unterlassen. Viele Gäste verliessen darum die Hochzeit.

Am nächsten Tage fand eine Gemeindestunde der M.B.G. statt. Wie nicht anders zu erwarten, wurde das Vorgefallene erwähnt und besprochen. <p. 53> Wie üblich bekam der Volksbund die Schuld. Dies seien nur die Früchte der völkischen Arbeit.

Es war für Kliewer ein Kleines, diese untaktische Behauptung zurückzuweisen. Noch auf der allgemeinen Volksbundversammlung vom 27. September hatte er die Betreffenden wegen mangelhafter Pflichterfüllung und unvölkischen Benehmens mit den Worten zurechtgewiesen:

“Eine Reihe von jungen Männern, die noch keine Familienpflichten haben, haben es an der nötigen Opfer- und Einsatzbereitschaft fehlen lassen.” Dazu hatten sie selbst am 16. September 1942 energisch gegen den im Volksbund herrschenden Geist Protest eingelegt: der Volksbund sei viel zu christlich-religiös; die Führung habe kein Recht, die Mitglieder zurechtzuweisen; und ebensowenig habe sie ein Recht, in Privatangelegenheiten einzugreifen. H. Neufeld hatte seine Funktion als Stützpunktleiter niedergelegt, weil der Bund ihm viel zu christlich war! Etliche hatten seinerzeit nur beitreten wollen unter der Bedingung, dass sie mit der spezifisch mennonitischen Unterorganisation nichts zu tun haben, sondern direkt dem Volksbund für Paraguay angehören sollten. Darauf hatte der Vorstand sich aber nicht eingelassen.

Nun gebrauchte Kliewer den Ausdruck: “Es handelt sich hier um eine Gruppe junger Männer, die sich schon längst über jegliche Autorität hinweggesetzt hat.” Und schon einen Tag später standen einige mit geballten Fäusten schreiend und aufgeregt vor ihm, um zu beweisen, dem sei nicht so, vornean ein Halbbetrunkener. Kliewer lehnte diese Art der Beweisführung ab und erklärte sich nur zu einem ruhigen Gespräch bereit.

Dies war der Auftakt zum “Zwischenfall mit der Neufeldgruppe,” der sich so verhängnisvoll auswirken würde. Die, welche aus religiösen Gründen Gegner der völkischen Sache waren, erhielten Verstärkung von seiten derer, welche diese religiösen Gegner verachteten und verspotteten!

Es war Kliewer sofort klar, dass vom Volksbund aus keine entscheidende Aktion gegen diese Leute in die Wege geleitet werden konnte. Sie streuten jetzt ungehemmt Verleumdungen gegen ihn und den Oberschulzen herum und forderten einen öffentlichen Widerruf. Zwar stand der Bund auf seinem Hohepunkt. Die Jahresversammlung am 17. September hatte ihn einstimmig als Vorsitzenden wiedergewählt und die durch die Statutenänderung des vorigen Jahres notwendig gewordene Neuorganisation ohne weiteres angenommen. Die Zahl der Mitglieder betrug 278, d.h., dass fast 87% der Siedler sich für Rückwanderung nach Deutschland ausgesprochen hatten, da die Zahl der Familien und selbstständig alleinstehenden Personen zu der Zeit 320 betrug. Aber die politische Situation im Lande, wie sie nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen geworden war, erlaubte ein Vorgehen des Volksbundes nicht. Das Amt musste entscheiden. Und es konnte nur eine Entscheidung geben: die gegen Oberschulzen und Volksbundleiter wühlenden jungen Männer, die behaupteten, beide wollten alles und jeden ausschalten, was bezw. der ihnen im Wege stand, um König zu spielen, um mit den Geldmitteln der Kolonie wie Könige leben zu können, mussten mit harter Hand zur Vernunft gebracht werden.

Aber der Oberschulze glaubte, nicht durchgreifen zu können. Er war für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie verantwortlich. Nun hatte man eine Molkerei eröffnet, und gerade Hans Neufeld war auf Kosten der Kolonie in Argentinien zum Fachmann ausgebildet worden. Sein Gehilfe war sein Bruder. Würden beide Männer die Kolonie verlassen, so bedeutete das den Untergang der Molkerei. Er war also <p. 54> der Ansicht, dass der Fall beigelegt werden müsse, um die Schwierigkeiten, mit denen man zu kämpfen hatte, nicht noch zu vergrößern. Und gross genug waren sie. Die Mehrheit der Prediger war aktiv als Gegner. Die wirtschaftliche Lage war wieder zum Verzweifeln schlecht. Das Schulgeld für die Zentralschule hatte man von 3000 auf 2000 Pesos herabsetzen müssen, und trotzdem konnte es für kaum die Hälfte der Schüler

aufgebracht werden. Überhaupt wurde gegen die Zentralschule offen und heimlich sehr gewirkt. Die Bestrebungen, in einer zu gründenden Bibelschule ein Gegengewicht zu schöpfen, welche von Nord-Amerika aus gefördert wurden, nahmen konkrete Formen an. Und nun noch dieses. Das Schlimmste an dem ganzen Fall war ja, dass ihr Verantwortungsbewusstsein einerseits ein rücksichtsloses Ausmerzen dieser kranken Stelle aus dem Volkskörper forderte, doch ihnen andererseits die Hände fesselte.

So ist es nicht verwunderlich, dass beide Männer mutlos wurden. Streit und Zank, lächerlichste Kleinkrämerei in einer Zeit des gewaltigsten Weltgeschehens, Hetze und Verleumdung, Pharisäismus und Engstirnigkeit, das schien in der fast aussichtslosen Lage der Kolonie alles zu sein, was sie erreicht hatten. So kamen sie denn auf den Gedanken, sich andere und fruchtbarere Arbeit in einer geistig zuträglichen Umgebung zu suchen. Sie schrieben einen Brief an den Geschäftsführer des Volksbundes für Paraguay, worin Kliewer - im Einvernehmen mit Legiehn - auf die ihm eigene Weise die Zustände in Fernheim blosslegte und beider Zweifel, dort würde noch weiter fruchttragende Arbeit möglich sein zum Ausdruck brachte. Der Oberschulze, der vor der Neuwahl stand, erwäge wie er, seine Kräfte als Lehrer in einer anderen deutschen Siedlung oder in Asunción zur Verfügung zu stellen.

Und doch fühlten sie sich so eng mit Fernheim verbunden, dass sie sich einstweilen nicht dazu entschliessen konnten, den Brief wegzuschicken. Der Oberschulze stellte sich doch wieder zur Verfügung und wurde einstimmig wiedergewählt, nur mit der üblichen Erklärung: "wir sind dagegen" von seiten der wie immer geschlossen vorgehenden Ev. Gemeinde. Und am 18. Oktober erklärte Kliewer auf einer Volksbundversammlung, er hätte sich nicht so scharg über die Neufelder ausdrücken brauchen, womit der Zwischenfall als beigelegt betrachtet wurde. Aber nicht von allen.

Kliewer hatte sich u.a. dahin geäußert, durch solche Geschehnisse würde die völkische Sache geschädigt, und nur die Gegner derselben hätten Grund, sich darüber zu freuen. Nun kam den Neufeldern der Gedanke, was bei einer evtl. Rückwanderung geschehen könnte, ob sie dann nicht mit Schwierigkeiten zu rechnen hätten. Sie stellten nun Forderungen in der Form von 8 Punkten auf. Darauf wurde nicht reagiert. Aus Wut wurde dann ein Plakat geboren, welches am 1. November in der ganzen Kolonie ausgehängt wurde. Kliewer habe kein Recht, im Namen der Russländer aufzutreten, denn er sei Polländer <sic>. Er sei auch kein Doktor, denn seine Dissertation sei nicht zum Druck gekommen. Es sei unverständlich, dass man sich von einem solchen Menschen vorschreiben liesse, was zu tun und nicht zu tun sei.

Obgleich nunmehr der Oberschulze jegliche Aktion in der Öffentlichkeit verboten hatte, erschienen am 8. November doch Antwortplakate, welche gutgemeint, doch ungeschickt verfasst waren. Dazu war es ein taktischer Fehler, wenn Kliewers Freunde ohne sein Mitwissen nun selbst gegen den nachdrucklichen Befehl des Oberschulzen handelten. Kliewer verurteilte darum beide Plakate öffentlich. Die Sache war allmählich auf ein Niveau gekommen, das in der geordneten menschlichen Gesellschaft als geschmacklos und plebejisch bezeichnet zu werden pflegt.

Abgesehen von allem anderen, war Kliewer als russischer Untertan geboren. Die Gruppe hatte ihn noch vor einigen Wochen einstimmig mitgewählt, und die betreffenden deutschen Instanzen hatten die Wahl bereits bestätigt.

Wenn nun am 6. November Kliewer an den Oberschulzen schrieb, die Folgen seiner Nachgiebigkeit begännen sich bereits abzuzeichnen, so hatte er wohl recht. Natürlich ist es leicht, nachträglich festzustellen, man hätte von Anfang an streng vorgehen müssen, weil jede Nachsicht sich einer solchen Mentalität gegenüber schlecht auswirken musste, aber es ist nichtdestoweniger eine feststehende Tatsache. Man hätte auch die schwerwiegendsten wirtschaftlichen Interessen wagen müssen. Denn nun nahm die Sache unvorstellbare Ausmasse an.

Auf der Kolonieversammlung vom 14. November bekam die Neufeldgruppe einen öffentlichen Verweise, der sie aber nicht im geringsten beeindruckte. Legiehn hatte der Versammlung Kliewers Erklärung zu dem Falle vorgelesen, und nun befürchteten sie, dass dieses Dokument ihnen im Falle einer Rückwanderung grosse Unannehmlichkeiten besorgen könne. Neufeld selbst war ja sogar Reichsdeutsche! Darum verlangte sie, dass der Oberschulze es ihnen aushändigen solle, was dieser selbstverständlicherweise nicht tat. Nun wählten sie einen unter Christen nicht sehr gebräuchlichen Weg: sie brachen in das Kolonieamt ein, um es zu stehlen!

Das begehrte Dokument fanden sie nicht; aber dafür den mutlosen Brief an den Geschäftsführer des Volksbundes in Asunción, worin ein so scharfes Urteil über Menschen und Verhältnisse in der Kolonie gefällt worden war. Und das war eine mindestens so wichtige Beute. Auf propagandistisch geschickte Weise verbreiteten sie ihn in der ganzen Kolonie, indem sie sich damit an erster Stelle an die Gegner der deutschen Sache wandten. Pikant wird die Angelegenheit dadurch, dass diese Sache auch ihre Sache war, weil sie ausnahmslos dem Volksbund angehörten. Nie konnten sie sichselbst ein deutlicheres Zeugnis ausstellen, als sie es hier taten! In jeder geordneten Gesellschaft wäre ein solches Vorgehen mit Gefängnisstrafe bestraft worden.

Besonders in der Ev. Gemeinde war die Freude gross; so auch zeigten sich deutschfeindliche Prediger der anderen Gemeinden befriedigt. Endlich schien es eine Handhabe zum Vorgehen zu geben. Ein Mann, der solche Dinge über seine eigene Gemeinschaft an einen Nichtmennoniten schrieb, würde doch wohl nicht auf seinem Posten gehandhabt werden können. U.a. sagte er in diesem Brief, etlichen seiner Gegner sei persönliche Frömmerei wichtiger als das Wohl der Allgemeinheit. Endlich, so sprachen viele ihr Empfinden aus, habe man den beiden Vordermänner die Maske vom Gesicht gerissen. Sogar alte Männer gaben sich die Mühe, den Brief abzuschreiben, überall wurde aufgeregt diskutiert.

Sofort hakte die Gemeinde ein. Neufeld hatte eine Abschrift des Briefes eingeliefert, als er wusste, dass die Predigerkommission bald zusammentreten würde, mit der Mitteilung, der Brief sei bei der Post abgefangen worden. Diese unwahre Vorstellung der Dinge wurde unverzüglich vom Oberschulzen berichtigt. Überhaupt war für Legiehn nun endlich die Zeit der schonenden Geduld vorbei. Obwohl die Spitze nicht gegen ihn gerichtet war, stellte er sich entschlossen neben Kliewer. Sah er doch wohl ein, das auch seine Lage sehr schwer werden dürfte, wenn es gelingen würde, Kliewer zu stürzen. So wohnte er auch den Besprechungen mit den kirchlichen Würdeträgern bei, was auch erwünscht war, da die Sachlichkeit unbedingt einer Stärkung

bedurfte. Die Bemerkung scheint <p. 56> hier angebracht, dass in einer geordneten Gesellschaft zumindest eine Untersuchung durchgeführt worden wäre, auf welchem Wege die Betreffenden in den Besitz des Briefes gelangt wären, bevor man Massnahmen gegen den Verfasser eingeleitet hätte.

Unentwegt verfolgten die konsequenten Antivölkischen das eine Ziel, Kliewer die Nerven verlieren zu lassen. Und das machte die Anwesenheit von Zeugen dringend notwendig.

Am 10. Dezember fand eine streng vertrauliche Besprechung mit der Predigerkommission der M.B.G. statt. Wie immer hatte sie einen sehr einseitigen Verlauf. Es handelte sich wieder um dieselben Beschuldigungen: Kliewer treibe die völkische Arbeit nicht im Geiste Christi, und er untergrabe die Würde und Autorität der Prediger. Der gab dann noch einmal eine kurze Zusammenfassung seiner Auffassung und bat um Beweise für die letzte Behauptung. Diese konnten aber nicht erbracht werden. Anschliessend fragte Kliewer, ob man gegen seine Rechtgläubigkeit etwas einzuwenden habe, worauf noch einmal erklärt wurde, dass man an seiner persönlichen Stellung zu Christus nicht zweifelte. Die Frage erscheint hier angebracht, ob das Arbeiten in einem unchristlichen Geiste nicht automatisch beweisen müsse, dass der Betreffende kein Christ ist, bzw. ob es möglich ist, dass ein Mensch, dessen Einstellung zu Christus nicht bezweifelt wird, denn überhaupt gegen Christi Geist arbeiten könne. Die Geschehnisse im Chaco lassen immer wieder solche Fragen aufkommen. Umso bemerkenswerter war dann der auch schon übliche Schluss der Besprechungen: noch einmal legte man Kliewer nahe, freiwillig aus der Gemeinde auszutreten. Aber warum denn, wenn seine Einstellung zu Christus nicht angezweifelt wurde?

Nach seinem unabänderlichen Nein ging man unbefriedigt auseinander. Man trifft in allen Aktennotizen nicht eine an, die uns einen anderen Verlauf solcher Besprechungen schildert.

Diesmal sind die Notizen nur interessant, insofern sie eine kurze Zusammenfassung der bereits ans Tageslicht getretenen Äusserungen des sich im Auftreten der Jünglinge offenbarenden anarchischen Geistes bringen. Zum ersten Male wurde hier nicht durch die Blume gesprochen. Kliewer sagte: "Sieht man denn nicht, dass man es hier mit einer organisierten bösen Macht zu tun hat, die noch einmal der ganzen Kolonie zum Verhängnis werden kann?" Schon vor 10 Jahre hätten sie gedroht, einige Missionare und N. Siemens anlässlich einer Meinungsverschiedenheit zu verprügeln. Die meisten seien Müssiggänger und Nichtstuer, welche sich um die Gemeinde nicht oder wenig gekümmert hätten. Zum Teil seien sie bewusst gottlos. Zunächst hätten sie sich über Gemeinde und Prediger hinweggesetzt; nun über die völkische Autorität. Viele scheuten sich auch nicht, sich dem Amt gegenüber ähnlich aufzuführen. Offen hätten sie erklärt: "Wenn das Amt gegen sie vorgehen sollte, würden sie den Oberschulzen hoch im Boten aus dem zweiten Stock werfen." Auch mit dem paraguayischen Militär hätten sie des öfters gedroht. (Durch Vermittlung einiger Herren Boldt erreichte des gestohlene Dokument tatsächlich das militärische Zentrum, das Chaco-Fortin Camacho.) Schon vor anderthalb Jahren hätten der Oberschulze und er den Leiter der Gemeinde, Balzer darauf hingewiesen, dass die Prediger mit diesen Herrschaften eines Tages in einer Front stehen würden. Damals hätten sie mitleidig gelächelt, aber heute? Damals hätten sie Kliewer gebeten, vom Volksbund aus erzieherisch auf diese jungen Leute einzuwirken. Auch andere Siedler beschwerten sich dauernd über ihr

Verhalten. Darum habe er 1940 schon einige Male mit ihnen gesprochen. Sie hätten <p. 57> dann Besserung versprochen. Aber ihr Versprechen, sich zu bessern, hätten sie nicht gehalten. Juli 1941 hätten der Oberschulze und er erneut auf sie eingeredet. Er habe immer wieder versucht, sie zur Mitarbeit heranzuziehen. Aber ihr Leiter habe sein Amt als Stützpunktleiter niedergelegt, weil der Bund ihm zu religiös sei; und um den hätten sich alle gesammelt, die er wegen mangelhafter Pflichterfüllung oder Verstöße gegen die Gemeinschaft zur Rede gestellt habe. Jetzt ständen diese Männer schon, wie damals vorausgesagt, mit den Predigern in einer Front. Er aber bitte um Beweise, dass er die Prediger als solche herabgesetzt habe. Er habe sich viermal über die Prediger geäußert und seinen Standpunkt zusammengefasst in der bekannten Ansprache vom 15. Dezember 1940 (s.o.). Ob man von ihm noch eine positivere Stellungnahme erwarten könne? Er fühle sich aber umgekehrt berechtigt, festzustellen, dass an den Gerüchten und Verleumdungen gegen ihn hier und da auch Prediger beteiligt gewesen seien.

Was antworteten die Prediger darauf? Nichts!

Die Schulzenberatung des 16. Dezember erklärte sich mit den Erläuterungen des Oberschulzen vollkommen zufrieden; die am selben Tage stattfindende Stützpunktleiterversammlung mit denen des Volksbundleiters. Da der Brief nicht abgegangen sei, man die derzeitige Mutlosigkeit der beiden Vordermänner verstehe, und sie seitdem den Depression überwunden hätten und sich erneut vertrauensvoll und einsatzbereit erklärt und erwiesen hätten, betrachtete man den ganzen Fall damit als erledigt.

Die Neufeldgruppe forderte aber, Kliewer sollte erklären, dass sie nicht gegen die völkische Sache gearbeitet hätte. Kliewer lehnte glatt ab, weil er das Gegenteil nie behauptet hätte. Es fragt sich, ob das ganz der Tatsache entspricht! Überdies hatte er etwas Ähnliches in seiner der Kolonieversammlung vorgelesenen Erklärung bereits ausgesprochen. Nach vielem Hin- und Herschreiben sprach er dann doch seine grundsätzliche Bereitschaft dazu aus, und darauf meldeten die Neufelder, sie würden sich auf der zum 20. Dezember zusammengerufenen ausserordentlichen Volksbundversammlung, zu der Kliewer seine Funktion zur Verfügung stellte, verteidigen.

Die Versammlung brachte dann die endgültige Niederlage der Neufeldgruppe. Ohne Abstimmung wurde eine weitere Untersuchung abgelehnt, und die Vertrauensfrage wurde dementsprechend beantwortet: 75 von 89 Stimmen sprachen sich für Kliewer aus. Die Neufelder zogen die Konsequenzen und traten aus. Sie wollten versuchen, selbständig dem Bund beizutreten. Am Schluss der Sitzung teilte Kliewer noch mit, dass auf Antrag des Oberschulzen und aus inneren und äusseren Gründen die Volksbundarbeit eingestellt werde. Nur noch die Mitgliederbeiträge wären zu zahlen, und die Deutsche Hilfe würde weiterbestehen.

Als dann noch Neufeld keine befriedigend Erklärung zu dem Diebstahl geben konnte und auch nicht im Stande war, den Brief dorthin zurückzubringen, wohin er gehörte, wurde er von der Amtssitzung wegen Hehlung aus der Kolonie ausgewiesen. Diesem Befehl trotzte er anfänglich; nach einiger Zeit aber verliess er tatsächlich die Kolonie. Er zog nach Friesland.

In der M.B.G. brodelte es inzwischen weiter. Am 27. Dezember teilte der leitende Prediger der

Filiale Philadelphia, H. Friesen, Kliewer mit, er habe sich dem Vorstand dieser Filiale zu stellen. In einem Brief an den Vorstand erklärte er sich dazu bereit, wenn Legiehn als Zeuge zugegen sein dürfe. Am Sylvestertag fand dann eine Besprechung mit den leitenden Predigern G. Balzer und <p. 58> H. Friesen. Schema: wie immer. Das Leitmotiv war diesmal: "Wenn er doch nur einmal vor die Gemeinde und die Prediger hintreten und um Verzeihung bitten würde!" Und auf seine Frange: "Warum? Für mich gibt es nichts Höheres als Christus und das Evangelium. Es gibt keinen Urlaub vom Christentum; es gibt auch keinen Urlaub vom Deutschtum," erhielt er die Antwort, dass "viele sich verletzt und gekränkt fühlen, weil er die deutsche Arbeit nicht im Geiste Christi durchgeführt hat." Schliesslich wurde ihm noch nahegelegt, ob er sich nicht selbst vor der Gemeinde zurückziehen wolle. Ergebnis: Wie immer! - Ihn ausschliessen tat man bei diesem immer wiederholten Versuch, ihn loszuwerden, vielleicht auch darum nicht, weil viele Gemeindemitglieder daraus ebenfalls ihre Konsequenzen gezogen hätten. Die überwältigende Mehrheit der M.B.G. war ja völkisch eingestellt.

Im neuen Jahr wurde die Offensive ohne Unterbrechung und mit unerbittlicher Zähigkeit fortgesetzt. Allmählich riss auch Kliewer die Geduld. Am 4. Januar schrieb er Friesen einen unmissverständlichen Brief, den er ihm jedoch vorsichtshalber nur vorlas. Wir entnehmen: Die Ev. Gemeinde sei nun sehr aktiv geworden. Sie habe gehofft, ihn aus der Kolonie hinauswerfen lassen zu können. Der Lehrer Käthelr müsse seine Aufgabe in der Zentralschule nieder legen, um sich von Kliewer zu distanzieren. Er selbst werde aber erst gehen, wenn Gemeinde und Volksbund sich gegen ihn entscheiden würden. Friesen habe ihm geschrieben: "In der ganzen Arbeit in der völkischen Bewegung, die bis heute getan wurde, ist so wenig die Gesinnung Jesu zu sehen." Kliewer hielt ihm entgegen: "Lieber Mann, wann werdet Ihr endlich begreifen, dass es sich auf völkischem Boden um etwas ganz anderes handelt als um Evangelium und Geist Jesu? Die Forderungen des Volkstums widersprechen nun einam den Forderungen des Evangeliums. Dafür kann ich doch aber nichts?"

"Ich habe als Vertreter der völkischen Sache in Fernheim die Aufgabe, das Volkstum later und rein zu verwirklichen."

"Es ist so schwer, mit den Predigern über all diese Dinge zu reden, weil kaum jemand Hitlers 'Mein Kampf' gelesen hat, und weil sich die meisten Prediger unserer Gemeinde gar nicht an der völkischen Arbeit und an den völkischen Veranstaltungen beteiligen."

"Unsere Predigerschaft ist zu selbstbewusst und hochmütig."

"Ihr sagtet mir letztens, dass ich nur wollte, dass sich alle nach mir richten sollten. Wenn einmal Alfred Rosenberg in unsere Mitte käme, dann würde er hier das beste Beweismaterial für seine Behauptungen gegen das Christentum finden, denn hier kann man am Christentum verzweifeln."

"Ich sehe sehr dunkel in bezug auf unsere Gemeinschaft und kann heute auch nicht mehr gut an eine wirkliche Gesundung glauben."

Diese Sprache war nicht dazu angetan, die am 6. Januar, diesmal auf Kliewers Wunsch - stattfindende Unterredung zu einem Erfolg werden zu lassen. Hier sprach auch nichth mehr das

Streben nach Synthese; hier war im Gegensatz Christentum-Volkstum klar das Letzte gewählt worden.

Während nun die Neufeldgruppe sich in Asunción um selbstständigen Anschluss an den Volksbund bemühte, trat Kliewer seine alljährliche Besuchsreise nach Friesland an, wohl auch in der Hoffnung, endlich mal ein bisschen aus dem Nervenkrieg herzuszu kommen. Schwer wurde er aber enttäuscht.

In Friesland lag die Jugendarbeit sehr im argen. Man hatte sie längst eingestellt, weil man mit den jungen Menschen nichts anzufangen <p. 59> wusste und ganz am Ende war. Ein Teil der Friesländer Jugend trug schon stark die Merkmale des ewigen Fuhrwerks und des Herumliegens in den Häfen; und bereits griff dieser Geist deutlich spürbar in der Kolonie um sich herum. Bei mehreren Gelegenheiten hatte die jüngere Generation sich den Anforderungen der Disziplin gegenüber verständnislos gezeigt.

So verständnislos wie die Jugend diesen Dingen gegenüberstand, so fassungslos standen gewisse Vertreter der kirchlichen Obrigkeit da. Wie war das möglich in einer christlichen Kolonie?

Der Schuldige wurde gefunden. Er hiess Volksbund, und Kliewer war sein Prophet. Also schob der Leiter der Friesländer M.B.G. Foth Kliewer und seinem Volksbunde alle Schuld zu, zunächst ein einem Privatgespräch am 10. Februar 1943, dass es unter der Jugend zu solchen Zersetzungserscheinungen gekommen war. Er habe durch seine vor einem Jahre in einigen Wochen durchgeführte Volksbundarbeit einen sehr ungünstigen Einfluss ausgeübt mit seinen unsauberen und schlechten Volks-, Liebes- und Soldatenliedern.

Auch Prediger Foth und viele, die dachten wie er, wollten heim ins Reich. Aber ihre Ansiedlung im Osten war abhängig vom Sieg der deutschen Waffen! Abgesehen von den Liedern, die ja wohl nicht die Hauptsache gewesen sein werden, ist es recht schwer, sich die Dinge zu einem logischen Ganzen zurechtzulegen. Kliewer antwortete einen Tag später in einem Briefe u.a.: "Ich vertrete ein Deutschtum ohne Abstrich und ohne mennonitische Extrawurst, genau so wie die Gemeinde das Evangelium ohne Abstriche zu vertreten hat."

"Ich bin aus Pflichtbewusstsein zu meinen Brüdern nach Paraguay zurückgekehrt - obwohl mir andere Möglichkeiten offenstanden - , ich setze mich noch täglich für diese meine Brüder ein und habe darum auch ein Recht, auf die Schäden in unserer Mitte hinzuweisen. Das verträgt der Mennonit aber schlecht, weil er durch die Privilegien und Lobhudeleien von ausser verwöhnt worden ist."

Das ist wohl wahr, aber etwas hängt dabei doch auch noch ab von der Art und Weise, wie man es macht.

Wie schlecht sie es übrigens vertragen, würde ihm in etwa einem Jahre schon deutlich werden. Offen bleibt dabei die Frage, wie sie es vertragen hätten, wenn Kliewer mit mehr Takt und Schonung vorgegangen wäre.

“Wieviel Schäden und Auswüchse in unserer Mitte vorhanden sind, weisst Du als Prediger und Lehrer genau so gut wie ich. Wir sind alles andere als Engel. Eine Besserung könnte nur eintreten, wenn wir ungeschminkt auf die Schäden hinweisen. Wehe aber dem, der es tut!”

Ja wehe dem! Aber ungeschminkt kann es manchmal trotzdem noch in anderer Tonart geschehen. Ein solcher Ton - es fällt immer wieder auf - verletzt und reizt; und vieles wäre vermieden worden, wenn Kliewer getan hätte, wozu er sich manchmal zwang: die Wahrheit zu sagen, ohne zu verletzen und zu reizen. Es ist die Pflicht gerade des geistig Überlegenen, Rücksicht auf das sowieso vorhandene Gefühl der Unterlegenheit zu nehmen, Wahrheit zu sagen, ohne Überlegenheit spüren zu lassen.

Um noch einmal auf die Neufelder zurückzukommen: man nahm sie in Asunción nicht an und rügte ihr knabenhaftes und verantwortungsloses Vorgehen gehörig. Auch eine zweite, schriftliche Bitte half nichts, verschlechterte ihre sowieso peinliche Lage nur noch beträchtlich. In ihrem Briefe an den Volksbund vom 5. Februar 1943, <p. 60> der etwa 40 Unterschriften trug, erklärten sie, aus dem russländischen Bund austreten zu müssen. Acht dieser Unterschreibenden waren aber nie Mitglied gewesen, und drei hatten nachweisbar nicht selbst unterschrieben! Es ist ganz klar, dass sie nunmehr endgültig aus dem Volksbund ausgeschlossen wurden. Drohungen und Schimpfwörter (besonders von einem gewissen Warkentin), sowie das Verbreiten des Gerüchtes, das Protokoll der Versammlung vom 20. Dezember sei gefälscht worden, waren die Ursache, dass die Stützpunktleiterversammlung des Bundes die Vertreter der Neufeldgruppe am 27. Februar zu einer Aussprache nicht mehr zulassen wollte, obwohl Kliewer es ihnen erlaubt hatte. Die Wut der sich so vollständig isoliert habenden und sehenden, unüberlegten jungen Männer tobte sich in offenen Gewaltdrohungen aus. Auch die Drohung, an die paraguayische Regierung heranzutreten, um anzuklagen, wurde wieder laut. Das zügellose Verhalten der ausser Rand und Band geratenen jungen Leute nahm solche Ausmasse an, dass Kliewer sich deswegen brieflich an den Oberschulzen wenden musste. Der versuchte dann, auf die ihm eigene bedachtsame Weise zu beruhigen, was auch nicht ganz ohne Auswirkung blieb.

Am 27. April begann die Erfassung derjenigen, welche auch in diesem Stadium des Krieges zur Rückwanderung bereit waren. Bis zum ersten Mai hatte mehr als die Hälfte der Fernheimer Siedler sich dafür ausgesprochen; die anderen Rückwanderungsbereiten erklärten, bis nach Beendigung des Krieges warten zu wollen. Es liegt auf der Hand, dass diese Frage auch die “Aufständischen” bewegte. Sie wussten sich unabhängig vom Bund Rückwanderungsformulare zu verschaffen, und Warkentin lieferte für 50 Mann in Asunción Mitgliedsbeiträge ein, weil - wie er schrieb - “es hier keinen anderen Ausweg gibt”. Doch erneut lehnte der Volksbund entschieden ab. Es sei nach den Statuten nicht möglich, das Betreten dieses Weges zu erlauben, und man lege auch keinen Wert darauf.

Es wäre auch gar nicht notwendig gewesen, sich noch einmal blozustellen; denn der Bund hatte die drei Neufelder, welche sich normal zur Rückwanderung gemeldet hatten, auch normal berücksichtigt. Der Bund hatte sich ja sogar bereit erklärt, ohne auf die politische Einstellung zu achten, gegebenenfalls auch den grössten Gegner in die Rückwanderungsliste aufzunehmen, und ist in der Praxis von diesem Standpunkte auch nachweisbar nie abgewichen.

Ungefähr in der Zeit erhielt die Kolonie wieder Besuch aus Nord-Amerika. Diesmal war es Prof. A. E. Jantzen, und er kam mit dem ganz deutlichen Willen, seinen Einfluss der deutsch-völkischen Sache entgegenzuwerfen - wie man es letzten Endes von einem Nordamerikaner, dessen Land mit Deutschland im Kriege war, nicht anders erwarten konnte. Einigermassen staunen muss man aber trotzdem, weil es sich um ein Auftreten in einer Kolonie handelt, die sich zu wiederholten Malen unaufgefordert offiziell zum Deutschtum im national-sozialistischen Sinne des Wortes bekannt hatte, deren Bewohner zu mehr als 80% den Wunsch zu erkennen gegeben hatten, nach Deutschland zurückzukehren, und deren Siedler mit seltenen Ausnahmen nur darum noch nicht Reichsdeutscher waren, weil sich der Erfüllung dieses Wunsches technische Schwierigkeiten in den Weg stellten. Dass es sich nicht nur um die Wehrlosigkeit handelte, beweisen ja immer wieder die Worte des Besuchers selbst, da er darin auch noch ganz andere Töne schwang. Das nationale, demokratisch-politische Sentiment trat unverhohlen in den Vordergrund. Man ist geneigt, sich die Frage vorzulegen, wie eine solche offene Feindesaktion, welche ganz keck von unter der Kappe der religiösen Brüderlichkeit hervorguckte, etwa in einer nordamerikanischen Umgebung aufgenommen worden wäre.

<p. 61>

Die übernommene Aufgabe war aber für Prof. Jantzen zu schwer. Seine Reden über den verhältnismässig harmlosen Bolschewismus mussten unter diesen mit Angst und Not aus Russland Entronnen ja gerade das Gegenteil auswirken von dem, was er bezweckte. Seine freundliche Ermunterung, gute Paraguayyer zu werden, wurde mit Staunen aufgenommen. Die Deutschbewussten schmunzelten über diese nicht beabsichtigte, aber wirkungsvolle propagandistische Hilfe. So schädigte er auch die Durchführung seines zweitens Anliegens: des Gründens einer Bibelschule, die im stillen als Konkurrenzanstalt für die gefürchtete Zentralschule geplant war, und wofür fleissig Unterschriften gesammelt wurden. Er versuchte allerdings, es ganz diplomatisch zu machen, und erreichte nach einigen Privatgesprächen auch, dass Kliewer die geplante Schule aufs wärmste begrüßte und sie sogar empfahl.

Dann versuchte er, das Schulwesen unter die K.f.K. zu bringen. Das wäre eine Neuigkeit in der Geschichte des Mennonitentums gewesen; eine Neuigkeit, die übrigens inzwischen eingetreten ist. Mennonitische Volks-, Mittle- und Oberschule sind sonst in aller Welt unbekannt, ausser in der Schweiz, wo es im Juragebirge einige mennonitische Volksschule gibt, und in Haarlem/Niederlande wo 2 taufgesinnte Volksschule bestehen. Die colleges in U.S.A. und Kanada setzen mit ihrem Unterricht dort ein, wo der normale, staatlich vorgeschriebene Unterricht bereits abgeschlossen worden ist. Die Grundleiter des Unterrichtswesens in den russländischen Kolonien waren in Preussen in nichtmennonitischen Kreisen ausgebildet, und einer der tonangebenden (Heese) war nichtmennonitischer Herkunft. (Die Familie Heese war im Warthebruch dem Mennonitentum beigetreten). Der Unterricht an und für sich war allgemein deutsch; sogar der Religionsunterricht war nach Form und Inhalt dem deutsch-evangelischen entnommen. Das Schulwesen war anfänglich vom Landwirtschaftlichen Verein organisiert und beaufsichtigt worden, während weitaus die meisten Prediger überhaupt nicht daran interessiert waren und gar nicht selten hemmend wirkten. Der Landwirtschaftliche Verein gab die Sache dann später den Schulräten und Schulkommissionen ab, welche vom Fürsorgekommittee in Odessa ernannt wurden. Diesem Kommittee unterstand das gesamtdeutsche Unterrichtswesen, auch das mennonitische. Nach 1900 glich man sich immer mehr dem russischen Programm an.

Der von Prof. Jantzen unternommene Versuch, der K.f.K. das Unterrichtswesen zu unterstellen, misslang. Als bald wurde auch klar, was eigentlich beabsichtigt worden war. N. Siemens plapperte aus der (neuen) Schule und teilte mit, dass er und andere von Anfang an nichts anderes als eine Konkurrenz-Zentralschule ohne deutsche Erziehung gemeint hätten, dass die ganze Sache auch nur so und nicht anders mit Prof. Jantzen besprochen worden sei. In einem Briefe hätte Jantzen ihm sogar diesbezüglich besondere Anweisungen gegeben! Wie muss der Geschichtler wohl über diese und ähnliche Dinge urteilen? Vielleicht einigen wir uns am besten darauf, indem wir feststellen, dass es eben eine dämonische Zeit war, und dass der Riss zwischen Diesseits und Jenseits eben auch in den von allen Kriegführenden gebrauchten Methoden offenbar geworden ist; auch in den Methoden der mennonitischen Kriegführenden.

Sofort nahm Kliewer seine Erklärung, worin er das vereinbarte Verhältnis Bibelschule-Zentralschule schriftlich festgelegt hatte, in einem Briefe an Jantzen vom 29. August 1943 zurück. Er sprach darin aus, nicht gegen die Gründung einer zweiten Zentralschule zu sein, doch die Erwägungen, welche zu dem Entschluss geführt hatten, ablehnen zu müssen. Die Lehrere an der bestehenden Zentralschule seien alle gläubige Christen und Mennoniten. Noch am vorigen Tage habe er auf der allgemeinen Lehrerkonferenz einen Vortrag über <p. 62> den so wünschenswerten Unterricht in der Mennonitengeschichte gehalten. Er schlug dann vor, eine gemeinsame Erklärung vom Kolonieamt, vom Leiter der Bibelschule und vom Leiter der Zentralschule ausgehen zu lassen, worin festzulegen wäre, dass es sich nicht um Konkurrenz handele, sondern um eine Schule für die Kinder, deren Eltern die bestehende Schule ablehnten. In dem Sinne hatten der uns schon bekannte Lehrer Wilhelm Klassen sich bereits in der Augustnummer des Mennoblattes geäußert. Der Oberschulze war damit einverstanden; die Antwort von seiten des M.C.C. war ein Brief vom Oktober 1943, gerichtet an den Oberschulzen und an den ehemaligen Leiter der K.f.K. Balzer, dessen Inhalt in einem Satz zusammengefasst werden kann: "In der Zentralschule findet weder Gottes Wort, noch das mennonitische Glaubensbekenntnis Berücksichtigung." Damit wurde die Diskussion aus dem Rahmen des unter sachlichen Menschen Übliche herausgehoben und verlor somit jeglichen Sinn. Umsomehr muss man staunen, da doch Kliewers Angebot mehr als grosszügig gewesen war. Dass die Angelegenheit einen anderen Hintergrund als hier angegeben hatte, beweist ja die Tatsache, dass Prof. Jantzen inzwischen in Curitiba beim nordamerikanischen politischen Dienst Bericht über seine Säuberungsarbeit und über die Verhältnisse auch im Chaco erstattete.

Zwangsläufig nahmen die Dinge ihren Lauf. Äusserlich betrachtet schien alles sich normal weiter zu entwickeln. Gerade im Jahre 1943 kam es zu bedeutenden Fortschritten im Unterrichtswesen, indem das Schuljahr von 7 auf 8 Monate gebracht wurde und überdies der wichtige Entschluss fiel, jedes Jahr und nicht mehr jedes zweite Jahr Anfänger für die Volksschule aufzunehmen.

Während Prof. Jantzens Besuch hatte die Neufeldgruppe sich korrekt benommen. Kliewer fand darin Anlass, nochmals die Hand zur Versöhnung zu bieten. Leider hatte auch dieses grosszügige Angebot Gegnern gegenüber, welche sich nach viermaligem Beilegen der Meinungsverschiedenheiten doch immerhin noch allerhand hatten zu schulden kommen lassen, nicht den erwünschten Erfolg.

Auffallend ist die Berichterstattung im Mennoblatt über diesen, wie über alle ähnlichen Besuche

aus dem Norden. Immer hat “die ganze Kolonie” sich gefreut, und haben sie “allen aus dem Herzen gesprochen”. Was soll man dazu sagen? Der Verfasser dieser Berichte hat ebenfalls immer gewusst, dass sie unwahr waren. Spricht daraus eine unverhohlene Verachtung seiner Leserschaft, die sich über ein paar Unwahrheiten mehr oder weniger wohl nicht aufregen wird, obgleich sie fest ausnahmslos den Christennahmen führen?

Die M.B.G. liess nicht locker. Am 9. Juli forderte der “Hauptvorberat” (schon Quiring beanstandete dieses undeutsche Wort in seinem “Deutsche erschliessen den Chaco”) Kliever erneut auf, sich zu verantworten. Zum dritten Male tauchte der Gedanke auf, die Gemeinde zu spalten in eine “völkische” und eine “unvölkische”. Am 7. September versuchte Kliever selbst noch einmal, durch einen Brief an den Leiter der M.B.G. (Balzer) seine Versöhnung nach dieser Richtung vorzubereiten, nachdem einige Prediger ihn wegen mangelhafter völkischer Pflichterfüllung hatten zur Verantwortung ziehen wollen (!!!). Er fragte, ob die völkische Sache nun wirklich an allem Schuld, ob er selbst nun der einzige grosse Sünder sei, oder ob vielleicht alle an allem schuld sein könnten? Eine sehr redliche Frage, möchte man sagen. Wenn man von dieser vernünftigen Voraussetzung ausgegangen wäre, hätte man unbedingt gesündere Verhältnisse herbeiführen können. Vielleicht war sie zu vernünftig; oder hat es zu viele Gegner gegeben, denen es sogar nicht um eine Gesundung zu tun war, sondern die nur Recht und Position behalten wollten?

<p. 62>

Spannung hing in der Luft. Würde die Gelegenheit, Kliever zu beseitigen, ohne dabei die Mehrheit der Siedler zu einer unüberwindlichen Opposition zusammenzutreiben, kommen? Gründe waren bei Neufeldern und Gemeindeautoritäten verschieden. Erstere wollten nur einen ihnen unbequemen Mann, wennmöglich zwei, beseitigen. Bei ihnen lag eine Abneigung gegen Autorität als solche vor, kein ideeller Hintergrund. Die Bedenken von gemeindlicher Seite aber waren zum grössten Teil religiös-traditioneller Art, teils aber bestimmt auch entsprang der Widerstand der Erwägung, dass hier eine als unantastbar betrachtete Berechtigung auf Alleinherrschaft angezweifelt wurde, dass dazu die Männer, welche diesen Anspruch nicht ohne weiters als gottgegeben betrachteten, auch noch fähig waren, dieser ihrer Überzeugung auf kräftige Weise Ausdruck zu verleihen. Minderwertigkeitsgefühle also.

Ohne Zweifel haben etliche ausgeschaut nach einem rettenden Engel. Wenn nicht anders möglich, sollte er eben aus dem Norden kommen, um der deutsche Sache den Todesstoss zu versetzen. Hilfe war von deutsche Seite vorläufig doch nicht mehr zu erwarten. Und all das andere . . . ach, das war schon lange her, dass es sich vielleicht besser lohnte, nach Hilfe von anderer Seite auszuschauen und die frühere zu vergessen.

Es wäre aber ungerecht, den Schein zu wecken, als hätten alle bloss solche heimtückische und minderwertige Gedanken gehegt. Darum zum Schluss dieses traurigen Kapitels ein Beispiel der idealistischen Gesinnung aus den “unvölkischen” Lager. Der Mann, der so sprach, und die, welche dachten wie er, waren ebenfalls bereit, alle Konsequenzen auf sich zu nehmen, weil ihre Sache ihnen heilig war.

Am 7. September 1943 hielt der schon einigemal erwähnte Lehrer Wilhelm Klassen in

Waldesruh eine Redek gegen die Rückkehr nach Deutschland, worin er leider den Fehler machte, bei seiner Feststellung, Deutschland würde den rückwandernden Bauern nichts zu bieten haben, die gewaltigen Änderungen seit 1935 nicht in Betracht zu ziehen. Im Falle eines Sieges - und die ganze Rückwanderung hatte nur einen Sinn, wenn Deutschland siegen würde - hätten die Ostsiedler mit sehr günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen rechnen können . . . allerdings auf Kosten der Wehrlosigkeit.

Er stellte dann fest, dass ein Mennonit keinen einzigen Grund haben könnte, sein eigenes Staatchen zu vertauschen für irgendeinen Staat in der grossen Welt, weil "die Mennoniten unter der Führung Christi allen Völkern weit vorangeeilt sind." "Wäre die ganze Welt so, wir ständen an der Pforte des Tausendjährigen Reiches." Wo in aller Welt - sagte er - lebten die Menschen so friedlich und so glücklich wie die Mennoniten im Chaco; wo hätten sie ein so hohes moralisches Niveau erreicht, ohne Laster, ohne Ehescheidungen, ohne Weltsinn?

Ein glücklicher Mensch, wer es so empfinden kann! Wie schade, dass wir dieses Traumparadies verlassen und wieder in die Niedertracht der Wirklichkeit zurückkehren müssen!

<p. 64>

GEWALTSAME SCHEINLÖSUNG.

Im Frühling 1943 erschien Dr. Schmidt, der schon früher ein Jahr in der Kolonie gewesen war, wieder auf der Bildfläche, und fast zur selben Zeit kam auch der Zahnarzt Klassen aus Nord-Amerika. Beide wollten ein Jahr bleiben, um der Kolonie medizinische Hilfe zu leisten. Dr. Klassen fügte noch hinzu, er wolle die Liebe Christi ausstrahlen.

Wenn auch beide deutscher Herkunft waren, so traten der deutschen Sache hier zwei entschlossene Feinde entgegen, denen die Wehrlosigkeit theoretisch ganzer Ernst gewesen sein möge, deren Herz aber ganz und gar der alliierten Sache zuneigte. Beide waren U.S. Amerikaner, und auch bei ihnen war die Natur eben stärker als die Lehre. Das ist verständlich, genau so wie es verständlich war, dass die Deutschbewussten in Fernheim anders dachten, hofften und wünschten als es die beiden Gäste aus dem Norden taten. Und in diesem Sachverhalt lag von vornherein ein grosser Konfliktstoff, denn die kriegerischen Auseinandersetzungen in der ganzen Welt hatten zu jener Zeit bereits den letzten Zweifel weggenommen, dass es die Absicht der Alliierten war, ihre Feinde ein für allemal und zwar gründlichst zu erledigen.

Es wird in der Welt damals wohl recht wenig Beispiele eines Zusammenlebens gegeben haben, wie es sich in Fernheim in jenen verhängnisvollen Monaten vollzog. Fernheim war eine deutsche Kolonie, das war allen - auch in der Aussenwelt - bekannt. In der Kolonie gab es eine Minderheit, welche sich auf Grund verschiedener Erwägungen von ihrem angestammten Volkstum lossagte; die Kolonie aber wusste sich deutsch und hatte dieses Wissen oft genug ausgesprochen, um jeden Zweifel auszuschalten. Das Gastland Paraguay aber hatte die diplomatischen Beziehungen mit dem deutschen Mutterland abgebrochen, allerdings bloss gezwungen. Es zog denn auch aus diesem offiziellen Bruch keine Konsequenzen, traf nur die Massnahmen, welche es nicht unterlassen konnte, ohne aufzufallen und in Schwierigkeiten zu

geraten. Die deutschen Kolonisten im Lande liess man vollständig in Ruhe, so lange es ging.

Mitten im Hoheitsgebiete eines (Schein) Verbündeten hielten die beiden Ärzte sich also doch in Feindesland auf. Unter sotanen Umständen konnte nur Friede herrschen, wenn man beiderseits festen Willens war, über die offizielle Feindschaft hinaus Brüder in Christo zu sein und in seinem Namen über Krieg und politische Gegensätze zu schweigen.

So schien das Verhältnis sich auch zu entwickeln. Im ersten Gespräch mit Legiehn erklärte Klassen, es sei ganz normal, dass es in der Kolonie zwei Parteien bzw. politische Richtungen gebe; dem sei in aller Welt so, und es bilde keinen Grund, sich darüber aufzuregen. Aber Kliever und Legiehn waren misstrauisch. Sie waren nicht <p. 65> davon überzeugt, dass diese zur Schau getragene Duldsamkeit mehr als ein Versuch war, an die völkische Gruppe heranzukommen. Hatten sie dazu Grund?

Klassen kam im Oktober 1943 und Dr. Schmidt ein paar Wochen später. Praktisch sofort nachdem sie in Fernheim eingetroffen waren, nahmen sie den Kontakt mit der Ev. Gemeinde auf, und bald kam es zu regen Besprechungen. Dann dauerte es auch schon nicht mehr lange, bis Klassen die Parole ausgab, "es gäbe in der Kolonie zwei Männer zu viel."

Es lag auf der Hand, dass diese Zwei damit Erinnerungen verganden. Als Schmidt im September 1942 nach seinem ersten einjährigen Aufenthalt Fernheim verlassen hatte, hatter er ganz offen zum Boykott der Zentralschule aufgefordert, mit der Begründung, die Schule gäbe zwar eine gute Bildung, doch in ihr würden nur Gangster erzogen. Sowohl er als auch Vernon Schmidt, der nach dem Chaco gekommen war, um Wege zu bauen, hatten sich auf die Seite der Gegner der völkischen Bewegung gestellt, weil diese Seite mennonitischer sei. Vernon Schmidt, an und für sich keine bedeutende Persönlichkeit, hatte der amerikanischen Gesandtschaft laufend Berichte über die völkische Arbeit erstattet. Diese Arbeit war zwar vollständig legal, doch wurde von ihm als "Nazipropaganda der fünften Kolonne" bezeichnet, 1942). In Friesland hatte er Rücktritt aus dem Volksbunde und Rücknahme des Rückwanderungsgesuches gefordert. In Asunción hatte er unter den deutschen Mennoniten Karten für die von der amerikanischen Gesandtschaft ausgehenden Propagandafilme ausgeteilt. Beamten des nordamerikanischen Propagandaministeriums hatten auf seine Veranlassung photographische und Filmaufnahmen in Fernheim gemacht. Dann hatte er die amerikanischen Propaganda- und Kriegsfilme in die Kolonie gebracht. Er war also ein offen kriegsführender Mennonit, wie es fast alle in den vergangenen Kriegsjahren gewesen sind.

Prof. Jantzen hatte offen zur Assimilierung geraten. Immer wieder hatten Nord-Amerikaner gedroht, die Kolonie auf die schwarze Liste zu bringen, wenn sie sich nicht in die deutsch feindliche Front einreichte.

Die M.C.C. Hilfe für die Zentralschule war längst eingestellt worden, weil die Schule nicht-mennonitisch sei. Das M.C.C. forderte, "dass die Kolonie sich kollektiv auf den Boden der Wehrlosigkeit stellen sollte," trotz der Tatsache, dass in Nord-Amerika die Hälfte der Kinder den Weg in die Gemeinde nicht gefunden und von den restlichen noch etwa 40% freiwillig die Waffen aufgenommen hatten: Trota der Tatsache also, dass man da vor derselben Problematik

stand, stellte man der Kolonie eine solche schroffe Forderung.

War es angesichts all dieser Tatsachen nicht logisch, anzunehmen, dass auch hier national Sentimente über das M.C.C. Prinzip: "Hilfe ohne Unterschied zu machen in Rasse, Politik oder Glaubensbekenntnis" bereits überhand genommen hatte? Standen z.B. nicht auch Dr. Schmidts Brüder in Waffen?

<p. 66>

Sicherlich darf man nicht bezweifeln, dass aufrichtige Männer im M.C.C. mit allen Mitteln versucht haben, ihr edles Prinzip auch während des Krieges aufrecht zu erhalten. Das ist - auch in Fernheim - immer wieder unter Beweis gestellt worden. Aber keine Regierung eines kriegführenden Staates wird es einer Organisation in ihrem Lande erlauben, Hilfe zu leisten und Beziehungen zu pflegen, welche ihre Kriegszielen zuwiderlaufen. Sie wird eine klar-national Stellungnahme gebieterisch fordern, und muss das auch tun, weil der Mensch eben Bürger zweier Welten ist und der Staat sich seiner Interessen in dieser Welt um seiner Bürger willen anzunehmen hat. Auch wenn sie innerlich nicht zu der Sache der demokratischen Vereinigten Staaten gestanden hätten, hätten sie doch nur weiterarbeiten können, indem sie den Forderungen dieses kriegführenden Staates voll und ganz Rechnung getragen hätten. Sie konnten nicht nationalitätsloser Mennonit sein, weil der Staat sie zwingen musste, gute Staatsbürger zu sein und zumindest indirekt einer Sache zu dienen, auch wenn und insofern sie nicht die ihrige war. Sie mussten aber immer damit rechnen, dieser Sache unter keiner Bedingung zuwiderhandeln zu dürfen, und wenn es das Mennonitentum gefordert hätte. Auch in U.S.A. und Kanada ist der Widerspruch zwischen den Forderungen dieser Welt und denen des Gottesreiches, wenn man beide ganz ernst nimmt, unlösbar, und wird es in stark steigendem Umfange werden! Bürger zweier Welten!

Beim Fassen seiner Beschlüsse war das M.C.C. abhängig von den Berichten seiner Arbeiter. Und darunter gab es mehreren, die es nicht, wie andere, verstanden, den kriegerischen Parteigeist auszuschalten und objektive, dienende Brüder in Christo zu bleiben, auch da, wo die Brüder, denen man dienen wollte, durch die der Weltgeschichte innewohnende Tragik zu Feinden geworden waren. Die beiden Hiebert, Yoder, Fast, Miller und andere waren stets bestrebt, beide Seiten zu hören und zu verstehen. Ist man wehrlos, so ist das auch das einzig Mögliche. Ein wehrloser Mennonit ist weder Sieger, noch Besiegter. Für ihn gibt es - vom sittlich-religiösen Standpunkte aus - zwischen Siegern und Besiegten keinen Unterschied, weil beide dieselbe Todsünde betrieben haben. In dieser Hinsicht kann bei der heutigen Weltlage nicht lange mehr Unklarheit herrschen, weil voraussichtlich keine Regierung der Welt es bei einer evtl. neuen Auseinandersetzung irgendeinem Untertan noch erlauben wird, um die Tatsachen herumzugehen. Das M.C.C., das den Kolonisten 1930 mit Verpflegung, haus- und landwirtschaftlicher Ausrüstung geholfen hatte, das wiederholt Kleiderspenden geschickt, Spenden für Notleidende und für das Krankenaus zur Verfügung gestellt hatte, befand sich jetzt in einer schwierigen Lage. Man konnte nur weiterarbeiten, wenn man sich zu den Kriegszwecken der U.S.A. und Kanada bekante . . . was ja an und für sich nicht gut möglich war, da man auf der Grundlage der Wehrlosigkeit stehen wollte und demzufolge keine Kriegsziele hatte. Man hatte der Kolonie auch während des Krieges stets erneut geholfen, obschon man wusste, dass sie sich als Kolonie ganz offen deutsch im nationalsozialistischen Sinne des Wortes erklärt hatte, wenn man auch an und

für sich der kleinen Gruppe der Andersdenkenden keine Schwierigkeiten in den Weg legte. Auf Grund von politischen gefärbten Berichten hatte man weitere Hilfe für die <p. 67> Zentralschule verweigert. Die Kolonie aber wollte man nicht fallen lassen; sie war nebenbei ja mit silbernen Ketten mit dem M.C.C. verbunden. So sah der gordische Knoten aus, und der war gar nicht so leicht zu lösen.

Kamen in diesem Stadium des Krieges Nord-Amerikaner ins Ausland, so muss man einfach annehmen, dass ihnen die Erlaubnis zum Reisen nur zuteil geworden war, weil der vorzüglich informierte politische Dienst der Nord-Amerikaner gegen ihre Gesinnung nichts einzuwenden, sondern will man im Gegenteil volles Vertrauen zu ihnen hatte, vielleicht sogar etwas von ihnen erwarten zu können glaubte. Diese Annahme findet in dem vorliegenden Falle eine starke Stütze in den Tatsachen.

Schon Weihnachten herum wusste Klassen zu erzählen, Kliewer würde im kommenden Jahre nicht mehr in der Zentralschule arbeiten. Das klang schon drohend genug.

Gerade um die Zeit aber hatte Kliewer andere Sorgen. Seine Frau war nämlich sehr schwer krank geworden. Übermäßig hatte sie sich angestrengt, um durch geistig-kulturelle und allgemeine Erziehungsarbeit das Niveau zu heben. Das erschlaffende Klima war ihr dabei schlecht bekommen. Aufgerieben hatte sie sich aber im zermürbenden Kampfe, den sie mit ihrem Manne zusammen in der völkischen Arbeit ausgetragen hatte. Besonders die Kinder- und Jugendfrage war ihr sehr zu Herzen gegangen, und sie machte kein Hehl daraus, dass sie die Fernheimer Einstellung der heranwachsenden Generation gegenüber als eine seelische Vergewaltigung empfand. Gelitten hatte sie unter dem gewissen Hange nach bewusster Primitivität eines bestimmten Teiles der Bevölkerung, worunter es auch Prediger gab. Man hatte sie im allgemeinen sehr gerne und spricht noch heute fast ohne Ausnahme mit grosser Ehrfurcht über sie; sie trat vielleicht auch nicht so auffällig in die Schranken wie ihr sich leider nicht immer genug mässiger Mann; aber fest steht, dass sie all diese Dinge zumindest so schmerzlich empfunden hat wie er. Ihr Abscheu, dem in gewissen Kreisen herrschenden Ungeiste gegenüber, ist der Wurm gewesen, der so lange an ihrer Widerstandskraft nagte, bis sie zusammenbrechen musste. Wie unsagbar diese Frau in dem erbarmungslosen Nervenkrieg, den man gegen ihren Mann führte, gelitten hat, get aus den sparsamen Notizen hervor, welche von ihrer Hand aus jener Zeit erhalten geblieben sind.

Eine Typhusinfektion brachte ihr ein wochenlanges, schweres Leiden. Das mutig getragene Kranksein wurde verklärt durch die ruhige Gewissheit eines festen Christusglaubens. Ganz bewusse ging sie ins finstere Tal hinein, weil es für sie nicht mehr finster, sondern hell und klar war. Leider wurde das Ende sehr erschwert durch das politische Missverhältnis zwischen Dr. Schmidt und ihrem Manne. Es ist dem Arzt nicht gelungen, seine politischen Sentimente vor ihr zu verbergen. Das machte die letzten Tage besonders schwer, arber nahm ihr nicht die feste Zuversicht eines Menschenkindes, das in der Überzeugung stirbt, den guten <p. 68> Kampf gekämpft zu haben.

Am Heiligen Abend befreite dann der Allmächtige sie von ihrem mühevollen Ringen mit dem Tode, auch von ihrem Leiden am Menschen, wie sie ihn in Fernhem kenngelernt hatte. Schier

ganz Fernheim trauerte, nur einige pietätlose frohlockten. Bezeichnend für diese überall in der Welt, auch in Fernheim, unausrottbare Pietätlosigkeit ist ein kleiner Zwischenfall, welcher mit der Beerdigung verbunden war. Der Lehrer-Prediger Peter Klassen hielt die Predigt und wurde am Schluss seiner eindrucksvollen Worte von seinen Gefühlen so mitgerissen, dass er - einfach als Reflexbewegung - zum Abschied die rechte Hand zum Gruss hob. Sofort wurde er deswegen zur Verantwortung gezogen!

Den Gipfel der Lieblosigkeit erreichte aber das Mennoblatt. Während das Blatt, sogar wenn es sich um den Tod eines kleinen Kindes handelte, lange Berichte aufzunehmen pflegte, weigerte Siemens sich, für einen Nachruf, in welcher Form auch, in diesem Falle Raum zur Verfügung zu stellen. Diese Tatsache möge kommentarlos wiedergegeben werden und für sich selbst reden.

Dr. Schmidt hatte sich, als Frau Kliewer gestorben war, mit dem Gatten neben den entseelten Körper hingesezt und betete um Gottes Hilfe für die drei Halbweisen und um Trost für den schwer getroffenen Vater. Auch seine Hilfe bot er an. Es sollte aber ganz anders kommen. Die Ereignisse führten bald dazu, dass auch durch sein Vorgehen aus Halbweisen Vollweisen wurden, indem auch noch der Vater gezwungen wurde, seine Kinder für lange Zeit zu verlassen.

Unbarmherzigkeit achtet auf seelische Erschütterungen in der Hitze des Kampfes nicht, so lange der Gegner nicht zur Strecke gebracht ist. Ohne Unterbrechung ging der Kampf weiter. Ob der schwere Schlag Kliewers kämpferischen Widerstand und Willen nicht gebrochen haben würde?

In der M.B.G. offenbarte sich eine Strömung, welche sich organisatorisch mit der nordamerikanischen M.B.G. zusammenschliessen wollte. Man steht am Anfang dieses Strebens vor einem Rätsel. Die Fernheimer behaupteten nämlich, die Friesländer hätten diesen Schritt bereits getan, während die Friesländer versichern, die Fernheimer seien ihnen schon vorangegangen. Beides stimmt mit den Tatsachen nicht überein.

Nicht ohne Humor ist die Begründung, welche die Völkischen in der Gemeinde anführten, um diese Zusammenschluss abzulehnen. Mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande, so argumentierte man da, könne man sich das nicht leisten. Die Paraguayayer seien so anti-nordamerikanisch eingestellt, dass eine solche Tat einen sehr ungünstigen Eindruck machen müsse.

Die Behauptung scheint lächerlich, denn Paraguay hatte ja die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abgebrochen und wurde etwas später sogar gezwungen, den Krieg zu erklären. Aber dass die Paraguayayer das nur taten, weil <p. 69> sie eben nicht anders konnten, beweist folgendes Ereignis: als die deutschen diplomatischen Vertreter das Land verliessen, trat auf dem Flugplatz ein honer paraguayischer Offizier auf den Konsul Kesting zu und heftete ihm einen hohen Orden auf die Brust, den er von seiner eigenen Brust genommen hatte, dies unter lebhaft zum Ausdruck gebrachter Einstimmung der übrigen anwesenden Paraguayayer!

Ob nun auf Grund dieser Erwägung oder aus anderen Gründen, auf alle Fälle lehnte die Mehrheit ab. Diese Ablehnung scheint den Leiter der Friesländer M.B.G. Lehrer-Prediger K. Foth gereizt zu haben, denn er machte sich in einem "offenen Wort an die M.B.G. in der Kolonie Friesland"

über Volksbundleiter Kliewer her (16. Januar 1944). Ein paar Zitate mögen den Inhalt dieses Dokumentes für die Geschichte festhalten.

Kliewer ist ein "Demas, der die Welt liebgewonnen hat." Was das bedeutet? "Gemeinde und Welt sind nun eben Gegesätze wie Licht und Finsternis, oder Tag und Nacht. Wo Licht ist, muss die Finsternis weichen, und wo die Nacht kommt, muss der Tag weichen. Hier geht es nun um geistliche Dinge, und diese müssen geistlich gesehen werden. Es ist nun die Aufgabe des guten Heiligen Geistes, jedem wiedergeborenen Gotteskind ein feines Gemerk für Weltsinn und Christussinn zu vermitteln."

Der Ausdruck ist nicht glücklich gewählt; uns steht es nicht zu, festzustellen, welche "die Aufgaben" des Heiligen Geistes sind. Aber es ist deutlich, was hier gemeint ist.

"Dieses Gemerk kann durch ein Liebäugeln mit der Welt verlorengehen." Kliewers Reformgedanken wurden von denen, welche, "des althergebrachten mennonitischen, biblischen Sinnes überdrüssig geworden waren," augenommen.

Zum Teil, ja; aber wieviele andere gab es! Und wieviele von den hier gerügten "Mennoniten" gab es unter seinen Gegnern!

"Er verstand es auch geschickt, seine wirklichen Absichten zu verbergen. Bei genauerer Prüfung seines eingeschlagenen Weges durfte es nun nicht mehr schwer fallen, ihn als einen Demas, der die Welt liebgewonnen hat, ansehen zu müssen; denn es tut nicht genug, unter schönen Themen von dem Evangelium zu reden und mit der Tat dieses Evangelium umprägen und dem weltlichen Sinn angemessen machen zu wollen."

Kliewer als Siegfried mit der Tarnkappe! Hätte er die Kunst bloss verstanden, er hätte sich viele und grosse Schwierigkeiten ersparen können! Ganz im Gegenteil versteht er es viel zu wenig, seine Gefühle zu verbergen bzw. seine Worte so zu wählen, dass der eigentliche Sinn in gemilderter Form dargeboten wird. Er ist ein richtiger Deutscher, das heisst ein schlechter Diplomat, und Mangel an Diplomatie trägt dem aufrichtigen Menschen viel mehr Feindschaft ein, als es Mangel an Aufrichtigkeit einem <p. 70> geschickten Diplomaten tut. Die ganze Weltgeschichte ist da, um es zu beweisen; und im kleinen bewiesen es die Ereignisse während der Kriegsjahre in Fernheim.

Kliewer habe festgestellt: "Es gibt überhaupt keine christliche Erziehung."

Dies ist ein Misverständnis. Er hatte ausgeführt, dass kein Mensch einen anderen Menschen zum Christen machen könne, weil eine Bekehrung nur vom Heiligen Geiste gewirkt werden kann.

Weiter habe Kliewer behauptet, die Prediger und überhaupt der mennonitische geistliche Vorstand seien Feinde der Zivilisation - ja, auch Feinde der Kultur.

Sorgfältige Prüfung aller Akten, Dokumente, Vorträge, Ansprachen u.s.w. ergibt folgendes Resultat. Kliewer hat alle Stellen in der Urschrift, worin er von "den Predigern" spricht, bevore er

sie in der Öffentlichkeit aussprach, umgearbeitet, und zwar in dem Sinne, dass er nie anders als von "einigen Predigern" oder "mehreren Predigern" gesprochen hat. Und auch in diesen mildereren Ausdrücken hat er kein einziges Mal von Predigern als von Kultur- und Zivilisationsfeinden gesprochen, nicht einmal da, wo er es bestimmt gedacht hat, und wo er auch mehr als genug Grund hatte, es zu denken. Denn - hier ist kein Zweifel möglich - es gibt mennonitische Prediger, denen diese Bezeichnung gar keine Beleidigung, eher das Gegenteil ist. Und es gibt auch Prediger, die sich über dieses Prädikat aufregen, während sie mehr als genug Grund hätten, die Hand in den eigenen Busen zu stecken.

In dem Brief an den Volksbund (gemeint ist der aus dem Amt gestohlene Brief) "offenbart er sein wahres Gesicht."

Wie gut, dass dieser Brief geschrieben worden ist. Vielleicht hätte man sonst bis auf den heutigen Tag durch die Maske hindurch nicht das wahre Gesicht zu schauen vermocht und hätte demzufolge immer noch gedacht, Kliewer sei der glückliche Eigentümer eines ehrlichen Mennonitengesichtes!

Foth fasst dann seine Bedenken in einigen Punkten zusammen:

1. Kliewer hat das Betreiben seiner Arbeit auf Kosten der Gemeinde getan.
2. Die Folge ist eine grenzenlose Verwirrung unter der Jugend gewesen:
 - a. Der gläubige Teil musste sich dadurch über Gemeindegarbeit erhaben fühlen.
 - b. Und der ungläubige Teil wird die Bekehrung als überflüssig ansehen, da kein Unterschied bestehen soll.
3. Kliewers Stellung zum Liede ist abzulehnen.
4. Dasselbt gilt in bezug auf den Tanz.
5. Die Gesinnung der Prediger gegenüber ist unchristlich, da er sie wiederholt gezeißelt habe.

Gezeißelt hat Kliewer in der Öffentlichkeit nicht, wohl z.B. in Privatbriefen oder in Privatgesprächen.

<p. 71>

Aber auch eine Geißelung soll uns Anlass zur Selbstprüfung sein; es ist ja immerhin möglich, dass wir sie verdient haben. Auch Prediger sind Menschen; und wenn es mit Predigern - gerade mit Predigern - so weit gekommen ist, dass die Kritik fürchten, so sollen sie ihr heiliges Amt lieber niederlegen, weil sie eine der wichtigsten christlichen Tugenden, die Demut, entbehren. Allerdings - das muss gerade hier noch einmal wieder gesagt werden - es liegt viel daran, welchen Triebfedern die Kritik entspringt, und in welchem Geiste sie ausgesprochen wird. Und eben der Ton, der ja bekanntlich die Musik macht, wird manchman Zweifel erregt haben, ob mit Geiste und Triebfedern alles in Ordnung gewesen ist. Abgesehen von Augenblicken der Erbitterung, ist es damit bestimmt meistens in Ordnung gewesen; aber der Zweifel war da, und das hat alles so unendlich viel schwieriger gemacht.

Kliewer habe behauptet, so fährt Foth fort, dass Wühlen bestimmter Prediger gegen völkische Autorität und Arbeit könne die Rückwanderung gefährden. Aber - so schreibt und so sprach Foth

- wie wäre das möglich? Wir alle wollen ja rückwandern; also werden wir auch rückwandern!

Ob diese Logik den deutschen Machthabern ohne weiters eingegangen wäre?

Foth sagt dann: "So lange das Deutsche Reich in Hitler seinen Führer hat, brauchen wir in Glaubenssachen keine Befürchtungen zu hegen."

Kliwer bezeichnete diesen Satz, an dessen Richtigkeit man, was die Wehrlosigkeit betrifft, sicher mit Grund zweifeln kann, als Rückversicherung für den Fall eines deutschen Sieges. Ob er recht hat, ist schwer festzustellen.

"Es wurde in die Gemeindestunde ein Geist getragen, der in direktem Widerspruch mit der Heiligen Schrift steht. Das ist der Geist, der nicht nur ein Nichtverstehenwollen des Bruders aufkommen lässt, sondern wo dieses Nichtverstehen zu Bruderhass gesteigert sind."

Es ist eine Verkennung der Tatsachen, Kliwer die ganze Verantwortung für die häufig auftretende Verstimmung und gar für den Bruderhass zuschieben zu wollen. Eher möge erinnert werden an Kliwers Vorschlag, sich gemeinsam auf die Sünderbank zu setzen. Dieser Vorschlag spricht gewiss von einem evangelischerem Geiste als eine Behauptung, welche von Hochmut nicht frei ist.

Es muss eine "Grenze zwischen Gläubigen und Ungläubigen bestehen. Jeder gesellige, intime Verkehr mit Ungläubigen muss abgeschnitten werden."

Dieser Satz ist ein scharfes Urteil über alle Mennoniten, welche nicht in strengster Abgeschlossenheit nur unter sich leben. Er macht ein völkisches Zusammenleben einfach mit einem Federstrich unmöglich. Keine Volksgemeinschaft <p. 72> der Welt wird Menschen, welche so denken, als vollberechtigte Volksgenossen in ihre Mitte aufnehmen können oder wollen. Und warum will man denn überhaupt rückwandern? Das würde ja eine Rückkehr in die Welt bedeuten. Stärker noch: bei konsequenter Befolgung dieses Rates würden unsere Kolonie einfach aufgelöst werden müssen, und es müssten immer neue Trennungen erfolgen, da immerhin Meinungsverschiedenheiten möglich sind über die Frage, was denn eigentlich gläubig und ungläubig ist. Die Geschichte bringt auch hier die Belege, denn hier steht abermals die Gemeinde ohne Flecken und Runzel vor uns, die soviel über unsere Gemeinschaft gebracht hat, deren Folgerscheinung ein Zustand gewesen ist, worin es keinen Führer gegeben hat, der nicht früher oder später in den Bann getan wurde.

Das Schlusswort ist eine Ermahnung, Busse zu tun und sich zu beugen, wozu Foth sich willig erklärt. Und bei allem Respekt vor der Meinung des Bruders kann man nicht umhin, festzustellen, dass dies der beste Teil seiner Auseinandersetzung ist. Nun hier steht er wirklich stark; in allen anderen Stücken fehlt die Hauptbedingung, nämlich Selbstkritik.

Wenige Wochen nach dem Hinscheiden seiner Gattin wurde Kliwer davon in Kenntnis gesetzt. Allerdings weigerte Foth sich, ihm das Manuskript zur Verfügung zu stellen. Warum?

Das Gewitter zog sich zusammen. Legiehn war mittlerweile mit dem Zahnarzt Klassen in Konflikt geraten. Was war geschehen?

Klassen hatte sich einen Assistenten gesucht und glaubte, den in der Person des Jakob Isaak Neufeld gefunden zu haben. Dieser zu der Neufeldgruppe gehörende Junge Mann erfreute sich nicht der allgemeinen Hochachtung. Sogar aus der Mitte seiner eigenen Gruppe liegen schriftliche Äusserungen vor, welche ihm als einen Menschen bezeichnen, welchen man "fürchten" muss, weil er "der gefährlichste der ganzen (Fernheimer) Gesellschaft ist."

Der Assistent des Zahnarztes war aber in dieser Funktion Koloniarbeiter, und Amt und Krankenhauskomitee lehnten ihn einstimmig und vorbehaltlos ab. Klassen jedoch wollte ihn nicht fallen lassen, und als die amtlichen Instanzen nicht nachgaben, setzte er ihn als seinen persönlichen Assistenten ein. Vielleicht liegt in den nun zu beschreibenden Ereignissen die Erklärung dieses steifen Beharrens bei einer verwunderlichen Wahl. Jedenfalls muss festgestellt werden, dass Klassen besonders Legiehn die Weigerung sehr übelgenommen hat.

Nicht lange nachher bereiste Klassen mit dem nordamerikanischen Militärattache die Kolonie. Dieser forderte bei der Gelegenheit die Ausweisung von Kliewer und Legiehn. Die Paraguayer aber lehnten ab. Die im Chaco stationierten Offiziere waren mit beiden persönlich sehr gut bekannt <p. 73> und waren zu dieser Massnahme nicht im geringsten geneigt. Die Idee aber war da, und es war kein Geheimnis, wer sich damit trug. Die Frage war bloss, ob der richtige Anlass sich noch während des Chacoaufenthaltes der beiden Ärzte bieten würde. Die Spannung stieg. Würde es zur Entscheidung kommen?

Es kam zur Entscheidung, und zwar wurde sie herbeigeführt von einem bis dahin noch nicht in Erscheinung getretenen Elemente in der Abwehrfront. Es handelt sich um einen von der paraguayischer Polizei wegen schwerer wirtschaftlicher Vergehen gesuchten Mann namens Abram Martens.

Am 16. Februar 1944 kam Martens Hals über Kopf aus Asunción heimgereist. Schon einen Tag später hatte er eine eingehende Besprechung mit Klassen, und bald danach kamen die ersten Gerüchte: Martens sei mit wichtigen Nachrichten aus Asunción zurückgekommen. Der Oberschulze Legiehn befand sich auch da, und Martens habe entdeckt, was der in seinem Schilde führe. Das war, Martensens Mitteilungen zufolge, nicht viel Gutes. Der Oberschulze sei nach der Hauptstadt gefahren, um das Aufstellen neuer Statuten für die Genossenschaft durchzuführen. Aber in Wirklichkeit handele es sich um etwas ganz anderes: er habe sich von der paraguayischen Regierung zum Kommissar aller Mennonitenkolonien in Paraguay einsetzen lassen. Er sei dabei, sich unbeschränkte Vollmachten über alles bewegliche und unbewegliche Vermögen der Siedler zu verschaffen. Er, Martens, habe sich zeitweilig ein Exemplar der neuen Statuten zu verschaffen gewusst und habe sie von einem paraguayischen Rechtsanwalt überprüfen lassen. Die Einführung würde das Ende aller bürgerlichen Freiheiten der Fernheimer mit sich bringen.

Martens stand ungünstig bekannt. Seine Skrupellosigkeit im Geschäftsleben war berüchtigt. Er hatte letzten Endes weit ausserhalb der Kolonie, in Camacho, einen Laden gründen müssen, und

da war es so weit gekommen, dass das militärische Kommando die Fernheimer Genossenschaft gebeten hatte, ebenda eine Filiale zu gründen, weil man mit Martens nicht mehr handeln wollte. Diese Filiale nahm Martens den Wind aus den Segeln, und dies hatte er dem Oberschulzen nie verzeihen können. Von dem Augenblicke an wartete er auf seine Gelegenheit, sich zu rächen. Er kannte die Verhältnisse in der Kolonie sehr gut - sie waren ja auch keinem ein Geheimnis - und wusste sie, wie wir sehen werden, ausserordentlich geschickt auszunützen.

Nun beeilte er sich, Stimmung zu machen, bevor der Oberschulz, der am 23. erwartet wurde, zu rückgekehrt sein würde. Bei Klassen kam er allerdings nicht durch. Der wusste wohl, dass Martens in der Kolonie mit zu wenig Anhängern rechnen konnte, und ihm wird es auch klar gewesen sein, dass die ganze Aufregung alsbald von den Tatsachens widerlegt werden musste. Würde Martens tatsächlich vor aller Öffentlichkeit entlarvt, denn müsste das Legiehns Position ungemein stärken, und er, Klassen, wäre weiter vom Ziele als zuvor. Er erklärte also, Abram Martens gehe ihn nichts an.

<p. 74>

Am 19. Februar erschien dann Martens "Aufruf" an die Bevölkerung der Kolonie Fernheim, worin er die Siedler "aufklärte" über das "Spiel, das mit ihnen gespielt wurde." Er forderte, dass der Oberschulze und die Kooperativverwaltung gestürzt werden sollten. Der entscheidende Angriff hatte angefangen. Leider ist nicht ein Exemplar dieses historischen Dokuments mehr aufzufinden; wohl ist noch ein anderes vorhanden, das mehr oder weniger eine Wiederholung des Aufrufes ist, und worauf wir noch zu sprechen kommen.

Man fand das Dokument in den Postfächern. Es war gerichtet and die Dorfschulzen und an . . . die Prediger der Ev. Gemeinde! Es ist fall all zu durchsichtig, um noch ernst genommen werden zu können, aber es wurde bitterer Ernst. Die Bezugnahme auf noch nicht der Öffentlichkeit zugängliche Verwaltungsdokumente in einem auf solche Weise verbreiteten Aufruf wäre ihm in jedem geordneten Staatswesen zum Verhängnis geworden. In Fernheim aber, das weder klare Formen, noch eine unzweideutige Einteilung der Rechte und Pflichten kennt, wo besonders die kirchliche Obrigkeit noch auf viele Gebiete hinübergreift, auf denen die historische Notwendigkeit sie in Russland längst zurückgewiesen hatte, fragte es sich bloss, ob er es geschickt genug getan haben würde. Naturgemäss ist alles in einem solchen Gemeinwesen unberechenbar.

Jahrelang nun schon hatte die Kolonie keine Ruhe gekannt. Eigentlich waren die Zustände nur einigermaßen stabil gewesen, solange die Siedler zu viel zu tun hatten mit dem Bewältigen der ungeahnten Schwierigkeiten in der Anfangszeit. Seitdem war immer etwas "los gewesen." Einmal schon war sie dem Untergange sehr nahe gewesen, nämlich als die schweren Kämpfe um die Abwanderung tobten (1936-37). Wirtschaftlich lebte man fast ununterbrochen am Rande des gerade noch Tragbaren. Die Auseinandersetzung in der völkischen Angelegenheit hatten schon 1940 zu einem endgültigen Ergebnis geführt, das zu wiederholten Malen von allen Instanzen der Kolonie und von der Kolonie selbst mit überwältigender Mehrheit als Tatsache anerkannt und als Grundlage für Fernheims Weiterentwicklung festgelegt worden war; doch eine verhältnismässig kleine Gruppe missachtete dies ständig und stiftete immer erneut Unruhe. Sogar das völlige

Einstellen der völkischen Arbeit hatte dem kein Ziel zu setzen vermocht.

Eine Gruppe leichtfertiger und noch nicht verantwortungsbewusster junger Männer hatte es fertiggebracht, mitten in einer noch nie dagewesenen Weltkrise, mitten in einem unvergleichlichen Existenzkampfe des Volkes, das sie das ihrige nannten, anderthalb Jahre die Kolonie in Aufregung zu halten wegen Lächerlichkeiten, worauf man unter Kindern mit einer Ohrfeige zu reagieren pflegt. Und nun kam ein Mann wie Abram Martens und versuchte, einen neuen Aufruhr zu entfachen.

Wer kann sich unter solanen Umständen wundern, wenn es zu gären anfängt? Wiederum waren die Schwächen des Verwaltungssystems <p. 75> offenbar geworden. Die Autoritäten konnten mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln nicht so vorgehen, dass den Siedlern Ruhe gewährleistet wurde. Und das einzige, was sie brauchten und wollten, war eben Ruhe. Sie hatten es einfach satt, doch ein drohendes Feuer fing in den Herzen der aufbauwilligen und sich ihrer Verantwortung bewussten Siedler zu glühen an. Man wartete noch ab. Aber die Explosion konnte nicht mehr lange zu verhüten sein.

Am 23. Februar kam der Oberschulze zurück. Als er hörte, was inzwischen vorgefallen war, verlor er seine Seelenruhe nicht. Die ganze Sache sei belanglos, meinte er. Zum 3. März war die Kolonieversammlung zusammengerufen worden; dann würde sich alles klären, und dann wäre ja auch die heissersehnte Ruhe wieder da!

Und das musste jeder einsehen. Sobald die neuen Statuten der Allgemeinheit zur Begutachtung vorgelegt würden, müssten ja alle vernunftigen Menschen einsehen, dass man es hier mit einer primitiven Verleumdung zu tun hatte, die man nicht ernst zu nehmen brauchte.

Es kennzeichnet Legiehn, dass er sich, ohne auch nur eine Sekunde mit einer anderen Möglichkeit zu rechnen, auf den Sieg der Vernunft verliess. Ein Schicksal, das charakteristisch ist für diese Zeit, entrolle sich hier vor unseren Augen.

Die angekündigte Versammlung fand statt, und das Vorlesen des neuen Statutenentwurfes genügte, um alle redlichen Menschen davon zu überzeugen, dass Abram Martens ganz ohne Wahrheit ausgekommen war. Legiehn verzichtete auf doch so doppelt und dreifach notwendige Massnahmen und forderte nicht einmal Stellungnahme gegenüber Martens. Von ganz unvorhergesehener Seite wurde diese Grosszügigkeit nun plötzlich ausgenützt. Legiehn hatte an jenem Tage gezeigt, wie man als Christ in solchen Verhältnissen zu handeln hat. In Namen eines angeblicher besser verstandenen Christentums wurde er nun prompt abgestraft. Die Gemeinden hatten Martens' Aufruf vorbehaltlos abgelehnt; die Ev. Gemeinde jedoch nur bedingungsweise. Und nun erklärten die Vertreter dieser Gemeinde, durch diese Statuten fielen dem Oberschulzen in bezug auf die Genossenschaft tatsächlich zu grosse Vollmachten zu, es müsse eine Untersuchungskommission ins Leben gerufen werden. Bevor die aufkommende Entrüstung sich äussern konnte, hatte Legiehn bereits erklärt, er habe dagegen nicht die geringsten Bedenken. Er verliess sich abermals auf den Sieg der Vernunft.

Man kann sich kaum vorstellen, wie es möglich ist, dass kluge Männer so schicksalsschwere

Fehler machen. So sehr man die an den Tag gelegte Gesinnung und den Anstand auch bewundern muss, so sicher war vorherzusehen, dass weniger anständige Gegner den ihnen dadurch unerwarteterweise in den Schoss fallenden Vorteil ausnützen würden. Es ging ja hier gar nicht um das Richtigstellen der Tatsachen; <p. 76 > es handelte sich hier um eine politische Schachpartie der Unpolitischen. Wie anders hätte alles ausgesehen, wenn er gefordert hätte, Martens wegen Verleumdung, Unruhestiftung u.s.w. zur Verantwortung zu ziehen; wenn er sich geweigert hätte, sich irgendeiner Kommission zu stellen, solange nicht ein Schiedsgericht über den Fall Martens entschieden hätte!

Als Mitglieder dieser Kommission wählte man nun, da es Legiehn angenehm war, die Sache von Gegnern beurteilen zu lassen, zwei Feinde des völkischen Sache und einen Vertreter derselben, nämlich B. Wall (Ev. Gemeinde), D. Thielmann (M.B.G.) und den Volksbundfunktionär P. Rahn. Wie nicht anders zu erwarten, zäumte diese Kommission das Pferd am Schwanz auf und lud nicht Abram Martens vor, sondern öffnete den finseteren Gewalten Tür und Tor, in dem sie die Bevölkerung aufforderte, Beschwerden gegen Amt und Kooperativeverwaltung vorzubringen!

Als es soweit gekommen war, sah Legiehn endlich ein, wozu sein Vertrauen zu der Vernunft ihn gebracht hatte. Er reichte sein Rücktrittsgesuch ein, und die Verwaltung der Genossenschaft folgte seinem Beispiel.

Wie ein Lauffeuer ging diese Nachricht durch die Kolonie. Bis auf die, welche aus Überzeugung oder politischer Berechnung auf Martens' Seite standen, war alles dermassen empört, dass das schwelende Feuer mit einem Schlage zum Ausbruch kam. Keine Macht in Fernheim konnte die Wut der Bevölkerung noch eindämmen. Überall wurde die Arbeit niedergelegt, überall standen die Menschen gruppenweise beisammen und diskutierten heftig.

In Lichtfelde war zum 10. März von einigen Bürgern, welche zum Amt standen, eine Versammlung einberufen worden. Die Urheber waren P. Rahn und P. Klassen, beide Volksbundfunktionäre. Sie handelten aber privat, als Bürger; die Versammlung ist nicht vom Volksbunde anberaumt worden. P. Klassen war der Amtsschreiber. Man beriet sich, was unternommen werden könnte, um die Autorität zu stützen, und beschloss, sich offen zu Amt und Kooperative zu stellen. Bestimmte Massnahmen wurden nicht getroffen. Die Behauptung, der am 11. März erfolgende Bauernaufstand sei hier organisiert worden, ist eine Lüge. Ebenso frei erfunden ist die Behauptung, Kliewer und Legiehn seien die Hintermänner gewesen.

In vielen Dörfern klang der Ruf: "Nach Philadelphia! Dies lassen wir uns nicht gefallen. Jetzt muss es aus sein!" Zahlreiche Fuhrwerke strömten nach der Hauptstadt. Am Abend desselben Tages hatten sich 60-70 Bauern in Philadelphia gesammelt, wo sie allgemeine Bewegung hervorriefen. Es war, als ob jeder fühlte: die Entscheidung reift heran! Die Kolonisten wollten selbst Ordnung schaffen, wenn die von ihnen eingesetzten Behörden sich so Unerhörtes machtlos gefallen lassen mussten!

Es handelte sich hier um eine spontane Volkserhebung, woran <p. 77> nicht an erster Stelle die Jugend beteiligt war, sondern in der alte, ehrbare Männer, geistige und geistliche Leiter aus

Schulwesen und kirchlichen Leben nach dem einzigen Mitteln griffen, welche ihnen nach ihrer festen Überzeugung geblieben waren. Wir werden uns dieses nachher von Klassen, dem Zahnarzt, noch bestätigen lassen.

Sie suchten Abram Martens und andere aufrührerische Elemente, welche ihn offen oder insheim unterstützten. Dass diese in der Hauptsache aus der Neufeldgruppe stammten, leuchtet ein. Zwar distanzierten mehrere Neufelder sich öffentlich, doch wie schon gesagt, freuten auch viele aus dieser Gruppe sich heimlich und stützten die Machschaften. Abram Martens fanden sie nicht; der war rechtzeitig geflohen. Darum begaben sie sich zum zurückgetretenen Oberschulzen, wo sie auch Kliewer trafen, und boten an, mit harter Hand zu säubern. Beide lehnten entschieden ab, wenn es ihnen doch eine Wohltat war, Treue erfahren zu dürfen. War die Entscheidung richtig? Was soll man dazu sagen . . . Die Kolonie war regierungslos geworden, die Leidenschaften waren entfesselt. Hätten die Vordermänner die Verantwortung für einen Ordnungsdienst zu übernehmen gewagt, so wären allein dadurch diese Leidenschaften bereits mehr oder weniger eingedämmt gewesen, da die aufgeregten Bauern in dem Augenblick, worin sie eine Aufgabe zugeteilt bekommen hätten, sich bestimmt einigermaßen beruhigt hätten. Polizei fehlte ja. Aber wer konnte denn vermuten, dass die sich einen Ausweg suchende Wut zu Taten mitreißen würde, welche den Tag zu einem Schicksalstag für die Kolonie werden liessen? Nun gingen sie ohne Autorisierung so auch ohne Verantwortung, vor. Eine Autorisierung war ja auch schon nicht mehr möglich, denn Legiehn hatte sein Amt niedergelegt. Trotzdem hätte die übergrosse Mehrheit der ordnungsliebenden Bürger eine solche eigenmächtige Tat hinterher bestimmt ohne weiteres begutachtet, denn es war jedem klar, dass das Schicksal der Kolonie an einem seidenen Faden hing. Diese evtl. Mehrheit kann man ruhig auf 75% schätzen.

Es war aber ein anderer Umstand, welcher den beiden Männern die Hände fesselte: man konnte nicht wissen, ob die beiden amerikanischen Ärzte auf Grund der eingetretenen Lage nicht vorgehen würden, um der Ev. Gemeinde, welche ja geschlossen auf der Seite der Unordnung stand, und womit sie die intimsten Beziehungen pflegten, Unterstützung zu gewähren.

Kliewer und Legiehn wünschten, dass alle sich bis zum 14. März ruhig verhalten würden, da für jenen Tag eine zweite Kolonisversammlung vorgesehen war. In dem Sinne äusserten sie sich zu den aufgeregten Männern, welche vor ihnen standen, und so verabschiedeten sie sich von ihnen.

Zu bitter und zu gereizt war aber die Stimmung, denn dass sie sich nun einfach dazu hätten entschloessen können, ruhig wieder nach Hause zu gehen. Das herausfordernde Benehmen einiger Neufelder tat den Rest, und schon bald fingen sie trotz des Wunsches ihrer beiden Vordermänner <p. 78> an, die Strassen zu säubern. Einige der frechtesten Aufrührer erhielten dabei ein paar feste Knüppelschläge, bis sie versprachen, mit ihrem Hetzen gegen den Oberschulzen aufzuhören und sich bis zum 14. jeder Aktivität zu enthalten. Wohl am übelsten wurde der Assistent des Zahnarztes, Jakob Isaak Neufeld, zugerichtet. Man hasste und fürchtete ihn, weil man wusste, dass er mit jeder Kleinigkeit zu seinem Chef lief, um Material zum Vorgehen gegen Legiehn und Kliewer zu liefern. Neufeld hatte übrigens in der ganzen Kolonie nicht einen einzigen Freund, höchstens ein paar Gesinnungsgenossen.

Es ist klar, dass er auch diesmal sofort zu Klassen lief, um dem mitzuteilen, was draussen

geschah.

Noch in derselben Nacht standen Klassen und Schmidt vor Kliewers Bett und forderten ihn auf, unverzüglich die Kolonie zu verlassen, weil er und niemand anders für die unerhörten Ereignisse verantwortlich sei. Nebenbei bemerkt, waren sie weder ihm noch Legiehn bekannt. Als Kliewer sich weigerte, liess Klassen den nächsten Tag (Sonntag, den 12. März) paraguayisches Militär aus Isla Poi kommen, "da er sich seines Lebens nicht mehr sicher fühlte." Mit diesem Rückhalt ging er dann dazu über, zu tun, was Legiehn den vorigen Tag versäumt hatte, nämlich eine Art Zivilschutz einzusetzen, als ob er statt Gast, Reichskommissar oder Militärgouverneur der Kolonie gewesen wäre. Die Störungsfriede von gestern wurden nun plötzlich zur Ordnungspolizei; und die immer ordnungsliebend gewesenen Bürger, welche zumindest dreiviertel der Fernheimer Bevölkerung hinter sich hatten, erhielten den Titel "Machnowzy." Angeblich waren diese Machnowzy bewaffnet gewesen; sie hatten aber diese Waffen den Chulipiindianern abgenommen, nachdem diese sie von Neufeldern erhalten hatten.

Den ganzen Sonntag über war es in Philadelphia noch sehr unruhig, doch alsbald sah man ein, dass der unbeherrschte Ausbruch schlimme Folgen nach sich ziehen würde. Die Bürgerei zog sich zurück und liess den andern die Strasse, obwohl das Militär nur ganz kurze Zeit blieb. Als Bemerkung am Rande möge hier mitgeteilt werden, dass der betreffende paraguayische Offizier wegen dieses Vorgehens bestraft und aus dem Militärdienst entlassen wurde.

Am Montag fand eine K.f.K. Sitzung statt, wo besonders die Vertreter der Ev. Gemeinde sehr aufgeregt waren. So etwas sei in einer Mennonitenkolonie noch nie vorgekommen (Da sind noch ganz andere Dinge vorgekommen!) Sie erhoben die Forderung, Dr. Kliewer müsse die Kolonie verlassen, und Legiehn habe vom Amt zurückzutreten. Die zwei und niemand andern hätten dieses machnowsche Auftreten organisiert.

Es war schon spürbar, dass man nun endlich das Ziel in greifbarer Nähe sah. Wir werden Herrn Klassen darüber und über die kaum verhohlene Genugtuung noch berichten lassen.

Dann kam der Dienstag, und er brachte die wichtige Kolonieverammlung. <p. 79> Sie sollte an erster Stelle endgültig entscheiden über den Fall Abram Martens. Der erhielt Gelegenheit, seine Behauptungen zu erläutern und zu beweisen. Er tat es in einer langen Denkschrift (datiert 8. März 1944); und wir werden sie kurz zusammenfassen und nicht versäumen, Zitate zu bringen, ohne dabei die reichlichen Fehler zu verbessern.

Das Stück fängt mit der Feststellung an, dass die Leitung der Kolonie versuche, alle Macht an sich zu reißen durch die neuen Satzungen der Genossenschaft. Sie diene im höchsten Masse dem eigenen Interesse, besonders auch durch die Filiale in Camacho, deren Gewinn "nach seiner Schätzung" zum grössten Teil nur der Leitung zufließen. Darum meint er, sich an die Kolonieverammlung richten zu müssen.

Von dem Kolonievertreter Heinrichs in Asunción habe er ein Exemplar der neuentworfenen Statuten erhalten, und diese habe er dann durch unparteiische Juristen beurteilen lassen. Nach deren Meinung bemühe Legiehn sich, als "juristisches Organ" von der Regierung hier eingesetzt

zu werden. Darum müsse man “zurück nach dem Regierungssystem von 1937.”

“Da die innenpolitischen Betreibungen Fernheims, welche jetzt schon Jahre umgehen, um unser Volk für eine zweite bewaffnete Macht zu gewinnen (dies sagt ein Reichsdeutscher, ehemaliger Parteianwärter, der der Partei nur nicht beigetreten war, weil sie ihn nicht haben wollte!) folglich auch von unseren Mennonitischen Traditionen und Verordnungen abzuweichen, grosse Gefahr besteht hierdurch, auch unsere Privilegien, auch in diesem Lande zu verscherzen. Auf dieses mache ich besonders unsere geistliche Führung aufmerksam.”

“Alle Bürger die an unseren alten Verordnungen und Tradicionen glauben und festhalten wollen, sollten sich von Heute ab mit aller Energie und Entschlossenheit diesem widersetzen. Wir sollten jetzt für alle mal unsere Pasievität fallen lassen.”

“Die gegenwärtige Angelegenheit Fernheims, welche doch eine wirtschaftliche ist, wird aber wieder von Verantwortungslosen Personen politisch ausgeschlachtet. Diesen Missbräuchen sollte ein Ende gemacht werden.”

Dies war eine unbeabsichtigte Ohrfeige für die sich im Saal befindenden deutschfeindlichen Prediger und für die zwei Nordamerikaner.

“Dieser Idealismus und Märtiertum konnte Fernheim noch wirklich verhängnisvolle Konsequenzen bringen.”

“In dem Aufrufe an die Fernheimer Bürger steht unter anderem. Wenn ich die Zeit für gekommen ansehen werden, werde ich mich frei dem öffentlichen Urteil diesbezüglich unterwerfen. Nun ich bekenne mich zu dieser Arbeit. Dieses schreibend kam es mit einer unwiderstehlichen Macht über mich.”

<p. 80>

“Ich glaube auch nicht, das je eine Komision das Vertrauen oder den Frieden, bei dem jeweiligen Regierungssystem, wieder herstellen könnte. So lange wir kein Regierungssystem besitzen, wo wieder jeder Bürger mit Vertrauen und Glauben auf Sehen kann. Das ihm ohne ansehen der Person, sowohl politische, völkische oder konfessionelle Anschauung nicht dabei in Betracht kommt, um zu seinem Recht zu kommen, eher glaube ich an keine Verbesserung. Doch eine Verbesserung dringend nötig, sehe ich nur dann möglich, in dem ein Regierungskomitee gegründet würde, oder zurück zu dem Regierungssystem vom Jahre 1937.”

Das öffentliche Urteil traf Abram Martens schwer; er wurde aus der Kolonie gejagt. Auch die unwiderstehliche Macht kam noch einmal über ihn, aber ein bisschen anders als, “dies schreibend.” Denn es dauerte schon gar nicht mehr lange, bis die militärische Obrigkeit im Chaco versuchte, ihn dingfest zu machen wegen seines Benehmens als Geschäftsmann; und so unwiderstehlich war die Macht, dass er über die bolivianische Grenze flüchten musste, was ihm mit knapper Not gelang. Damit war der Fall Martens erledigt.

Nach kurzer Beratung mit den beiden Nordamerikanern erteilte nunmehr Vorsitzender Wall denen das Wort.

Klassen sprach zuerst. Er stellte fest, dass man nun die Resultate der Nazierziehung vor Augen gehabt habe. Das, was nun die Kolonie so tief erschüttert habe, seien die Früchte der Volksbundarbeit gewesen. Die fünfte Kolonne habe sich endlich mal ganz deutlich, vor allen sichtbar, manifestiert. Die Naziagenten Kliever und Legiehn hätten nunmehr ihr wahres Gesicht gezeigt. Er sei sich eines Lebens nicht mehr sicher gewesen; und wer weiss, was alles noch geschehen wäre, wenn er keinen militärischen Schutz herbeigerufen hätte. Auf Grund dieser unerhörten Ereignisse müsse der Kolonie endlich Ruhe verschafft werden. Darum fordere er im Namen des M.C.C., der nordamerikanischen Regierung und der paraguayischen Gesellschaft, dass der Oberschulze Legiehn und der Volksbundleiter und Leiter der Zentralschule Dr. Kliever unverzüglich die Kolonie verlassen sollten.

Dann stand Schmidt auf und unterstützte die Forderung. Er gebrauchte den Ausdruck "gangster." An der Zentralschule seien lauter Gangsterführer erzogen worden: das müsse nun endlich mal aus sein (Anm.: Zu diesen unter Klievers Leitung an der Zentralschule erzogene Gangsterführer gehören z.B. die Lehrer Peter Wiens, David Boschmann, Peter Klassen, Else Klassen geb. Legiehn, Heinrich Ratzlaff, Jakob Epp, Hans Wiens, Jakob Friesen u.s.w. Jeder wird zugeben, dass es sich gerade um die fähigsten Kräfte handelt, und dass Fernheim schon bereit wäre, es sich etwas kosten zu lassen, wenn man diese zur Verfügung haben könnte. Man hat aber schon die meisten verloren. Ob die andere nach ihre durch Stipendien bedurfte Pflichtzeit bleibe werden, wird die Zukunft beweisen.

Die allgemeine Bestürzung war unbeschreiblich. Der damalige <p. 81> (auch noch heute amtierende) Leiter der K.f.K., Pred. J. Isaak, ein ruhiger und christlicher Mann, versuchte, die beiden Amerikaner zum Widerruf zu bewegen. Der junge Lehrer Boschmann schloss sich ihm an. Doch die Antwort war: "Was ich gesagt habe, das habe ich gesagt!", und dieses herodeische Wort veranlasste einen älteren, ehrbaren Bürger dazu, auszurufen: "Lasst doch, Menschen! Wir kennen diese Methoden ja noch von Russland her!"

So blieb Kliever und Legiehn nichts anderes übrig, als aufzustehen und zu erklären, wenn die Zeit da wäre, so würden sie der Gewalt weichen.

Legen wir noch einmal fest, dass die Quelle, woraus die beiden Nordamerikaner bei ihrem Vorgehen schöpften, Jakob Isaak Neufeld hiess, und dass dieses trübe Wasser ihnen reichte, um ohne weitere Untersuchung in das Selbstbestimmungsrecht einer freien Kolonie hineinzugreifen.

Als dann Kliever nicht locker liess und den stellvertretenden Vorsitzenden der Kolonie dazu zu bringen wusste, dass er die Untersuchungskommission mit der Koloniekommision zusammenrufen liess, um die gegen ihn und Legiehn angeführten Beschuldigungen zu untersuchen, sahen beide Kommissionen sich genötigt, die alle zu widerrufen! Nichtsdestoweniger blieb es bei dem einmal getroffenen Entscheid.

Es stellte sich jedoch als nicht sehr einfach heraus, einen neuen Oberschulzen zu wählen. Als die

Wahlen sich ein bisschen hinzogen, griffen die Gäste auch hier ein. Sie drohten, einen einzusetzen, wenn es jetzt nicht zu einem Ergebnis kommen würde. Und Klassen fügte hinzu, es dürfe kein Reichsdeutscher gewählt werden. Auch den reichsdeutschen Vertreter der Kolonie in Asunción, Fr. Heinrichs, müsse man fallen lassen, sonst würde er Fernheim auf die schwarze Liste bringen.

Die Leute liessen sich einschüchtern. Sogar deutsche Staatsbürger krochen zu Kreuze. So wurde B. Wall Oberschulze. Einst hatte er als Schulrat angeordnet, das Deutschlandlied einzustudieren und es mit gehobener Hand zu singen. Als er sein neues Amt antrat, unterblieb beides aber.

Interessant ist noch Folgendes. Die Ev. Gemeinde hatte - wie schon mitgeteilt wurde - Martens "Aufruf" nur bedingungsweise abgelehnt und den Sturm auf die zu grossen Vollmachten des Oberschulzen Legiehn, wie sie in den entworfenen Statuten ihrer Meinung nach zum Ausdruck kamen, bereits auf der ersten Kolonisversammlung eingeleitet. Sie allein hatte die Ernennung einer Kommission beantragt, die dieses untersuchen sollte, und Wall selbst war Vorsitzender gewesen, da Legiehn gerade der Opposition Gelegenheit bieten wollte, sich von dem Unberechtigtsein ihrer Bedenken zu überzeugen. Nun aber wurde B. Wall, Prediger der Ev. Gemeinde und Vorsitzender der Kommission, zum Oberschulzen gewählt. Er übernahm das Amt aber nur <p. 82> unter der Bedingung, dass das beanstandete Statut unverändert gehandhabt werden sollte! Will man einen noch klareren Beweis, dass die Aufregung um das Statut bloss Vorwand, bloss Mittel zum Zweck gewesen ist?

Akut wurde nun auch das Problem der Zentralschule und des Schulwesens überhaupt. Mit der Lehrerausbildung, wie sie in den letzten Jahren zweimal erfolgreich durchgeführt worden war, war es sowieso aus. Frau Kliewer war gestorben, Kliewer selbst und der ehemalige Zentralschulleiter Legiehn fielen aus. Was nun?

Auch diese Angelegenheit regelten die Gäste. Für das neue Schuljahr hatten sich 41 Schüler gemeldet, beträchtlich mehr als seit Jahren der Fall gewesen war. Versucht wurde nun, die Schule auf privater Grundlage weiterzuführen. Klassen aber verbot dies nachdrücklichst, weil die Lehrer Politik getrieben hätten! Ob das Treiben von Politik ein Vorrecht unpolitischer Mennoniten ist? Hatten es sich doch Abram Martens, Zahnarzt Klassen, Jakob Isaak Neufeld, B. Wall, Nikolai Siemens, D. Thielmann und viele, viele andere leisten können! Allerdings war dieses ja nur Kleinpolitik gewesen, oder passte es doch irgendwie in die Grosspolitik hinein?

Im Lehrerverein hatte, trotz der politisch entgegengesetzten Meinungen, immer eine sehr gute Zusammenarbeit bestanden. Man hatte es da verstanden, die Dinge auseinanderzuhalten, und brachte die Politik möglichst wenig in die Schule. Das Protokoll der Lehrereversammlung vom 18. März gibt dann auch lauter bekannte Tatsachen als allgemeine Meinung wieder: Die Volksbundarbeit habe innerhalb des von der paraguayischen Regierung erlaubten Rahmens stattgefunden. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Paraguay habe man nur noch die Mitgliedsbeiträge einkassiert und die Deutsche Hilfe aufrechterhalten. Seit Oktober 1943 sei der Volksbund vollständig geschlossen gewesen. Die einzige Bindung zwischen Volksbund und dem Schulwesen während all der Zeit hätte nur darin bestanden, dass der Volksbund in jeder Form geholfen habe, die Schulen und besonders die

Zentralschule in Stand zu halten. Sonst habe die Volksbundarbeit im Schulwesen keine Rolle gespielt. Zum Schluss brachten die Lehrer ihre Dankbarkeit Kliewer gegenüber zum Ausdruck, indem sie sich von ihren Sitzplätzen erhoben. Und am 29. April 1944 unterschrieben 13 Lehrer eine Erklärung, dass Kliewer niemals gegen den paraguayischen Staat gearbeitet hatte.

Dies war notwendig geworden. Denn von irgendwoher war den Landesautoritäten zugeflüstert worden, Kliewer habe u.a. versucht, einige Fernheimer, welche sich um die paraguayische Staatsangehörigkeit bemühten, daran zu verhindern. Als aber die Unterschriften für diese Einbürgerungsaktion gesammelt wurden, war er nicht einmal in der Kolonie gewesen, und auch später hatte er mit keinem der betreffenden Bürger, welche ja alle ausserhalb seines Interessenkreises standen, darüber gesprochen.

Die Dinge nahmen aber ihren Lauf. Siemens bot der M.B.G. eine <p. 83> Entwurf-Resolution an, worin er "eine jahrelange systematisch vorbereitete politische Auflockerung unserer Gemeindeprinzipien durch eine fremde Weltanschauung, die unserm Bekenntnis zuwiderläuft," anprangerte. "Wir wollen in Zukunft von heute an mit einer weltlichen Politik, die uns so viel Unheil brachte, gänzlich brechen und uns ganz auf die biblische Plattform (sic!) der alten M.B.G. zurückfinden."

Siemens, der jahrelang ein Bild des Führers über seinem Schreibtisch an der Wand hängen hatte, hatte wohl einen gründlichen Wandel durchgemacht!

Am 11. Mai fand in Lichtfelde eine Bruderberatung der M.B.G. statt. Zwei Dinge standen auf dem Programm: Ein Angebot aus den U.S.A., von dort aus Lehrer zu schicken, und die oberwähnte Resolution, die von den Predigern und Diakonen einstimmig angenommen worden war!! So panisch war schon die Angst vor den allgewaltigen Nordamerikanern, dass kein Mensch es mehr wagte, seine wirkliche Meinung auszusprechen!

Interessant ist noch in dieser Resolution, dass jedem das Recht zugesprochen wird, "sich einbürgern zu lassen und eine Heimat zu suchen." Noch abgesehen von der Frage, wieso denn eine kirchliche Autorität in solchen Angelegenheiten einen Beschluss fassen soll, muss man die Frage erheben, ob man sich dabei vergegenwärtigt hat, dass das Erwerben einer Staatsangehörigkeit eben auch gewisse Pflichten mit sich bringt, welche den Einzelnen vor dieselben Fragen und Probleme stellen, wofür man hier das Suchen einer Lösung (denn das ist Politik) ablehnt. Oder hat der Staat kein Recht, etwas von seinen Untertanen zu verlangen, z.B. dass sie sich für sein Wohlergehen etwa in einem Kriege interessieren?

Kliewer und Legiehn waren noch in der Kolonie. Die paraguayischen Autoritäten z.B. in Camacho hatten ihnen versichert, die Sache würde geregelt werden. Ob dies von Einfluss war, ist schwer festzustellen, doch Tatsache ist es, dass es weder in der einen, noch in der anderen Frage zu einem Entschluss kam, obwohl die Diskussionen heftig und endlos waren.

Doch es war deutlich: jetzt oder nie! Am 21. Mai wurde bereits die zweite Bruderberatung in Philadelphia abgehalten. Kliewer hatte eine Erklärung eingesandt, worin er seinen Standpunkt noch einmal klarmachte, die Ereignisse kurz zusammenfasste und ausführte, auch die Wehrlosen

seien alles andere als wehrlos gewesen und hätten Politik im übelsten Sinne des Wortes getrieben. Deutlich wurde auch diesmal wieder, dass die übergrosse Mehrheit auf der Seite der beiden in der Verbannung geschickten Männer stand und nur sehr bedingt bereit war, sich der Gewaltpolitik der Wehrlosen zu beugen. In sehr viel weniger krasser Form tat sie es dann doch, weil ihr nichts anderes übrigblieb. Nachdem eine Zwischenresolution keine Beachtung gefunden hatte, einigte man sich auf die Formel: "Wir haben gesündigt und sind gottlos gewesen (Nach Dan. Kap. 9). Wir <p. 84> wollen zurück zu der Grundlage der M.B.G. und zu dem von unseren Vätern aufgestellten Glaubensbekenntnis. Von jeglicher politischer Tätigkeit wollen wir uns in Zukunft zurückziehen, da solche das Gemeindeleben stört und unchristlich ist."

Dornröschen hatte zurückgefunden und konnte wieder schlafen gehen. Von nun an befand man sich nicht mehr auf Erden, sondern eben in Fernheim. Das Wort, welches Christus zu denen gesprochen hatte, die nicht von der Welt, sondern in der Welt waren, war einmal wieder verbessert worden. Weg aus der Wirklichkeit, zurück in den Schlummer der Weltentrückten, vergessen, dass man je wach gewesen war! Wie lange noch wird das unbarmherzige Weltgeschehen Dornröschen schonen?

An dem nämlichen Tage wurden Legiehn und Kliewer durch hohe paraguayische Beamte aus Lopez de Filippis auf Befehl der nordamerikanischen Gesandtschaft aufgefordert, Fernheim sofort zu verlassen. "Etliche Herren dieser Gesandtschaft" - so berichtete N. Siemens darüber - "überwachten persönlich das Überbringen dieses Befehls." Wohl nicht ohne Grund scheinen sie wenig Vertrauen zu dem guten Willen der Paraguayer gehabt zu haben. Kliewer war abwesend. Dass die meisten Brüder, welche der Versammlung beigewohnt hatten, Legiehn aufsuchten, um ihm ihr Beileid auszusprechen, beweist, dass die Dinge sich doch etwas anders verhielten, als sie damals (und auch noch heute) von bestimmter Seite vorgestellt wurden bzw. werden. Das beweist auch die Tatsache, dass der kommandierende General in Camacho, als die Ausgewiesenen ihn dort aufsuchten, ihnen mit Tränen in den Augen erklärte, er könne nun wirklich nichts mehr für sie tun. Die Verbannung war eine vollendete Tatsache geworden. Und das hatten Mennoniten Glaubensgeschwistern angetan.

Einer kam durch den Verlaug, den die Dinge genommen hatten, zur Besinnung. Dieser eine war der Leiter der Neufeldgruppe, Hans Neufeld. Dies hatte er nicht gewollt; er hatte zwar undurchdacht, aber nicht schlecht gehandelt. Das solche Geschehnisse nun zum Teil die Folge seiner und seiner Kameraden Taten gewesen waren, öffnete ihm die Augen und lastete schwer auf seinem Gewissen. In 3 Briefen an Kliewer sprach er aus, wie sehr er das Vorgefallene bereue, und bat um Verzeihung. Er bewies damit, im Grunde genommen ein anständiger Mensch zu sein, und hat das durch seine weitere Lebensführung auch unter Beweis gestellt. Überhaupt dürfte der Ausdruck, mit dem Kliewer einmal die Neufeldgruppe bezeichnete, nämlich "organisierte böse Macht" stark übertrieben sein. Er ist wohl einer vorübergehenden, stark gereizten Gemütsverfassung zuzuschreiben. Ohne Zweifel zählte die Gruppe Elemente, zu denen kein anständiger Mensch Vertrauen hatte. Aber bei den meisten lag Unreife, Übermut, keine offene Niedertracht vor.

Die M.B.G. zog inzwischen die letzten Konsequenzen aus der für die jetzt Herrschenden günstige Lage. Am 4. Juni <p. 85> wurde nämlich die Gemeinde in zwei "Stationen" aufgeteilt

(mit 70-42 Stimmen und mehreren Enthaltungen). Man mutete es sich nicht zu, die grössere völkische Gruppe einfach auszustossen. Man tat sie in Quarantaine. Auch viele "Völkische" zogen es vor, nicht länger mit den Siegern unter einem Dach zu wohnen, sonst wäre dieses Stimmenverhältnis gar nicht möglich gewesen. Den letzten Akt dieses Trauerspieler führte man dann nach dem deutschen Zusammenbruche auf, indem man die politisch Rückende deckungslosen moralisch zwang, Busse zu tun, womit man das Recht auf Gewissensfreiheit (oder ist es eine Pflicht?) verneinte und manch einen zur Charakterlosigkeit brachte.

Bis auf einige wenige taten im Laufe der Zeit alle Busse. Die Forderung dazu kam aus Kanada, und B.B. Janz führte die "Entnazifizierung" durch. Er hat aber bestimmt nicht gesusst, wieviel es in Wirklichkeit im Chaco abzubüssen gab und noch heute gibt. Die übliche Erklärung war, dass man durch "Unwissenheit und unwahre Information" falsch gehandelt habe. "Wir meinten einfach unser Volk und nichts anderes" hiess es weiter in dem Bericht vom 22. Dezember 1946, worin Pred. H. Friesen, der ehemalige Leiter der Quarantainegemeindegruppe, die Verurteilung der deutschen Sache und des National-Sozialismus mitteilte. Da man sich jedoch als Gemeinde nie für die deutsche Sache und den National-Sozialismus ausgesprochen hatte, hätte sich diese Erklärung erübrigt. Die Behauptung, man sei falsch aufgeklärt worden, ist unwahr. Mehr als von völkischer Seite gesagt worden war, hätte zu der damaligen Zeit niemand sagen können. Anders als bei vielen anderen kämpfenden Völkern sind die Verbrechen auf deutscher Seite von bestimmten Einzelpersonen und Gruppen in aller Stille vollzogen worden; bei einigen andern stellte man sie einfach der Öffentlichkeit als eine neue Art Gerechtigkeit vor, so dass gerade da alle Mitwissenden, also die ganzen Völker, mitverantwortlich sind. Wäre es also nicht besser gewesen, wenn wir, das heisst alle Christen, alle auf die Knie gefallen wären, anstatt andere zu einer Erniedrigung zu zwingen, zu der viele bloss aus Furcht geschritten sind? Was hat das für einen Wert? Man braucht nur mal mit den Leuten zu sprechen, um zu wissen, dass die meisten in ihrem Herzen geblieben sind, was sie waren.

Nach einer weisen Regel der alten Römer soll man bei Meinungsverschiedenheiten beide Seiten hören. Wir haben deswegen in dieser Verhandlung fortwährend Zitate aus allen Lagern gebracht. Nun wollen wir, um diesem Grundsatz treu zu bleiben, den Bericht aufnehmen, welchen Zahnarzt Klassen über die in diesem Kapitel beschriebenen Geschehnisse dem M.C.C. zuschickte (mit Durchschlag für Prof. Jantzen). Wir übersetzen ihn dazu aus dem Englischen:

"Ich dachte, dass ich hier nur für zahnärztliche Arbeit käme. Ich würde mich aber gezwungen sehen, um als 'Friedensstifter und Kanzler' aufzutreten.

Während unserer ersten Woche in Friesland baten Fritz Kliewer und Julius Legiehn um ein Treffen mit uns. Dr. Schmidt konnte nicht kommen, so dass ich eine Begegnung <p. 86> mit ihnen hatte."

Die Initiative dazu war nicht von den Deutschen, sondern von den Amerikanern ausgegangen.

"Vor etwa drei Wochen kamen J. Legiehn und zwei andere Geschäftsmänner zurück aus Buenos Aires von einer kurzen Geschäftsreise. Fritz Kliewer war mit ihnen mitgegangen bis Asunción. Als sie zurückkamen, brachten sie einige ausführliche Dokumente, im Spanischen von einem

Rechtsanwalt aufgestellt, mit. Jemand hier, der gut spanisch kennt, hatte es ins Deutsche übersetzt, so dass die gewöhnlichen Leute es lesen konnten. Bald wurde in der Kolonie davon geredet, dass dies, falls es angenommen würde, dem Amt sogar noch mehr Macht geben würde, als es augenblicklich besitzt. Es verursachte ein entschieden allgemeines Misstrauen unter den Bürgern.

Unwahrheit Nummer zwei.

“Von verantwortlichen Bürgern wurde auch ausgesprochen, dass dies dem Oberschulzen sogar mehr Macht geben würde, als Hitler hat.”

Bernhard Wall als Superhitler!

“(Gestern, nachdem die Aufregung nun vorbei ist, erhielt ich selbst eine Kopie, um zu sehen, worum es sich eigentlich handelt. Es klingt ziemlich radikal). Als Auftakt wurde dem Schulzen jedes Dorfes eine Abschrift zur Kenntnisnahme zugeschickt.”

Vorn dem “verantwortlichen Bürger” Abram Martens. Die Suggestion, diese Zusendung wäre auf amtlichen Wege geschehen, gehört zu den Methoden, welche mit Worten bezeichnet werden müssten, die unter Kulturmenschen nicht üblich sind.

“Dies verursachte irgendwie allgemeine Entrüstung, die ziemlich ernste Ausmasse annahm.”

Nämlich, die Tatsache, dass Martens die Pflichten des Amtes übernommen hatte!

“Darum rief die Bevölkerung um eine allgemeine Versammlung.” Auch dies ist eine krasse Unwahrheit. Die Versammlung war vom Amt aus längst vorgesehen.

“Dr. Schmidt und ich hatten sehr viel zu tun; darum wohnten wir dieser Versammlung nur teilweise bei, nicht einsehend, dass es den Bürgern tiefster Ernst war. Auf dieser Versammlung wurde eine neutrale Kommission ernannt, um dieses Dokument zu untersuchen; so auch die allgemeinen Angelegenheiten. Eines der ersten Dinge, welches die Kommission tat, war, die Bevölkerung aufzufordern, eventuelle Klagen, welche man haben möchte, in versiegeltem Umschlag einzuliefern. Gerade als die Dinge anfangen, mehr oder weniger interessant zu werden, trat das ganze Amt - Legiehn und sein Beamtenstab - zurück. Dies geschah zu Anfang der Woche zum 27. Februar.”

Auch dieses stimmt nicht. Legiehn und die Kooperativeverwaltung traten am 11. März zurück. Vorgens war die Kommission alles andere als neutral und zwar auf Wunsch von Legiehn!

“Deswegen fand vorige Woche, Freitagabend den 10. März, eine <p. 87> geheime Versammlung des “Bundes” in Dorf No. 1 statt, in der Wohnung von Peter Rahn. Angenommen wurde, dass ungefähr 60 Mann zugegen waren.”

Die Einladungen waren ganz offen erfolgt und gingen nicht vom Volksbund aus. Klassen hatte

eine verstümmelte Einladung erhalten, worin auch er zu der “geheimen Versammlung” eingeladen wurde. Ein Vergleich mit dem wirklichen Zettel bewies dann sofort die Fälschung. Klassens Zettel war ja auch mit einer anderen Maschine geschrieben worden. Natürlich hat wieder ein “verantwortlicher Bürger” Spitzel spielen wollen. Klassen ging dann zu einem Polterabend. Er spricht hier also ganz bewusst Unwahrheit. Wie stellt man sich - nebenbei bemerkt - eine Geheimversammlung von 60 Mann in einem Fernheimer Dorf vor?

“Es scheint, dass soviel ungefähr von Kliewers und Legiehn's Gruppe übriggeblieben waren.”

Klassen war aber ganz genau über die Verhältnisse in Fernheim informiert und wusste, dass die Lage gerade umgekehrt war.

“In der darauf folgenden Nacht, Samstag den 11. März, um 11 Uhr abends, kam diese Gruppe, ungefähr 60 Mann, als Bande organisiert, nach der Stadt und fuhr fort, die Bürger zu terrorisieren.”

Dies konnte an Hand der Tatsachen wohl schwerlich aufrechterhalten werden.

“Sie kamen, bewaffnet mit Knüppeln, eisernen Stangen, schweren Ochsenpeitschen (9 Fuss, Holzstiel, mit einem schweren, 3 Zoll breiten und 2 Fuss langen Lederriemen am Ende), Buschmesser und einigen Gewehren.”

Diese Waffen hatten sie einigen Neufeldern abgenommen.

“Sie verprügelten und schlugen eine Anzahl Bürger.”

Eben die, denen sie die Waffen abgenommen hatten, und Jakob Isaak Neufeld.

“Die gewöhnlich gestellte Frage war: ‘Bist Du für Kliewer und Legiehn?’ Wenn die Antwort negativ ausfiel, begann die Prügelei.”

Als ob nicht alle Fernheimer einanders Gesinnung gekannt hätten!

“Sie brachen sogar in einige Häuser ein, um einige Schlachtopfer zu erwischen.”

Der Sachverhalt war so; einige Neufelder traten herausfordernd auf, bis sie spürten, dass es den Bürgern “bitterer Ernst war.” Dann verstanden sie, dass es Zeit wurde, zu verschwinden, doch wurden herausgerufen und bekamen ein paar Schläge. So traf es J. I. Neufeld.

“In einem Falle mussten die Eltern zuschauen, während der Sohn Prügel bekam. An mehreren Stellen mussten die Frau und die Kinder es ansehen, dass der Vater verprügelt wurde.”

All diese Behauptungen sind ebensoviele Unwahrheiten.

“An jeder Stelle, wo sie waren, versprachen sie, dass sie noch <p. 88> einmal kommen würden.

Während dieser ganzen Nacht bewachten einige Männer aus der Bande die Häuser von Legiehn und Kliewer, damit denen nicht von irgendwelcher Seite Übles zustossen würde.”

Dies war sowohl Kliewer als auch Legiehn unbekannt. Es geschah wohl, nachdem man wahrgenommen hatte, dass die Neufelder sich bewaffnet hatten.

“Um zwei Uhr Sonntagmorgen früh (12.3) kam das erste der Schlachtopfer zu Dr. Schmidt mit seinen Wunden. Diese Person war zufälligerweise einer meiner Lehrlinge. Sie misshandelten ihn nicht nur schwer, sondern versuchten auch, ihn versprechen zu lassen, jede Beziehung und Zusammenarbeit mit den Ärzten aufzugeben. Nachdem Dr. John ihn behandelt und nach Hause geschickt hatte, kam er und weckte mich. Seinen Gesichtsausdruck konnte ich sofort entnehmen, dass etwas Ernstes geschehen war. Das erste, was er sagte, war: “Der Teufel ist los.”“

Es handelt sich hier um J. I. Neufeld. Der Ausdruck “der erster der Schlachtopfer . . .” ist abermals eine Vortäuschung falscher Tatsachen, denn sonst hat sich niemand vom Arztet behandeln lassen. Neufeld allein hatte wirklich eine ordentliche Tracht Prügel bekommen und trug ein paar unbedeutende Wunde davon. Er ging wohl auch mehr zum Arzt, um die Sache ins Rollen zu bringen, als dass medizinische Behandlung unbedingt notwendig gewesen wäre. Verwundungen hat sonst niemand davon getragen, nur bekamen noch einige junge Männer einen oder höchstens ein paar Schläge. Etliche Tage später wurde in der Charbiner Ecke noch ein gewisser Hans Wiens verprügelt. Ihn und Neufeld höchstens kann man als “Schlachtopfer” bezeichnen. Übrigens versteht man darunter heutzutage schon etwas anderes. In Deutschland, und auch in Amerika und in den anderen kriegführenden Ländern wäre ein Jakob Isaak Neufeld ohne Frage längst erschossen worden.

Dass man Neufeld aufforderte, mit seinem Denunziantentum Schluss zu machen, rechtfertigt Klassen hier ja selbst. In derselben Nacht beschwor gerade Neufeld das ganze Unheil herauf und stürzte damit u.a. zwei Familien auf Jahre hinaus ins Unglück.

“Ich stand sofort auf und zog mich an. Ich hatte alles überschlafen. Eine halbe Stunde später spazierten Dr. John und ich nach Fritz Kliewers Haus. Wir mussten an seinen Wächtern vorbei, um dorthin zu kommen. Wir stellten ihm sofort das Ultimatum, er solle Fernheim verlassen, oder sonst würden wir gehen. Dr. Schmidt wies ihn darauf hin, dass dies die Früchte des ‘Bundes’ waren. Wir wussten ja ganz genau, dass die gute Bevölkerung von Fernheim uns nicht gehen lassen würde!”

Drohung ohne Risiko also. Und doch wäre das Risiko grösser gewesen, als die Herren vermuteten!

“Um diese Zeit war die ganze Bande heimgegangen, ausser je einen halben Dutzend, welche Kliewers und Legiehns Wohnung bewachten. Legiehns Haus ist nur ungefähr 150 Fuss von dem unsrigen entfernt, so dass ich, nachdem wir zurückgekommen waren, die Wächter deutlich sehen konnte. Was es so schlimm <p. 89> machte, war, dass weder Legiehn, noch Kliewer einen Versuch unternahm, dieser Bande ein Halt zuzurufen. Anfänglich verneinten sie, dass sie wussten, was vor sich ging.”

Klassen war aber nicht der einzige, der alles überschlafen hatte. "Später aber gaben sie zu, dass sie völlig auf der Höhe waren von dem, was geschah."

Mit Aktenbelegen kann erwiesen werden, dass beide konsequent jegliches Mitwissen und jegliche Mitverantwortung ablehnten. Sie erklärten das der Kolonie gegenüber, der Gemeinde, der paraguayischen Regierung, dem spanischen Gesandten (der die deutschen Interessen vertrat) und auch noch dem M.C.C. gegenüber. Die offiziellen Kommissionen mussten diese Beschuldigung als durchaus ungerechtfertigt dann auch zurücknehmen.

"In einer offenen Versammlung, wovon ich später in meiner Geschichte noch erzählen werde, wurde zugegeben, dass die Einladungen für diese geheime Versammlung im Büro des Oberschulzen gedruckt worden waren."

Der Beamte Peter Klassen hatte sie auf eigene Faust und ohne Mitverantwortung des Oberschulzen abgezogen. Jener war ja einer der Organistoren der erwähnten "Geheimversammlung" gewesen.

"Und alle Pläne für diese Bande wurden auf dieser geheimen Versammlung geschmiedet."

Legiehn aber war zu der Zeit noch überhaupt nicht zurückgetreten, und die Geschehnisse vom 11. März bildeten die Reaktion auf diesen Rücktritt.

"Vergangener Sonntag, 12-3, der Tag nach dem Angriff, war ein trauriger Tag für Fernheim. Allgemein wurde eingesehen, dass dies die schmutzige Arbeit des Bundes war."

Nur die 75% der Kolonie, welche dem Bunde angehörten, haben es wohl nicht eingesehen.

"Überall, sofort am Morgen, vernahm wir, dass sie an dem Abend zurückkommen würden. Die gewöhnlichen Leute in der Stadt sträubten sich dagegen und sagten, dass dies uns und unseren Familien nicht wieder passieren wird. Ich vernahm, dass diese Bundbande Gewehre gesammelt hatte unter den Indianern. Darum sammelten einige Bürger auch Gewehre."

Genau umgekehrt ist es gewesen. Die Neufelder hatten die Chulupi bewaffnet, und die "Bande" hatte sie wieder entwaffnet.

"Ich fürchtete nun sehr, dass es zu Blutvergiessen kommen würde, dass wahrscheinlich jemand getötet werden würde. Darum schickte ich in der Frühe, nachdem ich fühlte, was geschehen könnte, einen Wagen nach Isla Poi, zu Herrn Zacharias, mit der Bitte, ein paar Soldaten zu senden. Am frühen Abend gleich nach Sonnenuntergang kam er in einem L.K.W. mit vier Mann. Die Bande hatte sich schon zu sammeln angefangen vor Günthers Haus (Kliewers Schwager). Gerade gegenüber von ihm wohnt Abraham Siemens, Bruder von N. Siemens, dem Drucker. A. Siemens sagte, dass sobald die Bande das Auto mit den Lichtern <p. 90> durch die Strassen kommen sah, der Staub einfach aufgewirbelt wurde. Einige nahmen nicht einmal . . . (hier fehlen einige Wörter). Sie sind vielleicht nicht einverstanden mit dem, was ich getan habe. Ich nehme die ganze Verantwortung auf mich, d.h. für das Herbeirufen der Soldaten. Die guten Bürger

sehen nun alle ein - viele sind gekommen und haben es mir gesagt - auch Dr. Schmidt sieht es nun ein, dass es hier, falls ich dieses nicht getan hätte, höchstwahrscheinlich während jener Nacht einige Tote in der Kolonie gegeben hätte.”

Eine übermässig gereizte Phantasie malt ihm hier blutige Gespenster vor. So schnell schiessen die Preussen nicht.

“Immer und immer wieder versuchte ich die Bürger dazu zu bewegen, ihre Waffen niederzulegen.”

Hier ist die Feder ausgerutscht, denn bislang waren nur die Unvölkischen Bürger gewesen.

“Gegen Montagmorgen war alles ruhig und schickte ich die Soldaten nach Hause.”

Sogar wehrlose Nordamerikaner scheinen Militär in einem Lande, wo sie sich als Gast aufhalten, nach Belieben auf- und abkommandieren zu können. Und der Offizier musste später (s.o.) die Zeche bezahlen.

“Da weder Legieh, noch Kliewer etwas tat, um die Ordnung wiederherzustellen, bat ich mehrere Gruppen Bürger (ohne etwaige Waffen oder Knüppel) durch die Strassen zu patrouillieren und niemanden während der ganzen Nacht die Strassen betreten zu lassen. Dies wurde mehrere Nächte durchgeführt.”

Was hätten die diplomatisch schutzlosen Deutschen in dieser Lage einem sich auf seine Gesandtschaft stützenden Amerikaner gegenüber noch tun können? Ihnen, wie der übergrossen Mehrheit der Bevölkerung, blieb nichts anders übrig als zuzugucken, wie die Neufelder nun in Triumph die Strassen regierten.

“Nun fand also diese Woche, Dienstag den 14-3, hier in Philadelphia eine allgemeine Versammlung der Bürger von Fernheim statt. Eine grosse Menge sammelte sich. Einige geschäftliche Angelegenheiten wurden behandelt, aber der Hauptpunkt war: Die Ordnung. Die guten Bürger waren furchtbar empört über diesen Aufruhr. Vielen Dingen wurde Ausdruck verliehen. Wenn es nur Jugendliche in der Bande gegeben hätte, könnte man viel verzeihen. Aber nein, da waren Sonntagschullehrer, Chorleiter, Söhne von Predigern u.s.w. Hier sind einige Namen: Heinrich Balzer, Franz Unger; die Söhne folgender Prediger: Jakob Wall, Heinrich Friesen, Peter Klassen, der Sohn von David Loewen (Stellvertreter von Legiehn) und die meisten Verwandten von Fritz Kliewer - Brüder und Schwäger.”

Gerade dieses überzeugt ja am allermeisten davon, dass es sich um alles andere als um eine “Bande” handelte. Man stelle nun mal Klassens Schutzpolizei diesen geachteten Bürgern gegenüber.

<p. 91>

“Legiehns Sekretär Peter Klassen gab auf der Versammlung zu, dass er die Einladungen für die

geheime Versammlung in dem Amt (Legiehn's Büro) gedruckt hatte. Eine neutrale Kommission wurde ernannt, um die ganzen Taten dieser Bande zu untersuchen. Diese Kommission sollte auch Mittel suchen, um die, welche für dieses Auftreten verantwortlich waren, zu bestrafen."

Es war bestimmt eine strafbare Sache, auf eigene Faust Richter und Polizei zu spielen. Aber wie müsste es wohl für Klassen selbst aussehen, wenn man mit dem Bestrafen solcher Übergriffe wirklich nach allen Seiten Ernst gemacht hätte? Hätte Klassen sich nicht eingemischt, für Legiehn wäre es gewiss eine Kleinigkeit gewesen, die Ordnung wiederherzustellen. Es fragt sich aber, ob Klassen nur Ordnung wollte, oder etwas ganz anderes.

"Dr. Schmidt und ich wurden auch aufgefordert, etwas zu sagen. Um es vorsichtig auszudrücken, hatten Schmidts und wir die ganze Aufregung bis dahin ordentlich satt."

Man hat einigen Grund, dieses zu bezweifeln. Vielmehr sah es danach aus, dass Klassen nicht ohne Genuß eine gute Gelegenheit ausnützte, einen politischen Gegner zu liquidieren und zwar im Strahlenkranz des Freiheitsretters.

"Nun zurück zu der Versammlung. Irgendwie hatte Dr. Schmidt seine Ansprache fertiggemacht und ich die meinige."

Alles war eben vorbereitet für den letzten Stoss.

"Keiner von uns beiden wusste, was der andere sagen würde."

Unglaublich.

"Er bat mich, zuerst zu sprechen. Nachdem wir beide am Ende waren, stimmten wir fast zu den vollen 100% überein."

Kein Wunder, wenn man auch schon vorher mit einander übereinstimmte.

"Da augenblicklich nur er und ich hier das M.C.C. vertreten, sind wir übereingekommen, dass jeder seine eigene Geschichte schreiben soll. Er wird auch von seiner Ansprache, welche er auf der Versammlung hielt, erzählen, und ich werde von der meinigen erzählen. Ich denke, dass jeder von uns etwa 15 Minuten sprach. Hier folgen einige Punkte aus meiner Ansprache:

1. Man hatte mir erzählt, dass ich viele gute Menschen finden würde. Dieser Teil ist besser, als ich ahnte. Ich wurde auch gewarnt vor Bundeseinflüssen. Dies ist schlimmer, als ich ahnte.
2. Ich kam, um zahnärztliche Hilfe zu leisten. Heute habe ich jeden Mut zum Arbeiten verloren."

Auch hier stellen wir ein Fragezeichen.

"Wenn ich dieses gewusst hätte, würde ich nie gekommen sein. Möglicherweise wünschte gott, dass ich trotzdem kommen würde.

3. Ich dachte, ich würde zu einer Gruppe christlicher Menschen kommen. Schande über euch und eure Kinder.

<p. 92>

So etwas kann nur geschehen unter dem niedrigsten Typus der Bundesanhänger.

4. Was wird das M.C.C. hiervon denken?"

Bis heute kann das M.C.C. nur denken, wie es benachrichtigt worden ist. Das ist ja keine Frage.

"5. Es ist mir einfach unverständlich, warum die örtlichen Autoritäten dieser Bande nicht ein Halt geboten haben. Einer der beiden Männer, Kliewer oder Legiehn, hätte sich auf die Strasse begeben können und einen Finger aufhaben - die Bande wäre nach Hause gegangen."

Sie hatte sie ja schon nach Hause geschickt.

"Ihr, Leiter des Amtes, seid verantwortlich."

Nein, denn als die gerügten Ereignisse stattfanden, gab es schon kein Amt mehr.

"6. Unter soltanan Umständen kann ich nicht weiterarbeiten. Mein Arbeitszimmer ist nun geschlossen, bis die Ordnung wiederhergestellt ist. (Ich arbeitete aber für die Friesländer, welche zufälligerweise diese Woche hier waren). Wenn die Ordnung nicht wiederhergestellt werden kann, werde ich einpacken und nach Friesland ziehen. Es gibt noch etwa 35 Menschen, welche Kunstgebisse brauchen, und die werden dann nach Friesland kommen müssen, wie die Friesländer jetzt hierher kommen.

7. Unter zwei Bedingungen nur werde ich das Sprechzimmer eröffnen.

a. Dass Fritz Kliewer Fernheim verlässt.

b. Dass der Rücktritt Legiehns bekräftigt wird - nicht als Oberschulze fungieren.

8. Nun wird behauptet, dass ich zu der anderen (neuen) Gruppe gehöre, was bedeutet, dass ich nicht neutral bin. Wenn ich feststelle, dass diese neue Gruppe sich an irgendwelche Schlägerei oder irdendwelcher Art Rache beteiligt, dann haben die gleichfalls für mich abgetan. Rache soll nicht sein!"

"Wenn ich irgendeinen von meinen Lehrlingen an irdendeiner Schlägerei oder Racheübung beteiligt finden werde, werden sie prompt entlassen werden. Wenn Fernheims Arbeit weitergehen soll, müssen wir christlichen Grundsätzen folgen. Wir müssen die goldene Regel vor Augen halten.

"Am Ende der Versammlung versprachen Legiehn und Kliewer beide, wegzugehen."

"Sonntag 19-3. Gerade eben teilte man mir mit, dass die Führer der Bande sich auflehnen und sagen, dass sie nicht die einzig Schuldigen sind, welche Strafe verdient haben. Es stellt sich nun

heraus, dass das ganze Amt dies plante, um Furcht und Respekt vor ihrer Position zu erregen.”

Es wäre interessant, gerade anlässlich dieses Satzes, zum ersten Male tatsächlich Belege anzutreffen. Anscheinend braucht man die als Sieger nicht.

<p. 93>

“Der üble Geist hat sich gelegt, und viele gehen schon von Hof zu Hof und bitten um Verzeihung.”

Der üble Geist hat sich noch heute nicht gelegt. Und was die Abbitte betrifft: sie war die Folge einer Forderung von seiten gemeindlicher Autoritäten und fand allgemeine Beachtung, nachdem die Völkischen spürten, dass der Krieg für sie verloren war. Sie hatten einen Fehler gemacht, das leidet gar keinen Zweifel, aber einseitige Abbitte der Besiegten hat absolut keinen Wert, lässt einerseits nur Groll und andererseits nur Hochmut zurück. “Nach dem, was man mir heute mitteilte, verlangt die Kommission folgende Bestrafung: Das allen führenden Persönlichkeiten aus der Bande, alle zusammen ungefähr 20, so auch allen zum Amt Gehörenden (Legiehn und seinen Beamten) das Wahlrecht und das Recht, Beamter zu sein, auf ein Jahr genommen werde. Allgemein wird dies als leichte Strafe betrachtet im Vergleich mit dem, was hinger uns liegt; und sie wird nicht mehr Ärger verursachen. Bekanntgegeben wurde, dass hier in der Stadt eine andere allgemeine Versammlung am Freitag 24-3 stattfinden wird. Da werden die ‘Friedenskommission’ und auch die Revisionskommission Bericht erstatten.

Männer wie Schartners, Pred. Balzer, Bernhard Wall, Pred. Vogt, Nik. Siemens, Abr. Siemens, Pred. Wiebe und viele andere kommen täglich zu uns, um sich bei uns zu bedanken für das, was wir getan haben, um grössere Unruhen, vielleicht sogar Blutvergiessen zu verhindern. Sie sind dankbar, dass wir gerade in dieser Zeit hier sind (Obwohl wir gerade jetzt eben nicht das Empfinden haben). Vielleicht hat es so sein müssen. Wir sind Gott dankbar.

Man macht von unseren Diensten Gebrauch. Der Unruhestifter sind wenige. – Da wir vorhaben, ungefähr am 10, von hier abzureisen, haben wir das Gefühl, dass es nicht zu früh ist, uns nach etwaigen Plänen zu erkundigen, welche Sie für unsere Heimreise haben dürften. Wir hätten darüber gerne Nachricht. – Sehr selten in meinem Leben habe ich gebeten oder musste ich bitten um anderer Fürbitte. Hier aber liegt ein solcher Fall vor.”

Zum Schluss des ganzen Dramas bot dann Dr. Schmidt Kliewer Reisegeld an, um in die Verbannung zu reisen. Dass dieser darüber höchstens etwas gelächelt hat, wird keinen wundern.

So also wurde das M.C.C. über die Ereignisse in Fernheim aufgeklärt. Es leuchtet ein, dass man von diesem durch Unwahrheiten entstellten Bilde aus nicht die richtige Einstellung zu dem Vorgefallenen gewinnen konnte, und dass man auch heute noch mit starken Vorurteilen behaftet den Betreffenden Personen und Dingen gegenübersteht. Natürlich fanden sich genug Fernheimer, welche dieses schiefe Bild sorgfältig stützten, damit es nicht vorzeitig zusammenklappen würde.

Andere hatten den Sieg für sie errungen, aber sie wollten doch auch “dabei gewesen sein.” Dieses

expressionistische Gemälde aber wird durch die Tatsachen zerschmettert. Und das <p. 94> ist auch im Interesse des M.C.C., auf dass nicht spätere Historiker, welche vielleicht nicht mehr über das vollständige Quellenmaterial verfügen werden, anstatt der Berichtersteller das M.C.C. belasten werden. In den beschriebenen Auseinandersetzungen stand ein Mann wie Abram Martens, stand die unbesonnene Jugend, standen mehrere Prediger und die beiden Nordamerikaner in einer Front. Vermieden muss aber werden, dass einmal gesagt: neben A. Martens und der unbesonnenen Jugend stand das M.C.C.

Wir nannten schon eine ganze Reihe Nordamerikaner und Kanadier, welche den deutschen Fernheimern gegenüber eine korrekte, eine christliche Haltung bewahrt hat. In der Kriegshitze hat es auch andere gegeben. Auch das ist verständlich und belastet nicht das M.C.C.

Kliwer versuchte gleich von Anfang an, das M.C.C. über den wirklichen Sachverhalt aufzuklären. Er gab dem M.C.C. Sekretär Miller, als der im Juli Paraguay besuchte, einen Brief d. d. 11. Juli 1944. Darin sagt er u.a.: “Es ist nur zu bedauern, dass auch das M.C.C. mit dem Vorgehen der beiden Ärzte belastet worden ist. Das M.C.C. hat immer behauptet, dass es eine unpolitische Organisation sei, die in ihrer Hilfsarbeit nicht nach der nationalen oder politischen Einstellung der Notleidenden fragt. Dieses Prinzip haben die M.C.C. Vertreter in Fernheim missachtet, indem sie sich ganz bewusst in den Dienst seiner politischen Macht stellten und mit politischen Druckmitteln arbeiteten. Ich kann mir nicht denken, dass das M.C.C. dieses Vorgehen seiner Vertreter gutheissen wird. Es sollte darum von diesen Ungerechtigkeiten Abstand nehmen, wenn es weiterhin als rein mennonitische Organisation gelten will. Die M.C.C. Vertreter haben sich in Fernheim als willige Werkzeuge politischer Bestrebungen gezeigt.

Sie werden mir mit dem Hinweise auf meine Tätigkeit im Volksbund entgegen, dass ich Politik getrieben habe, und dass dadurch viele Streitigkeiten gekommen seien. Das bestreite ich nicht, aber das war einie innere Angelegenheit Fernheims. Ob wir Deutsche bleiben oder uns in dem neuen Lande assimilieren wollten, das war unsere Sache und ging die M.C.C. Vertreter nichts an. Diese Frage könnte höchstens die paraguayische Regierung interessieren. Diese hat uns aber in dieser Hinsicht vollständige Freiheit gelassen. Meine völkische und schulische Tätigkeit bewegte sich ganz im Rahmen der paraguayischen Gesetze. Die paraguayische Regierung hat mir auch keine illegalen Handlungen nachgewiesen. Unsere Politik war sauber und klar: wir wollten Deutsche bleiben und unsere Kinder deutsch erziehen, und wenn es eine Möglichkeit zur Rückkehr nach Europa geben würde, dann wollten wir die Gelegenheit wahrnehmen.”

Er stellt dann fest, dass er im Auftrage von der Mehrheit der Siedler und mit ausdrücklicher Erlaubnis der Kolonisversammlung gehandelt habe.

Natürlich hatten die beiden Amerikanern das Recht, auf der Seite ihres Landes und Volkes zu stehen, genau so gut wie die Deutschen. Sie hatten aber nicht das Recht, in das Eigenleben einer Kolonie hineinzugreifen. Das taten sie aber, im Namen <p. 95> “des M.C.C., der amerikanischen Gesandtschaft und der paraguayischen Gesellschaft.”

Sind sie wirklich als M.C.C. Vertreter so vorgegangen? Sie waren ja eigentlich nur M.C.C. Arbeiter, nicht Vertreter. Aber sogar wenn sie letzteres gewesen wären, hätten sie zu ihren Taten

kein Recht gehabt. Trotz der ungeheuren Verschuldung der Kolonisten dem M.C.C. gegenüber hätte das M.C.C. höchstens das Recht gehabt, Eigentümer mit Beschlagnahme zu belegen mit der Motivierung, die Kolonisten kämen ihren Verpflichtungen nicht nach. Jedes sonstige Eingreifen ist in jedem Lande gesetzwidrig; auch in Paraguay, das ja in vielen Hinsichten die schönsten Gesetze der Welt hat. Ein moralisches Recht auf Einfluss erwächst nicht aus selbstlos geschenkter Hilfe, weil das die Selbstlosigkeit aufheben würde.

Aber noch einmal: sprach Klassen die Wahrheit, als er behauptete, er und Dr. Schmidt seien mit ihren ungewöhnlichen Forderungen im Namen des M.C.C. gekommen?

Dann hätten sie dazu ja offiziell Auftrag vom M.C.C. haben müssen, und gerade Klassens Brief beweist, dass sie den nicht gehabt haben. Es handelt sich hier also um eine weitere Unwahrheit, welche im Brief wohlweislich verschwiegen wird. Das erklärt auch, warum das M.C.C. sich niemals von diesem Auftreten seiner Arbeiter distanziert hat. Man hat das Ganze in Akron als eine Privatangelegenheit der beiden Ärzte betrachtet und wusste überhaupt nicht, dass die Forderungen in ganz krasser politischer Form und dazu noch, als sei es im Auftrag des M.C.C. geschehen, gestellt worden waren. So ging die Sache das M.C.C. nichts an. Somit hat Klassen das M.C.C. kompromittiert, ohne dass das M.C.C. davon bis auf den heutigen Tag gewusst hat!

In diesem Zusammenhange muss noch eine Tatsache erwähnt werden. 1946 erklärte der damalige M.C.C. Vertreter Warkentin (nicht J.W.W.), dass die beiden in der Verbannung lebenden Männer nach ihrer Befreiung nicht nach Fernheim zurückkehren dürften, "weil das M.C.C. es nicht wünscht." Demgegenüber steht die Tatsache, dass das M.C.C. keine Bedenken geäußert hat, als Legiehn 1948 nach Fernheim zurückkehrte. Scheinbar kommt es im Siegesrausch leichter zu solchen undurchdachten Äusserungen, die man besser nicht zu tragisch nimmt. Die Versuchung, als M.C.C. Arbeiter in die Rechte der beschenkten Geschwister einzugreifen, liegt nahe. Davon wird aber das M.C.C. nicht betroffen, solange man für das Gegenteil keine unwiderlegbaren Beweise erbringen kann.

Dennoch möchte man wissen, ob das M.C.C. irgendwie gegen folgenden Satz aus Klassens Brief protestiert hat: "Da augenblicklich nur er und ich hier das M.C.C. vertreten . . ." Wenn nicht, so käme das M.C.C. wohl schwerlich um die Mitverantwortung herum. Und das möchten wir nicht annehmen.

Der Brief, den Kliewer dem wirklichen M.C.C. Vertreter Miller gab, erreichte sein Ziel nicht. Miller hatte Angst, dass er den Brief nicht durch die Zensur würde bringen können, und nahm ihn deswegen nicht mit. Er kannte aber die Inhalt. Somit <p. 96> wird es unverständlich, dass er als M.C.C. Sekretär nach dem Kriege keine ordentliche Untersuchung veranlasste, um die Wahrheit festzustellen. Gerade für Organisationen mit einer internationalen Aufgabe wie das M.C.C. sind Prestigefragen so ausserordentlich wichtig, denn sie müssen immer damit rechnen, einmal im vollen Lichte der Geschichtsforschung dazustehen. Und hier musste ja Kliewer oder Klassen der Wahrheit Gewalt angetan haben. Die Ruhe in Fernheim ist darum eine Scheinruhe; unter der Oberfläche leben Groll und Bitterkeit, und an der Oberfläche machen sich Kräfte breit, die ihre Position mit unevangelischen Mitteln aufgebaut haben. Die sogenannte Busse war in vielen Fällen ein schlechtes Theaterstück, aus Angst oder Berechnung gespielt. Einer christlichen

Gemeinschaft nun ist mit einer solchen Gewalt- und Scheinlösung und mit der daraus hervorgehenden Scheinruhe nicht gedient. Die Wahrheit allein kann uns freimachen.

Hier bleibt also eine entscheidende Frage offen. Klassen (in viel geringerem Masse auch Schmidt) hat das M.C.C. belastet und kompromittiert mit Taten, welche 12 Glaubensgeschwister ins Unglück stürzten, welche Unrecht, Zügellosigkeit einerseits, geistig-geistliche Vergewaltigung der Mehrheit andererseits zu den herrschenden Prinzipien in Fernheim erhoben, welche überdies einer ganzen Kolonie das Selbstbestimmungsrecht genommen haben. Sie erklärten dabei, im Namen des M.C.C. aufzutreten, und spielten sich in ihrem Bericht nach Akron tatsächlich als M.C.C. Vertreter auf. Für die Öffentlichkeit steht es also fest, dass das M.C.C. und nicht nur zwei willkürliche Nordamerikaner von der geballten Kraft des in Fernheim vorhandenen Widerstandes Gebrauch gemacht hat, um Männer zu beseitigen, welche einer von den in Nord-Amerika üblichen Auffassungen abweichenden Überzeugung zugetan waren. Obwohl ein anderer Bericht über die Ereignisse seinem Sekretär zugestellt wurde, obwohl somit die Richtigkeit der dem M.C.C. zur Verfügung stehenden Informationen angezweifelt worden war, hat das M.C.C. sich niemals bemüht, eine so ernste Angelegenheit endgültig zu klären. Im Namen der historischen Gerechtigkeit und im Interesse des M.C.C. selber muss die Forderung dazu erhoben werden, und wenn es allein darum wäre, weil dieselbe historische Gerechtigkeit einmal auch die Makel eines so gross angelegten Hilfswerkes festlegen wird.

Viel einfacher steht die Sache in bezug auf die Behauptung, die beiden Nord-Amerikaner sprächen im Auftrage ihrer Gesandtschaft. Von deutschbewusster Seite war man allgemein davon überzeugt, sie seien mit geheimen Regierungsaufträgen gekommen. Bewiesen werden kann das nicht. Dass sie die besten Beziehungen zu ihrer Gesandtschaft und zu ihrem Militärattaché unterhielten (an und für sich doch sehr ungewöhnlich für einen wehrlosen Mennoniten, da die Beziehungen nicht privater, sondern amtlicher Natur waren), das steht aber fest. Auf alle Fälle haben sie ihre Zwangsmassnahmen mit klarer Unterstützung von jener Seite durchgeführt. Sie haben in Fernheim nicht als wehrlose Mennonite gearbeitet, sondern als Bürger eines kriegenden Volkes. Die Geschichte möge einst darüber urteilen, wie man es auffassen soll, wenn man es vorstellt, als Mediziner allein und als unpolitischer Mensch in einer zu 86% deutschen Kolonie arbeiten zu wollen, während <p. 97> man aber zu gleicher Zeit fest entschlossen ist, die Kolonisten wennmöglich durch Vorgaukeln des angeblich von ihnen verletzten Mennonitentums von ihrem Volkstum loszuweichen.

Unter "paraguayischer Gesellschaft" zum Schluss kann man sich in diesem Zusammenhange nichts vorstellen. Natürlich kann auch dieses den Tatsachen nicht entsprechen. Nordamerikanische Staatsbürger können nicht im Namen der Paraguayer sprechen. Und die Paraguayer hätten sich auch sicher keine nordamerikanischen Sprecher ausgesucht.

Nun war der Schlag gefallen. Zwei Männer gingen mit ihren Familien in die Verbannung. Vier Jahre des Elends lagen vor ihnen.

In Fernheim fing ein schneller geistig-kultureller Abstieg ein.

War die Kolonie gerettet?

Fernes Heim?

Diese war die traurige Geschichte des völkisch-kulturellen Kampfes in der Kolonie Fernheim.

Wer von der Voraussetzung ausgeht, Deutschland im Sinne des Dritten Reiches sei eo ipso ein Verbrechen, der wird natürlich der völkischen Gruppe und ihren Leitern jegliches Recht absprechen, für ihre Sache einzutreten. Der so Urteilende möge aber von demokratischer oder von kommunistischer Seite kommen, er urteilt durch diesen Ausspruch zu gleicher Zeit immer sich selbst. Denn es gibt kaum ein Verbrechen, welches nicht bei allen kriegführenden Völkern in den Jahren 1939-1945 in grossem Umfange nachweisbar ist. Nürnberg schneidet für die Zukunft schon jetzt nach beiden Seiten. Sagte nicht Montgomery, wer der nächsten Krieg gewinnen würde, das sei nach Nürnberg auch für ihn sehr wichtig geworden?

Kein redlicher Mensch kann es uns abstreten, dass die national-sozialistische Form der völkischen Auseinandersetzung in Fernheim eben nur Form und Kulisse ist; dasselbe Ringen wäre in jedem andern politischen System auch erfolgt, nur weniger akut und schnell, es sei denn, dass es eben so schnell zum Kriege gekommen wäre. Vor uns erstand einfach der endlose Kampf zwischen zwei Welten, der nicht entschieden werden kann, der nur zu lösen ist, indem man die Spannung zwischen beiden zu einer höheren Synthese aufhebt. Die Ansiedlung mennonitischer Christen im romanischen Süd-Amerika offenbart die Tragik der germanisch bewussten, heimatlosen Europäer in einer ihnen wesensfremden Welt, in die sie nicht hineinpassen - es sei denn, dass sie bereit sind, sichselbst preiszugeben. Und das bedeutet auf die Dauer, dass man auch seine Religion preisgeben muss.

<p. 98>

Man kann sagen, dass gerade die mennonitische Auswanderung nach Süd-Amerika für uns Fragen mit sich gebracht hat, um die wir uns im Verfolgungszeitalter nicht kümmern konnten, weil man uns aus der normalen Gesellschaft ausschloss, und um die wir uns dann in der Folgezeit vielerorts herumzudrücken verstanden, weil wir es abgelernt hatten, uns damit auseinanderzusetzen.

In Paraguay aber - und viel gründlicher und schneller noch in Brasilien - wurden unsere Mennoniten mit harter Hand in diese, ihnen fremde Problematik hineingeschleudert. Das zwang zum Kampf. Ob sie nun falsch oder richtig gehandelt haben, die, welche die Niederlage in Fernheim erlitten haben, sind auf alle Fälle diejenigen gewesen, welche sich der Notwendigkeit dieser Auseinandersetzung bewussten gewesen sind. Und heute sind die Probleme akuter denn je zuvor. Der Rückgang in den paraguayischen Mennonitenkolonien ist unverkennbar. Neueingewanderte Kräfte haben ein Aufflackern, keineswegs aber eine Neubelebung gebracht. Ohne Führergeschicht kann keine Gemeinschaft leben, Führernachwuchs fehlt jedoch auf allen Gebieten. Jede freiwerdende Stelle bringt Kopfzerbrechen. Wären keine Neueinwanderer gekommen, so hätte Friesland schon fast alle Schulen schliessen müssen, und in Fernheim ist die Lage der Dinge voraussichtlich nur vorübergehend, günstiger. Das gilt aber nicht nur für die Lehrerschaft, auch den Verwaltung fehlt's an Kräften, und genau dasselbe

muss von den Gemeinden gesagt werden.

Um bei Fernheim zu bleiben: auf die Dauer müssen die Lebensverhältnisse da als eines weissen Menschen unwürdig betrachtet werden. Wirtschaftlich hat die Kolonie heute kaum bessere Aussichten als damals. Solche Aussichten gibt es in Paraguay nur hin und wieder und sicherlich nie im Chaco. Geistig-kulturell bleibt die Lage trotz allem schwer. Zum Teil wird diese Entwicklung absichtlich aus religiösem Fanatismus gefördert. Geistlich ist die "Katholisierung" weit vorangekommen. Der Meisten tief-religiöser Ernst ist unverkennbar, andererseits ist die Entfernung vom Urtäuferum der Reformationszeit in vielen Hinsichten im Gange. Besonders fällt die Angst vor einem wirklichen Ringen nach Klarheit und Wahrheit auf; Buchstabendienerei und Dogmenknechtschaft haben nur zu oft das christliche Leben reglementiert, was immer Seele kostet.

Und doch wissen viele, dass es Fragen gibt, denen man nicht ungestraft ausweichen kann, weil das Suchen nach einer Antwort darauf überhaupt der Kolonie und dem Mennonitentum den Sinn verleiht. Manch einer sieht, wohin das ängstliche Ausweichen vor dem Kampf Fernheim bereits gebracht hat. Aber diese Einsichtigen wurden wiederholt in den Hintergrund gedrängt. Doch Mangel an Selbstkritik gibt keine gesunde Grundlage zum Weiterbestehen. Wie oft wird es da ausgesprochen, dass in Fernheim das reine, unverfälschte Gotteswort herrscht; aber wie will man das feststellen ohne theologische Selbstbesinnung? Die Theologie als international anerkannte Wissenschaft wird abgelehnt, in der Aussenwelt Theologie studieren ist verpönt, weil man dadurch einen andere Geist in die Kolonie zu bekommen fürchtet. Natürlich ist die Theologie nicht die Hauptsache; will man aber ernst genommen werden, so geht es nicht ganz ohne Theologie, und um Gottes Wort der Umwelt mitteilen zu können, muss man z. B. erst einmal ernst genommen werden. Es <p. 99> liegt etwas Sinnbildliches in der Tatsache, dass während der Lehrerkonferenz 1951 in Philadelphia die Auffassung eines Teilnehmers, das Gewissen sei nicht die angeborene Gottesstimme, sondern müsse als erworben betrachtet werden, aus dem Protokoll gestrichen wurde. Ist ein Mennonit verpflichtet, kritiklos mit schweren Problemen fertig zu sein, welche in der Psychologie wie in der Theologie seit langem heiss umstritten sind? Dann sind wir aber doch wohl sehr tief in den Katholizismus hineingeraten!

Im Herbst 1948 kehrte Legiehn nach dem Chaco zurück, und es dauerte gar nicht lange, bis man ihn wieder ins öffentliche Leben zurückrief. Er musste natürlich Abbitte tun, denn er hatte ja den Kampf verloren, und so konnte man ihm dazu zwingen, während ein Sieger gar nicht darüber nachzudenken braucht, ob er vielleicht auch vor Gott und seinem Gewissen Abbitte zu tun hätte. Legiehn tat es. Aber nicht wegen seiner Gesinnung und Überzeugung, denn die dürfte er kaum geändert haben. Er tat Abbitte, weil viele behauptet hätten, so ganz und gar von der völkischen Idee besessen gewesen zu sein, dass sie darüber ihre religiösen Pflichten vergessen hätten. Falls er durch sein Auftreten Brüder dazu mitgerissen haben sollte, so täte ihm das herzlich Leid. So ungefähr erklärte er, und damit nahm man vorlieb, da er ja bloss einmal klein zu sein brauchte, ganz gleich wie. Und so wurde er schon 1949 wieder Leiter der Kooperative, blieb es jedoch nicht lange.

Zweierlei wird hier deutlich. Erstens tritt in Legiehns Wiederernennung zu einer führenden Stellung nach so kurzer Zeit an den Tag, wie sehr die Kolonie um gute Kräfte verlegen ist.

Zweitens aber beweist Legiehns neuer, diesmal freiwilliger Rücktritt, dass auch er zu denen gehört, welche an eine Weiterentwicklung Fernheims nicht glauben.

Und so wie er, denken viele. Wenn nicht so sehr viele Siedler die Kolonie verlassen, so liegt das wohl hauptsächlich daran, dass sie im Chaco zuviel Schweiss liegen haben. Wer sich aber freimachen kann, zieht weg. Die Intelligenz wandert in sehr schnellem Tempo ab. Schwieriger noch wird die Lage dadurch, dass die organische Bindung an das deutsche Kulturgebiet zerstört worden ist. Ohne eine solche Bindung aber kann Fernheim, die deutsche Mennonitenkolonie im Chaco, nicht laben. Immer mehr drängt sich diese Tatsache den Verantwortungsbewussten auf. Verstärkt wurde diese Problematic durch die, welche nach dem Kriege in den Chaco gewandert sind. Man hat ihr durch Entsendung junger Lehrer nach Europa schon Rechnung getragen.

Nach dem 2. Weltkrieg ist ein grossangelegter Versuch unternommen worden, das deutschstämmige Mennonitentum möglichst aus dem Deutschtum loszulösen. Politische Sentimente, nicht Drang zur Wahrheit beherrschen hier das Bild. Gesunder Menschenverstand und eine ganz gewöhnliche historische Klugheit müssen aber zu der Einsicht führen, dass ein solcher Versuch unsere Gemeinschaft kompromittieren muss, und dass künftige Historiker sich verwundert fragen werden, wie man dieses im Ernst versuchen konnte.

Aber wieviele Fernheimer sind durch die schon so lange währende wirtschaftliche Abhängigkeit, durch das ewige Betteln <p. 100> und durch die systematische Erziehung zur geistig-geistlichen Heerigkeit bereits so weit gekommen, dass sie sich auch diesbezüglich willig fügen? Für einen solchen Verlust an Charakter und Selbstrespekt wird aber in der Geschichte immer ein sehr hoher Preis gezahlt. Und das ist besonders dann schade, wenn es sich um eine hochverdiente Splittergruppe handelt, welche mit wenig anderen die Ehre zu teilen braucht, die schwierigsten siedlerischen Leistungen der Welt vollbracht zu haben.

Das völkische Problem ist in Fernheim brennender den je zuvor. Will man einen noch deutlicheren Beweis, dass der Nationa-Sozialismus mit der ganzen Sache an und für sich nichts zu tun hat, dass es nur unter den National-Sozialisten schärfer gestellt wurde als unter den anderen?

Man war deutsch, solange Deutschland stolz und mächtig war und seinen Kindern in der Fremde helfen konnte. Wie wird die Geschichte urteilen über Menschen, die dann aufhörten, deutsch zu sein, als für dasselbe deutsche Volk die Jahre der Erniedrigung kamen? Alle politischen Gründe, welche Trennungen verursachten, sind nunmehr weggefallen. Ob die Zahl der National-Sozialisten heute kleiner oder grösser ist, das weiss kein Mensch, doch im öffentlichen Leben spielen sie auf alle Fälle keine Rolle mehr. So bleibt nur das eine, dass das Volk, welches den Fernheimern in der schwersten Not wirklich ein Muttervolk gewesen ist, das sich dabei auch in grosszügigster Weise über eine Verleugnung ihrer völkischen Zugehörigkeit hinweggesetzt hatte, erbarmungslos niedergeworfen wurde. Es soll alle Schuld an dem Vorgefallenen allein tragen, obwohl keiner der am Krieg Beteiligten dem anderen gerade in die Augen schauen kann. Sagen die Fernheimer sich unter diesen Umständen - mindestens zu dritten Male - von diesem ihrem Volke los, so wird es dafür büssen müssen mit dem völkischen Tode, der in letzter Instanz auch den religiösen nach sich ziehen wird. Es gibt eben doch eine höhere Gerechtigkeit in allen

Dingen.

Als Kliewer und Legiehn in die Verbannung gingen, sprach Nik. Siemens das prophetische Wort: "Wer Wind säet, wird Sturm ernten." Beim nächsten Sturm wird er seine Worte bestätigt bekommen. Man kann richtig bangen um Fernheim, um unser gutes Mennonitenvölkchen, dessen Substanz so wertvoll ist.

So wird Fernheim zum Mahnruf für alle Mennoniten. Die Fehler, welche uns allen anhaften, sind da in schroffster Form offenbar geworden. Im hohepriesterlichen Geben lesen wir nicht, dass Gott uns aus der Welt herausgenommen hat, sondern dass der Heiland uns in die Welt gesandt hat mit einem ganz bestimmten Auftrage. Das bedeutet unter anderem, dass wir uns nicht um die das Schicksal der Menschheit beherrschenden Fragen herumdrücken bzw. uns über sie hinwegtäuschen, sondern dass wir den Kampf damit auf uns nehmen und durchkosten sollen, bis wir Klarheit geschenkt bekommen werden. Nie werden wir die bekommen, wenn wir glauben, sie gehen uns nichts an. Ein kampfloses Kompromiss, ein sich Verkriechen davor, leistet schamlosem Pharisäismus und huneiligen Jesuitentum Vorschub.

Leider sind wir an diesem Klippen lange nicht immer vorbeigekommen. <p. 101> Auch in Fernheim nicht.

Legiehn und Kliewer sind keine Engel. Kliewer ist ein richtiger Deutscher und besitzt die Eigenschaft, welche das deutsche Volk um den Sieg gebracht hat: bei aller Tüchtigkeit ist er zu sehr von der deutsche Überlegenheit überzeugt gewesen. Es ist ein psychologischer Fehler, einem anderen zu erzählen, dass er ganz unrecht hat; viel weiter kommt man, wenn man versucht, ihm beizubringen, dass er etwas vergessen hat, denn das lässt man sich meistens ohne Bedenken gefallen. So lehrte schol Pascal. Aber solche elementare psychologische Wahrheiten liegen dem Deutschen nicht. Darum wird er immer nur die zu Freunden haben, welche darüber hinweg seine grossen Qualitäten zu sehen vermögen. Das kann und darf man aber vom durchschnittlichen Fernheimer, auch von durchschnittlichen Fernheimer Führer nicht erwarten. Sie haben fast stets Kliewer gegenüber das Gefühl gehabt, dass er sie früher oder später "an die Wand drücken würde." Genau so sind die Völker in Ost- und West-Europa dazu gebracht worden, die deutsche Vorherrschaft abzulehnen. Die Deutschen sind grossartige Kämpfer; sie sind aber schlechte Diplomaten und Menschenkenner. Auch der Kampf im Chaco hat das bewiesen. Der unterlegener Gegner fühlt sich von ihm bedroht; der weniger gewissenhafte versucht ihn dazu von hinten zu erlegen; der gleichwertige lässt ihn gewähren, wo er zu "deutsch" wirkt, und schätzt seine guten Eigenschaften im Lichte der Weisheit, welche da lehrt, dass es keine vollkommene Menschen gibt.

Das Gegenstück zu Kliewer ist in vielen Hinsichten Legiehn. Er ist weniger Kämpfer und mehr Diplomat als Kliewer. Er hat seine Arbeit, wie jener, mit grosser Treue und Intelligenz durchgeführt. Besser als dieser hat er es verstanden, auszugleichen und zu beschwichtigen. Es fragt sich, ob er allein sich nicht bis zum deutschen Zusammenbruch gehalten hätte. Andererseits fragt es sich auch, ob er allein immer entschlossen genug vorgegangen wäre. Er liebte die Auseinandersetzungen nicht, wich ihnen möglichst lange aus. Diese - wenn ich mich so ausdrücken darf - Schwäche ist von weniger gewissenhaften Gegnern mit grosser

Bauernschlauheit, zum Teil direkt gewissenlos ausgenützt worden. Der Ausgang eines Kampfes zwischen Intelligenz und Schlauheit ist immer fraglich. Dieser Kampf ist im Falle Legiehn besonders augenfällig ausgetragen worden. Sein Ausweichen hat skrupellosen Gegnern viele Vorteile geboten. Es fragt sich weiter, ob es auch ihm immer gelungen ist, das Bewusstsein seiner geistigen Überlegenheit genug zurückzuhalten. Seine Gegner behaupten eigentlich einstimmig, dem sei nicht so gewesen. Das ist aber auch eine fast übermenschliche schwere Aufgabe.

So bleibt es bei dem Gesagten: Kliewer und Legiehn waren keine Engel. Sie haben Fehler gemacht. Aber in zwei Hinsichten waren sie den meisten ihrer Gegner weit überlegen: in ihrer Aufrichtigkeit und in ihrer Duldsamkeit.

Kein Zweifel, jeder wüssten, was er von den beiden Vordermännern der völkischen Bewegung zu erwarten und nicht zu erwarten hatte. Sie stellten sich offen zum Kampf, der eine mit Überlegung und beherrscht, dafür manchmal aber zu zurückhaltend <p. 102> und nicht energisch genug; der andere ungestümer und temperamentvoller, manchmal zu herausfordernd, doch beide ohne Hintergedanken und List. Das nun kann leider von vielen ihrer Gegner nicht gesagt werden. Und das fällt besonders darum ins Gewicht, weil es sich zwar zum allergrössten Teil um anerkannt asoziale Elemente, nicht selten jedoch um führende Männer, darunter Prediger, handelte.

Jeder Prediger ist ein Mensch und hat somit das Recht, menschliche Fehler zu haben Fehlritte zu machen. Wenn er dabei seine Schuld vor Gott gebracht hat, wenn er nichts anderes gewollt hat als Ringen um Klarheit, wenn er seine Gemeinschaft innig liebt und bereit ist, für sie Opfer zu bringen, verliert seine Persönlichkeit dadurch nicht an Wert. Dann wird er auch das Recht, Kritik zu üben, nicht verlieren; dann wird er im Namen Jesu Christi nicht einmal schweigen dürfen, we seine Überzeugung und seine Liebe zur Sache ihn zum Sprechen zwingen. Das war im völkischen Kampf Fernheims manchmal der Fall, wo heilige Güter, wie die Wehrlosigkeit, überwuchert zu werden drohte.

Aber zwei Dinge darf und muss man ohne Rücksicht auf sein Amt an ihm rügen: wenn er im Kampf Schleichwege geht, und wenn er anfängt, Gewissenszwang zu üben.

Beides ist in Fernheim vorgekommen und das bleibt eine eiternde Wunde, solange die Dinge nicht von allen Seiten zurecht gestellt werden, solange nicht alle Schuld offen gestanden und bereut wird.

Davon aber ist es noch sehr weit entfernt.

Und gerade das ist die grösste Gefahr für Fernheims Zukunft. Denn der Tag kommt, an dem die Wunde wieder aufbricht. Und dann sei Gott Fernheim gnädig.

<p. 104>

NACHWORT

Diese Arbeit schrieb ich 1948,¹ nachdem ich ein halbes Jahr in Paraguay und nur einmal zwei Wochen in Fernheim gewesen war. Viele hatten geholfen, das erforderliche Material zusammenzubringen. Einige Jahre später, als ich schon zwei Jahre in Fernheim gearbeitet hatte und bereits in Volendam wohnte, konnte ich sie bedeutend ergänzen und die ersten Spuren einer Bitterkeit über manches, was ich in der ersten Zeit noch als besonders schmerzlich empfunden hatte, ausmerzen. Nun, im September 1956, nahm ich sie noch einmal durch. In 5 ½ Jahren Paraguaydienst an den verschiedensten Orten habe ich inzwischen alle betreffenden Personen kennen gelernt; nachher ergänzte die Zusammenarbeit mit den Hauptpersonen des kleinen Chacodramas in Brasilien das Bild. Die Bitterkeit war geschwunden. Es geschieht eben nichts, was nicht gut und nötig ist.

Die Sorge aber ist nicht geschwunden, die Sorge um die Zukunft der heldenhaften Chacosiedler. Die Tragik der Mennoniten in Südamerika liegt darin, dass sie entweder die Garantie ihres geistig-geistlichen Eigendaseins mit einer nie endenden wirtschaftlichen Abhängigkeit bezahlen müssen, oder für das wirtschaftliche Wohlergehen den Preis des geistig-kulturellen Eigenen und in der Folge auch des religiösen Charakters zu entrichten haben. Das deutlichste Beispiel der letzten Tragödie ist Curitiba, wo dieser Prozess sich in sehr schnellem Tempo vollzieht, während weitsichtige Männer fehlen und somit auch der energische Versuch, ihn aufzuhalten. Die "Curitibanersiedlung" bei Bage folgt; die Hauptsiedlung ebenda kommt wesentlich langsamer hinterher, und Witmarsum schliesst die Reihe. Doch auch die Substanz der Siedler, welche vom Kraul stammen, schleppt ein schweres Erbe von dort mit, und abzuwarten bleibt, wie die Lage sich weiter entwickeln wird.

Die paraguayischen Mennoniten werden nie ohne grosse Hilfeleistungen leben können, und das Geld, das man hineinsteckt, wird nach menschlichem Ermessen nie mehr herauskommen. Viel, sehr viel ist geschehen zur Hebung des geistigen Niveaus, und das wird sich ohne Zweifel günstig bis in die Dörfer hinein auswirken. Trotzdem ist die Lage unsicher, da vollständige Abgeschlossenheit weitgehend Interesselosigkeit mit sich bringt. Nach wie vor gibt es Dörfer, wo die Masse der Jugendlichen nach der Volksschulzeit nie mehr einen Buchstaben lesen wird. Ausserdem muss abgewartet werden, ob die konservative, bildungsfeindliche Gruppe mit der Zeit nicht doch mehr Boden gewinnen wird, was zur Folge haben würde, dass, wie schon viel geschehen, die mit viel Mühe ausgebildeten Kräfte wieder abwandern würden. Erfreulich ist die Wende in einer nicht mehr auszuschaltenden Gruppe in der Mennokolonie. Aber das ermattende Klima und die trostlose Natur werden sich dessenungeachtet immer stärker auf das Gemüt und auf den Geist legen. Unberechenbar ist der Faktor der paraguayischen Beeinflussung, der dafür in Ostparaguay stärker spürbar ist. Anzunehmen ist, dass man die Siedler im Chaco in Ruhe lassen wird, solange die Siedlungen für Paraguayer interesseloses Randgebiet, das jedoch strategisch und unter Umständen sogar wirtschaftlich (Ö!) für die Regierung von Bedeutung ist. Es ist mehr als fraglich, ob die Paraguayer den Chacokrieg hätten gewinnen können, wenn unsere Siedlungen da nicht gewesen wären. Man denke an die Wasserfrage. Es kann aber der Augenblick kommen, in dem der heute aufkommende blinde Nationalismus sich, wie es schon in sovielen Ländern geschieht, um keine Erwägungen der Vernunft mehr kümmern wird. Dann wird Fernheim zur

¹<This doesn't seem to be entirely correct, since the text mentions the year 1951.>

heimlosen Ferne werden. Überdies reicht für alle paraguayischen Kolonien das Reißen der Strippe, welche sie mit den milden Spendern im Norden oder auch - heute schon wieder - mit dem Reich verbindet, um die Lage schnell aussichtslos zu machen. Leben würde man auch dann schon, aber so, wie es die andern "verhiesigten" Weissen tun, und das stünde ja dem Ende des Mennonitentums gleich.

Zum Schluss erlaube ich mir die Frage, ob eine inner Gesundung möglich sein wird, solange soviel nicht bereinigt worden ist. Kliewer ist schon gestorben. Darf man sein Bedauern aussprechen, dass er sterben musste, ehe Christen den Weg zueinander fanden?